

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Einzelne Exemplare in der Post-Verkaufsstelle für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 11. April 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat März folgende Parteibeiträge eingegangen:

Altchemnitz, Krämers Kindtaufe 2.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Nr. 750.— (darunter Solidarität 7,50, Uebersch. v. Jakob 15.—, S. P. 41 2.—, Uebersch. v. Kalender 20.—, Mundharmonika v. Konfordia 15.—), 4. Nr. 1506,75 (darunter Vergolder Mustauerstr. 3,65, Geburtstagsfeier Lebnigstr., Charlottenburg 3,10), Berlin, div. Beitr.: Freie Volkshöhle 200.—, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei von Bading 10.—, Ciel M. 1.—, Ungeannt 40.—, Dr. S. A. 20.—, Werkstat Malchin, Neue Grünstr. 14 10,80, Nothe Buchbinder, Grünstr. 5.—, Trost aller Auflösung v. d. Genossen des 85. Bezirks 5,55, Amerik. Auktion Hochmeisterstr. 24 2,10, Bruderschaft 5.—, Kreuzberg, durch Ewald 1,10, Pianofortefabrik J. D., Eisenbahnstr. 5,50, Kommiss P. G. 1.—, Alw., Steinbruder 1.—, A. S.—, 50, G. A. B. 5.—, Nord-Ost 5.—, J. Pag 2.—, Uebersch. vom Kranz der Hoppe'schen Maschinenbau-Arbeiter 11.—, N. G. 2.—, Parteistener der Buchbinder und Drucker v. A. 3. 9,30, Ges. auf der Einsegnung Soldinerstr. d. M. A. 1,85, Arbeiter von Schuster und Bar 11,85, Personal der U.-Dr. 6,05, Personal des „Vorwärts“ 150.—, Braunschweig, von den Mauern 50.—, Bergedorf, W. A. 50.—, Bradel 200.—, Chemnitz, Schloss Chemnitz, durch D. B. 17.—, Goffebaude, von Genossen von G. und Umgegend 20.—, Cottbus, S. 10.—, Elberfeld 800.—, Forchheim, milde Beiträge 10.—, Falkenberg (Oberchl.) 2.—, Gera 100.—, Hastedt b. Bremen 25.—, Hamburg, Kruse 1,50, Hamburg, Spahr Zimmergesellen 30.—, Kaufbeuren, J. P. 5.—, Kilschau b. Eilenburg, Geburtstags 3.—, Koblenz, mehrere kleine Brüder 6.—, Lützenwalde, rote Kindtaufe 1,20, Limbach i. B., Untertrennbar 1,45, rote Kindtaufe 3.—, Sa. 4,45, S. W. 2, 200.—, München, Waldläufer 5.—, München, d. Genossen v. Neubausen 10.—, Mannheim, von Genossen 50.—, Münster i. B. 85.—, Nelsungen, von 8 roten Brüdern 1.—, Nordische Wasserkaute 10 000.—, Neubaldensleben-Wolmirstedt, Wahlkreis 50.—, Offenbach-Dieburg, Wahlkreis 50.—, Derlinghausen 25.—, Obermenzig 20,20, Pörsneck, durch Chr. J. 10.—, Planen i. B., Ostvorstadt 20.—, Pforzheim, von Genossen 20.—, Reichenbach i. B., alte Garde, 1. Quartal 50.—, Reichenbach i. B., Wochber 1,40, Nehme bei Seynhausen von Genossen 10.—, Ronndorf, durch den Vertrauensmann 20.—, Sande, gef. auf einer Kindtaufe 3,60, Stettin, v. Genossen 100.—, Sagan, v. Genossen 52,15, Wegefall 47,80, Werbau, Kindtaufe Albertstr. 2.—, Hamburg-Gimsbüttel, den 8. April 1896.

Für den geschäftsführenden Ausschuss:
H. Gerisch, Hamburg-Gimsbüttel, Eichenstraße 4, 1.

Ein Meineidsprozess vor dem Forum der Psychologie.

I.

Von autoritativer Seite geht uns folgender Artikel zu: Vor wenigen Jahren hatte ein Mann — es mag dies von seiner öffentlich anerkannten Ehrenhaftigkeit Zeugnis geben — die hohe Ehre genossen, von Sr. kaiserl. und königl. Majestät Wilhelm II., Kaiser von Deutschland, in einer Audienz empfangen zu werden, um über seine und seiner Genossen Arbeitsverhältnisse Beschwerde vorzutragen. Durch die Offenheit und Gewissenhaftigkeit seines Auftretens hatte er sich bald zur Führerschaft der Bergarbeiter aufgeschwungen. Heute ist der nämliche Mann seit dem 17. August v. J. von dem Schwurgerichte in Offen für die

ganze Dauer seines Lebens der Fähigkeit für sachverständige Zeugenschaft entäußert, für fünf Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt und mit seinen Genossen für dreithalb Jahre zur Zuchthausstrafe verurteilt.

Wer von dieser gänzlichen Verwandelung der Lebensverhältnisse ohne irgend weitere Mittheilung erfahre, müßte, um das Unbegreifliche zu fassen, zu der Annahme sich gedrängt fühlen, daß dieser Mann, von seiner ganzen Umgebung lange verkannt, plötzlich den ganzen Inhalt einer teuflischen Seele offenbart hätte und endlich für seine bodenlose Salschichtigkeit nach Zug und Recht bestraft worden wäre. Doch die Welt ist über die statgehabten Vorgänge genügend unterrichtet. Sie hat es bis an die äußerste Grenze des deutschen Reichs und ohne Zweifel noch darüber hinaus mit Aufmerksamkeit und nicht ohne gemischte Gefühle gelesen, vielleicht durch Wiederholung sogar dem Gedächtnisse eingepägt, daß der Bergarbeiterführer Ludwig Schröder mit seinen Genossen den tiefen Sturz von seiner gesellschaftlichen Höhe herab durch einen wissenschaftlichen Meineid sich gezogen hat. Er hatte, wie dies zur genüge bekannt ist, vor dem Gerichte als Zeuge eidlich ausgesagt und war dabei von Genossen unterstützt worden, daß er am 3. Februar 1895 aus einer zur „freien Diskussion“ einberufenen Versammlung der „Christlich-Sozialen“ hinausgewiesen, an der Thür, wo er sein Eintrittsgeld zurückverlangte, von dem Gendarmen zweimal zu Boden gestossen wurde. Aber eine Gruppe christlich-sozialer Zeugen behauptete später, die Stöße, welche von Schröder gerührt worden waren, nicht gesehen zu haben, beschwor ihre Aussage in dem eröffneten Meineidsprozeß und Schröder wurde mit seinen Genossen von den Geschworenen in Offen am 17. August 1895 des wissenschaftlichen Meineids für schuldig erklärt.

Mit dem Augenblicke, in welchem von dem höchsten Tribunal die Revision verworfen ward, ist das Unglück der Verurtheilten wie das unbedeutendste Ereigniß des Tages dem Schicksale des Vergessens anheim gefallen. Wohl hat die Presse auf einzelne räthselhafte Erscheinungen des Prozeßes hingewiesen, aber mit einer solchen Erfolglosigkeit, welche nur durch den Mangel oder die ungenügende Erregung eines allgemeinen Interesses sich erklären läßt. Die Parteigenossen, welche für die unglücklichen Zuchthaussträflinge ein schmerzliches Mitgefühl empfanden, mögen allerdings eine beträchtliche Zahl ausmachen. Es geht dies aus der großen Summe hervor, die zur Linderung der materiellen Noth für die unglücklichen Familien gesammelt wurde.

Bildete die Kriminalrechtspflege ein ganz für sich bestehendes, abgeschlossenes Gebiet, so wäre mit der materiellen Fürsorge für die Verurtheilten in dem vorliegenden Falle die Macht gewöhnlicher Sterblicher erschöpft. Aber über der Kriminalrechtspflege steht, so wenig auch dies noch im Prinzip ausgesprochen wurde, die Wissenschaft der menschlichen Geistesthätigkeit, die Psychologie. Kommt es doch nicht selten vor, daß über einen Angeklagten das entscheidende Wort nicht von dem Juristen, sondern von dem Psychologen gesprochen wird. In allen zweifelhaften Fällen hat der Psychologe zu beurtheilen, ob die geistigen Thätigkeiten des Angeklagten in naturgesetzmäßiger, den äußeren Einwirkungen genau entsprechender Weise sich vollziehen und so oft, als diese Frage mit Entscheidung verneint werden muß, ist die Thätigkeit der Juristen beendet. Bei ihrem unigen Zusammenhange mit der Rechtspflege darf die Psychologie einmal unausgesprochen die entscheidenden Geistesthätigkeiten eines Prozeßes untersuchen, der von so schweren Folgen, wie der vorliegende gegen Schröder und Genossen geführt, begleitet war. So gut, als sie die psychischen Vorgänge der Willensäußerungen, wenn auch bis jetzt nur in besonderen Fällen vor ihr Forum zu ziehen verpflichtet ist, wird sie im Dienste der reinen Menschlichkeit auch die psychischen Vor-

gänge sprachlicher Gedankenäußerungen zum Gegenstande einer eingehenden Prüfung machen dürfen.

Solche sprachliche Gedankenäußerungen haben in dem fraglichen Meineidsprozeß die Handlung dargestellt, über welche ein Urtheil gesprochen werden mußte. Die Aussagen der Angeklagten waren denen der Belastungszeugen gegenübergestellt und die Lügenhaftigkeit der einen Aussagen sollte durch die Wahrhaftigkeit der anderen bewiesen werden. Aber das einzige Mittel, das zur Erkenntnis der Wahrheit verhelfen konnte, war die Erforschung der psychischen Vorgänge, welche bei den einander gegenübergestellten Aussagen stattgefunden haben. Wäre auf diese eingegangen worden, so hätte vielleicht die Angelegenheit den Weg in den Gerichtssaal gar nicht gefunden. Denn wenn der Arbeiterführer Schröder eidlich ausgesagt hat, daß er zweimal niedergestossen wurde, und die christlich-sozialen Zeugen auszusagen, daß sie die Stöße nicht gesehen, so besteht doch deswegen kein Widerspruch zwischen beiden Aussagen, weil das Niederstürzen des einen doch nicht in einem untrennbaren, naturnothwendigen Zusammenhang mit der Wahrnehmung steht, welche ein anderer von ausgedehnten Stößen gemacht hat. Es wird nicht geleugnet werden wollen, daß der eine niedergestossen zu werden fühlen kann, ohne daß der andere die Stöße sieht.

Ein wirklicher Widerspruch findet sich nur zwischen den Zeugen, welche die Stöße gesehen, und denen, welche sie nicht gesehen zu haben behaupten. Denn, wenn angenommen werden darf, daß die Stöße, welche gesehen werden können, auch gesehen werden müssen, so darf man auch annehmen, daß alle Anwesenden entweder die Stöße gesehen oder nicht gesehen haben, und daß somit nur die einen oder die anderen die Wahrheit gesagt haben. Allein die psychischen Vorgänge bei den Zeugen, welche die Stöße gesehen zu haben behaupteten, sind nicht die nämlichen, als bei jenen, welche das Gegenheil behaupteten. Wer die Aussage machte, die Stöße gesehen zu haben, hätte die Frage, wenn sie an ihn gerichtet worden wäre, ob er wisse oder glaube gesehen zu haben, unter normalen geistigen Umständen in der einen oder anderen Weise beantwortet können. Die Erinnerung an die beim Sehen statgehabten psychischen Vorgänge hätte ihm eine bestimmte Antwort gestattet. Hätte die Erinnerung an das Gesehene ausschließlich in der geweckten Vorstellung desselben, losgelöst von jedem anderen Bewußtsein bestanden, so wäre mit ihr ein Gefühl verbunden gewesen, das für die Mangelhaftigkeit, die Fiktion der Vorstellung nicht den Ausdruck „Wissen“, sondern „Glauben“ gefunden hätte. Möchte nun die Vorstellung des Gesehenen deswegen ohne alle weitere Verbindungen erwachen, wie sie durch undeutliche oder der Aufmerksamkeit entbehrende Eindrücke oder ohne irgend einen Gesichtseindruck nur durch eine selbstgeschaffene oder beigebrachte Einbildung oder gar nur durch einen unerkannt gebliebenen Traum entstanden war — immer hätte durch die psychischen Vorgänge des Erinnerens das Bewußtsein geweckt werden können, daß die Bildung der erinnerten Vorstellung nicht mit einer Wissensthätigkeit, sondern mit einer Glaubenthätigkeit verbunden war. In diesem Bewußtsein hätte der Entlastungszeuge die Frage, ob er wisse, oder glaube, die Stöße gesehen zu haben, die Antwort geben können: „Ich glaube, die Stöße gesehen zu haben.“ Sein Eid hätte auch in dem Falle, daß die Stöße als nicht geführt hätten bewiesen werden können, die Wahrheit beschworen. Denn wer sagt: „Ich glaube“, erklärt, daß er nicht weiß und giebt die Möglichkeit eines Irrthums zu. Der geleistete Eid hat der Glaubenthätigkeit, nicht der Thatsache des Sehens gegolten.

Wären aber in einem Entlastungszeugen mit der erwachten Erinnerung an die gesehenen Stöße gleichzeitig, d. h. in ununterbrochener Folge noch andere Vorstellungen des Gesicht, Gehörs,

8) Nach Karuan. (Nachdr. verboten.) Von Guy de Maupassant. Frei übersetzt von G. B. (Schluß.)

Den 16. Dezember.

Die Abreise von Karuan nach der Richtung von Susa vermehrt noch den Eindruck der Traurigkeit, den die heilige Stadt macht. Nachdem man an langen Kirchhöfen und weiten Steinfeldern vorbeigekommen, trifft man auf Schutthügel, die aus den Abfällen der Stadt bestehen und sich dort seit Jahrhunderten angehäuft haben. Dann beginnt wieder die morastige Ebene, wo man oft auf den Schildern kleiner Schildkröten marschirt, noch weiter die Steppe, wo Kameele weiden. Hinter uns erhebt sich die Stadt mit ihren Moscheen, Kubbas und Minarets in düsterer Einsamkeit wie ein Wunder der Wüste, das allmählig zurücktritt und endlich verschwindet.

Nach mehreren Stunden Marsch findet die erste Kafi nahe bei einer Kubba in einem Olivenhain statt. Wir sind in Sidi-L'Henri. Niemand habe ich die Sonne aus einer weißen Kuppel ein erstaunlicheres Farbenwunder machen sehen. Ist das weiß? Ja, weiß wie ein Blindwerden! Und dennoch zerfällt sich das Licht auf diesem großen Dach so sonderbar, daß man eine Ferie von geheimnißvollen Nuancen unterscheidet, die eher den Eindruck des Eingebildeten als des wirklich Erschienenen machen und so fein, so zart in dem Weiß enthalten sind, daß sie sich nicht sofort zeigen, sondern erst nach der Ueberraschung und dem Erstaunen des ersten Blickes. Erst dann bemerkt man sie so zahlreich, so mächtig und mannigfaltig und doch kaum sichtbar. Je länger man hinsieht, um so kräftiger treten sie auf. Goldwellen rollen über diese Umrisse, die

unmerklich in einem blaßem Bade erstickt werden, das leicht wie Dampf ist und das stellenweise bläuliche Furchen durchzieht. Der unbewegliche Schatten eines Zweiges ist vielleicht grau, vielleicht grün, vielleicht gelb; ich kann es nicht sagen. Die Mauer weiter unten unter dem Kranzgesims erscheint violett, die Luft um diese Kubba kommt mir malvenblau vor, und der Dom, der mich fast blind macht, erscheint mir jetzt rosa in rosa; aber wenn man lange hinsieht, ist das Auge wie bethört und vermag nicht, alle diese feinen und leichten Töne zu entmischen. Und dann der Schatten dieser Kubba auf dem Boden: wer könnte sagen, von welcher Nuance er ist und es einem Maler beschreiben? Wir müßten erst jahrelang unsere Augen und Gedanken an diese undefinierbaren Färbungen gewöhnen, ehe unsere an europäische Atmosphäre gewöhnten Sinne befähigt sind, sie in ihren Effekten und Reflexen der Wirklichkeit getreu zu schildern, daß sie der Maler auf der Leinwand richtig wiedergeben kann.

Wir kommen jetzt in eine weniger öde Gegend, wo die Olive wächst. Zu Mareddin, an einem Brunnen, lacht ein reizendes Kind und zeigt, während sie uns vorbeiziehen läßt, ihre Zähne. Etwas weiter überholen wir einen eleganten Bürger von Susa, der, auf seinem Esel reitend, nach der Stadt zurückkehrt und von seinem Negeer gefolgt ist, der seine Flinte trägt. Er hat ohne Zweifel seine Olivenpflanzung oder seinen Weinberg besucht. Auf dem zwischen Wäunen eingekästelten Wege bieten beide ein reizendes Bildchen. Der Mann ist jung, mit einer grauen Weste und einem rosa Bams bekleidet, zum theil unter einem seidenen Burnus versteckt, der die Schultern und Schenkel drapirt. Indem er wie eine Frau auf seinem dahintrollenden Esel sitzt, trommelt er mit seinen zwei Beinen, die in ganz

weiße Strümpfe gehüllt sind, auf die Flanke des Thieres. An seinen Füßen hält er, man weiß nicht wie, zwei lackirte Halbshuhe, die nur an den Fesseln sitzen. Und der kleine Negeer, der ganz roth gekleidet ist, läuft, sein Gewehr über der Schulter, recht gelassen hinter dem Esel seines Herrn her.

Da ist Susa! Doch diese Stadt habe ich schon gesehen, als ich noch ganz jung war, auf dem Kolleg, als ich die Kreuzzüge in der französischen Geschichte von Burette lernte. Die kenne ich seit langem. Damals war sie voll Sarazenen hinter diesem hohen und dünnen Malle mit Thürmen hier und da und runden Thoren und beturbanten Menschen, die an ihrem Fuße aderten. In dem Bilderbuch ist diese Mauer ganz genau abgezeichnet und so regelmäßig und niedlich ist sie, daß man meinen sollte, sie sei aus hellgrauer Pappe geschnitten. Um Susa zu sehen, hätte ich nicht eine so weite Reife machen brauchen. An dieser hübschen Mauer muß man hinfahren bis ans Meer; denn Führwerke können in die engen Straßen dieser wunderlichen Stadt vergangener Zeiten nicht hinein. Die Mauer zieht sich bis ans Ufer hin, gleichmäßig mit Schießscharten versehen und mit vier-eckigen Thürmen besetzt; dann macht sie eine Biegung, läuft das Ufer entlang, macht nochmals eine Biegung, steigt aufwärts und schließt sich, ohne ihren kollektiven Anblick auch nur ein einziges Mal auf einige Meter zu verändern, wie ein Rosenkranz, an dem jedes Stügelchen eine Schießscharte und jedes zehnte ein Thürmchen bedeutet. Darinnen erheben sich die Häuser von Gopp, Etage auf Etage zwischen der niedrigen in den Wellen getauchten Mauer und der oberen, die sich zum Himmel erhebt. Nachdem wir die Stadt, ein Mißgeschick von wunderlichen Gäßchen durchlaufen haben, gingen wir,

Gefühl und der Bewegung erwacht, so hätten die psychischen Vorgänge der Erinnerung das Bewußtsein eines Tätigkeitsgefühls geweckt, das mit dem Worte „Wissen“ bezeichnet wird. Wäre, um Beispiele hierfür anzuführen, mit der Erinnerung an die gesehenen Stöße einem Entlastungszeugen eingefallen, daß in dem nämlichen Augenblicke verschiedene Gasflammen ausgeblüht wurden, oder auf der Straße ein heftiger Sturm sich hören ließ, oder ein eisiger Zugwind durch die Fenster geweht habe oder er selbst auf den Tisch gesprungen sei, so hätte derselbe auf die Frage, ob er wisse, oder glaube, die Stöße gesehen zu haben, unter Anführung der erinnerten Merkmale die Antwort geben können: „Ich weiß, daß ich die Stöße gesehen habe.“ Eine solche Aussage hätte dadurch noch an Bedeutung gewinnen können, daß die angeführten Wahrzeichen von anderen Zeugen vielleicht bestätigt worden wären und die Ueberzeugung von der Wahrheit der Aussage zu einer vollen gemacht hätten. Da das Wissen, etwas gesehen zu haben, dort unmöglich ist, wo das Objekt nicht vorhanden ist, so muß der Eid über das Wissen eines stattgehabten Sehens dadurch zu einem Falscheid werden, daß die Abwesenheit des gesehenen Objektes bewiesen wird.

Es soll hier nicht die Forderung geltend gemacht werden, daß der Richter, sei es ein Jurist oder Laie, sein Urtheil ausschließlich aus strengen bewiesenen Thatsachen ableiten darf. Wenn nur die aus einer Anklage sich beziehenden Ermittlungen in sich nicht bloß widerspruchsfrei sind, sondern einen gewissen, durch die Erfahrung festgestellten Grad von Wahrscheinlichkeit in sich tragen, so kann, namentlich wenn einmal die geeigneten Maßregeln für die Fälle unschuldiger Verurtheilung eingeführt sind, auch die moralische Ueberzeugung zu einem Urtheilssprüche berechtigen. Wenn z. B. ein Mann von notorisch normalem Verstande und Ehrgefühl, wie dies im vorliegenden Prozesse der Arbeiterführer Schröder that, in einer großen Versammlung niederknien worden zu sein behauptet, so wird man seine Aussage mit hoher Wahrscheinlichkeit als eine Wahrheit annehmen dürfen. Denn man kann erfahrungsgemäß voraussetzen, daß er nicht eine Lüge ausläßt, von der er wissen muß, daß sie in dem nächsten Augenblicke von verschiedenen Personen, die ihn fortwährend festen Fußes und geraden Körpers anrecht an einer bestimmten Stelle sehen sehen, als solche erklärt werden könnte.

Wie aus den bisherigen Darlegungen hervorgeht, wäre in dem vorliegenden Falle den Entlastungszeugen durch die geeignete Fragestellung Gelegenheit geboten worden, von ihren positiven Aussagen nicht nur die psychischen Vorgänge der Entstehung erkennen zu lassen, sondern noch indirekt eine gewisse Wirklichkeit für die Wahrheit derselben zu bieten. Anders ist das Verhältnis bei den Aussagen der Belastungszeugen gestaltet, welche die Stöße nicht gesehen zu haben behaupteten. Denn da das Nichtsehen selbst nicht durch eine Sinnestätigkeit erfolgt, so haben diese Zeugen für ihre Aussage auch nicht auf eine stattgehabte Wahrnehmung sich berufen können. Was sie auszusagen, war ein Schluß, der aus dem folgenden Denkprozesse abgeleitet war. Die Zeugen wurden an das erinnert, was sie an dem fraglichen Orte und in der bestimmten Zeit gesehen hatten. Unter den Gesichtsvorstellungen, die hierdurch erwachten, fanden sich nicht diejenigen, die sie sich selbst von den stösenden Bewegungen des Sendarmen gemacht hatten. Hieraus bildete sich das Urtheil, daß mit den übrigen Erinnerungen die Gesichtsvorstellung des Stoßens nicht erwacht ist. Reichte sich nun die anderweitig erschlossene Folge an, daß eine Vorstellung, welche gleichzeitig mit anderen Vorstellungen nicht erinnert wird, auch gleichzeitig mit denselben nicht gebildet wurde, so konnte sich die weitere Folgerung ergeben, daß die Gesichtsvorstellung der Stöße nicht hervorgebracht, d. h. die Stöße nicht gesehen wurden. Der Form nach ist dieser Schluß logisch richtig, aber nach den wirklichen Thatsachen falsch. Denn durch die Erfahrung hätte es festgestellt werden können, daß möglicherweise eine Vorstellung wirklich gebildet wird und nur deswegen ein Erinnerungsbild nicht zurückläßt, weil sie zu schwach und flüchtig mit den übrigen Vorstellungen verbunden wurde, um gleichzeitig mit denselben erwachen zu können. Das Nichterwachen der Vorstellung kann selbstverständlich irrtümlich als ein nicht stattgehabtes Sehen bezeichnet werden sein. Wenn somit von allen, welche das Stoßen nicht gesehen zu haben behaupteten, nicht ein einziger in der Lage war, auf eine stattgehabte Wahrnehmung sich zu beziehen, so konnte selbstverständlich auch nicht

da uns noch eine Stunde vor Sonnenuntergang blieb, die zehn Minuten vor dem Stadthor belegenen Nachgrabungen zu besichtigen, die die Offiziere auf dem Blage des Grabmals Hadramet's vornehmen lassen. Man hat dort geräumige Keller entdeckt, die bis zwanzig Grabmale enthielten und die noch Spuren von Wandgemälden zeigen. Diese Nachforschungen verdankt man Offizieren. Dieselben werden hier eifrige Alterthumsforscher und würden dieser Wissenschaft große Dienste leisten, wenn die Administration der schönen Künste ihren Eifer nicht durch vegetarische Maßregeln hemmt. Im Jahre 1860 hat man in dieser nämlich Grabstadt ein sehr sonderbares Mosaik bloßgelegt, welches das Labyrinth von Kreta darstellt, mit dem Minotaurus im Mittelpunkt und nahe dem Eingang Theseus und Ariadne mit ihrem Faden. Der Bey wollte es nach seinem Museum schaffen lassen; aber auf dem Transport wurde dieses bemerkenswerthe Stück total zerstört. Man bot mir eine Photographie desselben an, die nach einer Skizze des Herrn Barmande, Brücken- und Chausséezeichner, gemacht ist.

Bei Sonnenuntergang kamen wir nach Susa zurück, um bei dem französischen Zivilkontrolleur zu speisen, einem der Männer, die am besten über Sitten und Gebräuche dieses Landes unterrichtet sind.

Von seiner Wohnung aus übersteht man die ganze Stadt, diese Kaskade von vieredigen mit Kalk bestrichenen Dächern, über welche schwarze Katzen laufen, und auf denen sich zeitweise das Phantom eines in blasse oder farbige Stoffe gekleideten Wesens erhebt. Die und da steht ein großer Palmenbaum, streckt den Stamm zwischen den Häusern empor und breitet das grüne Bouquet seiner Wedel über ihre einformige Weiße hin. Als sich dann der Mond erhoben hatte, erschien die Dächerkaskade wie ein silberner, zum Meere sich wälzender Schaum. Die ganze phantastische Stadt bot ein Bild, wie es kaum die üppige Phantasie eines Dichters schaffen könnte. Wir irrten dann lange in den Straßen umher, bis uns die Thüröffnung eines maurischen Cafés anlockte. Als wir eintraten, fanden wir es voll von Menschen, die um einen arabischen Erzähler theils auf der Erde herum, theils auf den den Fußboden bedeckenden Matten zusammengekauert saßen. Es war ein fetter Alter mit einem böshaften Auge, der mit einer so drohenden Mimik sprach, daß sie allein schon amüsierte. Er erzählte einen Schwank, die Geschichte eines Betrügers, der für einen Marabout gelten wollte, aber den der Iman entlarvt hat. Seine naiven Zuhörer waren entzückt und folgten der Erzählung mit lebendiger Aufmerksamkeit, die nur zuweilen ein auspläzendes Gelächter unterbrach.

Dann begannen wir wieder weiter zu gehen, da wir uns in dieser blendenden Nacht nicht zum Schlaf einschließen konnten.

einer für das nicht stattgehabte Sehen ein Wahrzeichen anzuführen und etwas darzulegen, das auch nur den Schein einer Ueberzeugung zu erwecken vermochte. Denn ein Wahrnehmen ist ohne ein Sehen nicht denkbar. Die Belastungszeugen konnten nicht etwa deswegen für die Behauptung, die Stöße nicht gesehen zu haben, eine andere mit diesem nicht stattgehabten Gesichtseindruck verbundene Wahrnehmung nicht anzuführen, weil sie dieselbe möglicherweise vergessen haben. Denn ein Vergessen ist nur dort möglich, wo eine Wahrnehmung oder ein Gesichtseindruck mit einer anderen Wahrnehmung oder einem anderen Gesichtseindruck verbunden, d. h. gemerkt werden kann. Eine Wahrnehmung, oder Vorstellung, welche unbewußt nicht gemacht wird, kann aber doch mit anderen Wahrnehmungen oder Vorstellungen nicht verbunden, folglich weder vergessen, noch gemerkt werden. Der Umstand, der aus der Prozeßverhandlung vielleicht als ein indirekter Beweis für das nicht stattgehabte Sehen der Stöße entnommen werden könnte, ist in der Angabe enthalten, daß die Stöße, wenn sie ausgeführt worden wären, von den Belastungszeugen hätten gesehen werden müssen. Allein diese Behauptung ist falsch. Denn die geeignete Stellung ist nur die Bedingung, ohne welche das Sehen unmöglich ist, aber das Sehen ist nicht ihre notwendige Folge. Wären die Belastungszeugen aufgefordert worden, zu erklären, ob sie wissen, daß sie die Stöße nicht gesehen haben, so hätten sie bei einem normalen Geisteszustande und einer unparteiischen Selbstprüfung sagen müssen: „Wir wissen nicht, das wir die Stöße nicht gesehen haben.“ Da aber jeder, der behauptet, etwas nicht gesehen zu haben, ohne zu wissen, daß er es nicht gesehen hat, nichts anderes als ein „Glauben“ ausdrückt, so hätten die Belastungszeugen sagen müssen: „Wir glauben, die Stöße nicht gesehen zu haben.“ In einer solchen Aussage liegt die Erklärung enthalten, daß die psychischen Vorgänge des Nichtsehens weder in der sichern Wahrnehmung, noch in der sich aufdrängenden Annahme einer Thatsache, sondern in einem bloßen Wahrheitsfalsch bestehen, der in dem Bewußtsein mit der Möglichkeit eines Irrthums verbunden ist.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 10. April.

Der Bericht über das weibliche Fabrikinspektorat in England, der durch eine vom preussischen Handelsminister entsandte Kommission erstattet worden war, hatte dem preussischen Handelsminister ein Anlaß gegeben, im Reichstag die Einrichtung des weiblichen Fabrikinspektorats als eine bedeutungslose Einrichtung zu bezeichnen, bei der man von einer guten Erfahrung sicherlich nicht sprechen könne:

„In England, meine Herren, bin ich in der Lage, die Verhältnisse besser zu übersehen. Ich habe gerade zum Studium dieser Frage und anderer Fragen der Fabrikinspektion eine Kommission nach England geschickt, bestehend aus einem Beamten meines Ressorts und zwei Gewerbe-Aufsichtsbeamten, welche die Aufgabe hatten, sie gründlich zu studieren. Ich bin nach einem mir vorliegenden Bericht doch zu der Ansicht gekommen, daß der Versuch als ein gescheitertes nicht angesehen werden kann. Ich will mich darüber in Einzelheiten nicht verlieren, aber eins kann ich ohne weiteres auch England gegenüber als schlagendes Argument anführen. In der englischen Textil-Industrie werden vielleicht 4-500 000 weibliche Arbeiter beschäftigt, vier weibliche Fabrikinspektoren erfüllen die Aufgaben — und von deren Thätigkeit sind Sie überzeugt, daß sie eine Beförderung der Verhältnisse der einzelnen Textilarbeiterinnen herbeiführen könnte! Hier weibliche Fabrikinspektoren gegen etwa eine halbe Million Arbeiterinnen! Da kann doch von einer Wirkung nicht die Rede sein. Also von einer guten Erfahrung, die man in England auf diesem Gebiet gemacht haben soll, kann man sicherlich nicht sprechen; und ich bin auch auf Grund anderer Thatsachen, die zu meiner Kenntniß gekommen sind, der Meinung, daß der Erfolg nicht sehr groß ist. (Stenogr. Bericht über die Reichstags-Sitzung v. 12. Febr., S. 917/8.)

Nunmehr hat der bekannte englische Staatsmann Sir Charles Dilke in einem Briefe vom 1. d. M., der von der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht wird, sich über dieses erstaunliche Urtheil des preussischen Handelsministers wie folgt ausgesprochen:

„Die Kommission muß über die weiblichen Fabrikinspektoren in England aufhelfend schlecht unterrichtet worden sein („must have been strangely misinformed“). Sowohl der frühere, wie der gegenwärtige Staatssekretär des Innern haben beide konstatirt, daß die Einführung des Systems von Anfang an als ein Erfolg zu betrachten war, und daß dieser Erfolg andauert. Auch bin ich sicher, daß weder der gegenwärtige Staatssekretär noch der gegenwärtige General-Gewerbe-Inspektor irgend eine Aenderung in abweichender Richtung gehen haben. Ein Beweis dafür, daß nach Ansicht der Resortheitung das System sich bewährt hat, liegt in seiner Ausdehnung. Weibliche Fabrikinspektoren werden fortgesetzt neu ernannt, und im Parlament stimmen Vertreter des Unternehmers wie des Arbeiterhandes mit den Oberbeamten in ihrem Glauben an dieses System überein. — Kann nicht etwas geschehen, um dieser einigermaßen ungeheuerlichen Kundgebung in Deutschland entgegenzuwirken?“

Man kann einigermaßen gespannt darauf sein, wie nunmehr der preussische Handelsminister, wenn er wieder im Reichstag Gelegenheit dazu erhält, sich über die Zweckdienlichkeit weiblicher Fabrikinspektoren äußern wird. Sollte ihm das Zeugniß Sir Charles Dilke's nicht genügen, so hat er ja reichliche Gelegenheit, sich auf amtlichem Wege in England zu erkundigen, ob bis jetzt Dilke erwähnten beiden Minister die Ansicht Dilke's bestätigt ist.

Vindicta II findet es selbst, daß wir die Frage der Mandatsniederlegung als „jedem prinzipiellen Bedeutung bar“ hingestellt haben. Wir waren bisher wirklich der Meinung, es sei bloß eine taktische Frage, allein Vindicta II ist, gleich Vindicta I und den Zukunftsstaats-Vindicta, eine solche Autorität in Sachen des Prinzips, daß uns wirklich Zweifel aufsteigen könnten — wenn Karneval wäre.

Zum Zeugniszwangs-Verfahren gegen die „Saale-Zeitung“ wird gemeldet, daß das Ober-Landesgericht in Rumburg die Beschwerde des Redakteurs Paulus abgewiesen hat.

Sinke und Genossen. Endlich ist der Widerspruch gelöst, aus dem heraus in letzter Zeit wiederholt Notizen über den Prozeß Auer und Genossen in die Presse gekommen sind, welche wir als durchaus falsch bezeichnen mußten. Der betreffende Reporter hat einfach zwei Prozesse, welche sich allerdings beide gegen Parteigenossen richteten, verwechselt. Neben der Anklage gegen den Parteivorstand und die Vorstandsmitglieder der vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Wahlvereine u. ist nämlich auch gegen eine Anzahl von Genossen aus dem zweiten Wahlkreis, welche vor einigen Wochen beim Restaurateur Möhring sistirt worden sind, Anklage wegen angeblicher Betheiligung an einem vorläufig geschlossenen politischen Verein erhoben worden. Für diese Verhandlung, welche sich gegen 56 Angeklagte richtet, ist Termin auf den 28. d. M. vor dem Schöffengericht in Altmoabit angelegt. Die Verhandlung findet im kleinen Schöffengerichtssaal statt.

Kalte Douchen für den „Reichsboten“. Er belirrt:

Der „Bormärts“ hat noch keinen Anlaß genommen sich dazu zu äußern. (Nämlich zu dem albernem Klatsch über die „Verwendung sozialdemokratischer Parteigelder“.) Er hat damit zu viel zu thun, uns, weil wir seine in ihrem Christenhafte albernem Ausführungen über „Islam und Kreuz“ etwas niedriger gehängt haben, als „seelengequält und weit fortgeschrittener Hirnblähung“ und reiß für das Irrenhaus weiter zu beschimpfen. Es wird uns dadurch nun klarer, warum der Islam als Religion der Gewalt und des Sinnengenußes den Paschanaturen unserer Sozialistenführer soviel näher liegt als das Christenthum. Khalif Liebknecht würde im Zukunftsstaate uns und alle Gegner zwar nicht in Säcken in den Wösporus, aber kraft der sozialistischen Wissenschaft in Zwangsjacken in die Irrenhäuser werfen lassen, und Sultan Bebel mit seiner freien Liebe eine Haremswirtschaft in vollster Blüthe einführen. Denn wenn die Liebe frei ist, warum soll dann die Monogamie herrschen und ein Mann nicht in aller islamitischer Freiheit ein halbes Duzend Frauen auf einmal lieben? Warum thun die Islamischwärmer ferner ihrem Vergnügen Zwang an und gehen nicht heist noch nach dem Goldenen Horn, z. B. um in Armenien die Christen, welche sie gemeinsam hassen, todtschlagen zu helfen? Das wäre doch viel „zielbewußter“, als die paar papierernen Gräber gegen uns.

Der „Reichsbote“ irrt. Wir wollen ihn ja gerade vor dem Irrenhaus retten. Was aber die Haremswirtschaft betrifft, so verwechselt er uns offenbar in diesem Punkt wie auch in dem Punkte der „Verwendung von Parteigeldern“ mit seinem Exzuberantfreund Hammerstein.

Unseren Herren Staatsanwälten zur Nachachtung! Wie oft sind nicht unsere großen Dichter und Denker eifrigen Staatsanwälten und Polizei-Organen zur Berücksichtigung empfohlen! Haben sie nicht ausnahmslos zahlreiche Worte und Werke geschrieben, gefährlich für ein kindlich-fremdes preussisch-deutsches Unterthanengemüth, werth, endlich dem väterlich-sürsorglichen Zensurhiste zum Opfer zu fallen? Haben sie nicht den Bürgerkrieg gepredigt? Alle erdenklichen Staats- und Religionsrichtungen, sei es offen, sei es verdeckt, angegriffen mit ähndendem Hohn und verächtlich gemacht? Ist's nicht endlich an der Zeit, eine von sachkundiger Staatsanwaltschaft revidirte und zensurirte Anthologie unserer Gesammtliteratur herauszugeben, die allein mit dem obrigkeitlichen Imprimatur und Placet versehen fürderhin zu geistiger Erquickung des Volkes der Dichter, Denker und Schloßmühen dienen darf? Eine freiwillige, mit den erforderlichen Machtbefugnissen auszustattende Kommission katholischer und evangelischer Rechtsgläubiger würde für eine entsprechende Bearbeitung unserer bildenden Kunst zweifelsohne vortrefflich zu sorgen wissen. — Zum aufrichtigen Selbstweisen jedes deutschen Philisterherzens hat der Staatsanwalt bisher indessen nur sehr wenige dieser papiernen Drucker-Schwärzen abgeholt, nein — von der modernen Literatur abgesehen — das Herwegh'sche „Lied der Arbeit“, das Heine'sche „Weberlied“, neuerdings das „schändliche“ Weberlied Freilich's, das allerdings nicht der Staatsanwalt, sondern der Kultusminister aus dem Jüder gefegt hat und einige andere. Weshalb diese geringe Ausbeute? An dem Eifer und besten Willen der zuständigen Behörden zu zweifeln, wäre frevel. Verschlimmerung von Staatsrichtungen. Ein Grund nur hat ausreichende Evidenz für sich. In dem Bereiche weiland Koller's wie bei der Staatsanwaltschaft kennt man keine Literatur! Das ist hundertfältig und klarlich erwiesen und selbstverständlich, und ergibt für jeden Freund der Ordnung die Pflicht, Staatsanwaltschaft und Polizei mit den erforderlichen Angaben unter die Arme zu greifen. Wir wollen unsere Pflicht gewissenhaft erfüllen, wie wir sie bisher erfüllt haben und machen daher auf einen Dichter aufmerksam mit Namen Friedrich Heibel und auf eine Tragödie dieses Dichters mit Namen „Judith“, die den verheerlichen Behörden vielleicht von dem Anschlagzettel des königlichen Schauspielhauses bekannt ist. Gleich in der ersten Szene dieser Tragödie kommt folgende Stelle vor: Der größenthumswahnsinnige Tyrann Holofernes fordert seine Krieger auf, ihm etwaige Beschwerden über ihre Hauptleute vorzutragen. Ein Krieger kommt dieser Aufforderung nach und klagt seinen Hauptmann an, ihm eine Sklavin, seine Kriegsbeute erschlagen zu haben. Des Holofernes' Entschluß lautet:

„Der angeklagte Hauptmann ist des Todes! ... Aber auch der Kläger!“ ... Auf die erschreckte Frage des Kriegers, weshalb er diese Strafe verdient, erklärte Holofernes: „Weil Du zu laß bist. ... Wollt' ich Deinesgleichen die Klage über eure Hauptleute gestatten, wer sicherte mich vor den Beschwerden der Hauptleute!“

Diese Stelle enthält zweifelsohne eine versteckte Verhöhnung des Allerheiligsten des deutschen Volkes, des unvergleichlichen Militarismus! Holofernes — Militarismus und sein samofes Beschwerderecht — kann es eine blutigere Satire geben? Und sollte der Dichter etwa diese Satire nicht als Satire beabsichtigt haben — was thut's? Muß nicht jeder Leser, jeder Zuschauer die fragliche Stelle als Satire verstehen? Und das würde — auf die Autorität des Breslauer Landgerichts und seines Solus eventualis hin — genügen selbst zu einer Verurtheilung des — leider — seligen Heibel! — Wo fort mit diesem Schandstück aus dem königlichen Schauspielhaus! Fort mit ihm aus dem Buchhandel. Und alle Verleger, Drucker, Setzer, Expedienten und Verkäufer, Theaterdirektoren und Schauspieler auf die Anklagebank!

Mit Lorbeer wollte der Verbrecher Crispi das italienische Volk speisen, und er hat ihm den Hunger gebracht — ohne Lorbeer. Die Noth in Italien ist grenzenlos. Nach der „Nuova Sardegna“ herrscht auf der von der Natur so gesegneten Insel Sardinien der entsetzlichste Mangel, und ein großer Theil der Bevölkerung nährt sich von Pflanzen und Gras — was Durchfall und Seuchen erzeugt. Auf dem Festland ist es kaum besser.

In Massen wandert das Volk aus; und die schweizerischen Grenzbehörden haben die größte Mühe, um die vor der Hungersnoth flüchtenden Italiener mit augenblicklicher Unterkunft zu versehen. Wenn man bedenkt, daß dieses Italien, „der Garten Europa's“, einer der fruchtbarsten Landstriche der Welt ist, dann befreit man den grimmigen Fluch, welchen das arme italienische Volk gegen seine Machthaber, die Urheber dieses Elendes, schleudert, und den es, nach dem Beispiel der Heine'schen Weber, dem krispinischen Italien in das Reichentuch hineinstreift.

Auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz der Italiener herrscht jetzt für die letzteren das Siegesieber. Und zwar machen sie sich das Siegen ebenso bequem wie die Spanier in Kuba; nur mit dem Unterschiede, daß die Spanier ihre Feinde sterben, die Italiener, menschenfreundlicher, sie bloß davon laufen lassen. Die Derwische von Kassala sind plötzlich ausgerissen — niemand weiß wohin. General Baldissera aber traut der Sache nicht recht; er erinnert sich offenbar, daß die Derwische und Abessinier stets davongelaufen sind, ehe sie den Italienern ein Adua bereiteten.

Deutsches Reich.

Reichstags- und Wahlwahl im 4. hannoverschen Wahlkreis. Bisher sind gewählt für Bamberg (natl.) 8946, Schels (Welfe) 9708, Weidner (Wittelp.) 1726, Sittenslamp (freil.) 156 und Schrader (Soz.) 8110 Stimmen.

Bei der letzten Hauptwahl erhielt Wambhoff 10 642, der Weise 10 978, der Sozialdemokrat 9296, der Kandidat der freiwirtschaftlichen Vereinigung und der antisemitische Kandidat 309 Stimmen.

Der Reichstags-Abgeordnete für Halle, Dr. Alexander Meyer, wird nach dem hannoverschen Kourier sein Mandat nach der Beendigung der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den unläutereren Wettbewerb freiwillig niederlegen. Der Abg. Meyer ist der Berichterstatter der Kommission für diese Vorlage, deren zweite Lesung am 10. April in der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstags nach den Ferien steht. Die Ungültigkeitserklärung der Kommission erfolgte wegen unerlaubter Eingriffe des Landrats von Werder.

Die Berliner Anwaltskammer und das Kassenlorenzgesetz. Die Anwaltskammer hielt gestern Abend 6 Uhr im großen Sitzungssaale des Kammergerichts eine außerordentliche Generalversammlung ab, um gegen § 8 des preussischen Gesetzentwurfs, betreffend die Regelung der Richtergehälter und zu der Anstellung von Kassenlorenzern Stellung zu nehmen. Wir entnehmen dem Berichte der „Volks-Ztg.“ hierüber das folgende: Rechtsanwalt Salinger befürwortete in längerer Rede die Annahme einer Resolution, in welcher die Anwaltskammer ihren Vorstand ersucht, bei der preussischen Justizverwaltung gegen diesen Paragraphen vorzugehen, der geeignet sei, den preussischen Rechtsanwaltsstand schwer zu schädigen und sein Ansehen zu schwächen. Justizrath Lenz sprach sich dafür aus, die Resolution auch auf den preussischen Richterstand auszudehnen, dessen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit durch die geplante Gesetzbestimmung arg bedroht werde. Mit diesen Änderungen gelangte die Resolution zur einstimmigen Annahme.

In Ahlwardt's Wahlkreis, Friedeberg-Krasswald, soll sich eine starke Strömung geltend machen, deren Zweck es ist, den Reichstags-Abgeordneten auf Reisen zum Rücktritt von seinem Mandat zu veranlassen, da er dasselbe nicht ausübt. Schreiben, die Ahlwardt von einer Anzahl seiner Wähler erhielt, in denen er zur Rückkehr von Amerika aufgefordert wurde, blieben bisher unbeantwortet. Ein solcher, ziemlich energisch gefaltener „Mahdbrief“, der von mehreren seiner Freunde unterzeichnet war, ging am Mittwoch an Ahlwardt ab.

Der wandlungsfähige Dr. Bödel ist nun glücklich an der Krippe des Bundes der Landwirthe gelandet. Vor einiger Zeit brachten bürgerliche Blätter die Mitteilung, daß Dr. Bödel im statistischen Bureau einer Aktiengesellschaft Beschäftigung erhalten habe. Diese „Aktiengesellschaft“ ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Bund der Landwirthe, in dessen statistischem Bureau Herr Bödel seit einer Reihe von Wochen thätig ist.

Der auffällige Vorgang in Düsseldorf, das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 89 betreffend, den wir gestern der „Volks-Zeitung“ entnommen haben, hat die „Poh“ zu näheren Ermittlungen veranlaßt. Das Blatt theilt mit, an maßgebender Stelle erfahren zu haben, daß dort über diesen angeblichen Vorfall nichts bekannt sei.

Die Versammlung der bayerischen Konserwativen, die in diesen Tagen in Nürnberg zusammengetreten war, hat ihr Bedauern über das Ausscheiden Stöcker's ausgedrückt.

Das agrarische Märchen, daß die Landwirtschaft die Produktionskosten nicht mehr einbringt, wird, wie das in Lippstadt erscheinende Organ der Zentrumspartei, der „Patriot“, zeigt, schlagend widerlegt durch das eidlische Gutachten, das in einem Streite im Kreise Lippstadt zwei tüchtige Landwirthe abgegeben haben. Durch dieselben ist festgestellt worden, daß z. B. ein Morgen Ackerland, welcher zu 15 M. pro Jahr verpachtet ist, nach Abzug sämtlicher Betriebskosten, das heißt, wenn die gezogenen Produkte für und fertig zum Verkauf daliegen, nach dem einen Gutachten 37,50, nach dem anderen 88 M. einbringt. Rechnen wir hiervon die 15 M. Pacht ab, so bleiben uns doch 22,50, beziehungsweise 73 M. Reingewinn. Demnach muß doch ein Landwirth, welcher ein Gut von 100 Morgen in Pacht hat, jährlich immerhin noch bei solider Wirtschaft und Lebensweise, 2250 bis 2900 M. auf die hohe Kante stellen können, und ein Landwirth, welcher sein Gut als Eigenthum bewirtschaftet, müßte dann noch mehr übrig haben.

Wie die Zünftler dem Handwerk den goldenen Boden schaffen wollen, sieht man am besten aus der von ihnen gepflegten Lehrlingszucht. Sehr interessantes Material hierzu kommt in einer Polemik mit dem Organ des Barbierbundes in Berlin zu Tage. Die in München erscheinende „Allgem. Wader- und Freizeitszeitung“ weist nach, daß der Innungsband in Norddeutschland zu viel Lehrlinge heranbildet. Die mecklenburgischen, vossenschen, brombergischen und schlesischen Bezirksverbände, deren Innungen fast alle die Rechte des § 100a (Lehrlingsprivilegium) besitzen, beschäftigten im Verhältnis zu den Meistern 116,8 pCt. Lehrlinge. Die Innungen in Süddeutschland, die das Privilegium des erwähnten Paragraphen nicht besitzen, haben 43,6 pCt. Lehrlinge. In Bayern, wo die Väter mehr in Vereinen als in Innungen organisiert sind, beträgt, nach der „Münchener Post“, die Prozentsiffer 84,8. Innung und Privilegium erweisen sich also da geradezu als handwerksmäßig, und das Privilegium steigert noch den Grad der Gemeingefährlichkeit. Es wäre interessant, bemerkt die „Frankfurter Zeitung“, der wir diese Angaben entnehmen, auch über die Wirkungen des Privilegiums in anderen Handwerken etwas zu erfahren.

Ein neuer Zeuge für den Galgen-Peters hat sich in den Hamburger Nachrichten verlauten lassen. Es ist ein Kapitän-Lieutenant a. D. Ruff, der Begleiter des Dr. Peters auf der Emin-Pascha-Expedition. In dem von Anfang April datirten, an eine kolonialpolitische Persönlichkeit gerichteten Schreiben heißt es u. a.:

„Ein Wort über die Anklagen gegen Dr. Peters wegen brutaler Behandlung der Träger. Der Expeditionsführer, welcher seine Träger nicht zusammenhält, begeht Selbstmord. In Tausenden waren die im Witu-Lande angeworbenen Träger der G. V. G. nach Empfang ihres Soldgeldes mit List und Tücke unter Mitnahme von Expeditionsgeräth desertirt. Ihr Motiv war Diebstahl, kein anderes, denn marschirt hatten sie noch kaum und nichts entbehrt. Wer würde danach dem Führer Strenge und selbst Härte verdenken! ... Jede Kolonialgeschichte zeigt die Reaktion der Eingeborenen nach Befreiung ihres Landes und harte Gegenmaßregeln von Vorgesetzten. Das sind die dunklen Punkte der Kolonisation. Beudet man die abstrakte Moral des Meins und Deins auf Kolonialpolitik an, so soll man wenigstens konsequent sein, und den Erwerb von Kolonialbesitz überhaupt von der Hand weisen; oder man müßte vielleicht warten, bis die Wilden sich gegenseitig vernichtet haben, ihr Landbesitz frei wird, und ihn alsdann in Besitz nehmen. Inzwischen würde ihn England allerdings schon an sich gerissen haben und Deutschland wieder zu spät kommen. Will man Kolonialbesitz haben und festhalten, so muß sich die Moral mit der Staatsraison abfinden.“

Was hier entschuldigt werden soll, ist ein nebensächlicher Vorgang auf der Emin-Pascha-Expedition. Und schließlich wird nur als Entschuldigung angeführt, daß die gesammte Kolonialverwaltung unmoralisch ist. Selbst dieser Ruff wagt aber nicht, den Peters'schen Gängepöbel zu verurtheilen.

Oesterreich.

Wien, 10. April. Die das „Freundenblatt“ meldet, stellte das Reichs-Kriegsministerium den Entwurf, betreffend die Erhöhung der Sagen für die der Armee angehörenden Offiziere und Beamten fertig. Die österreichische Regierung hat dem Entwurf zugestimmt.

Ungarn.

Budapest, 10. April. In hiesigen Kaffinokreisen machte man anlässlich der jüngsten Spiellarten-Affäre die Entdeckung, daß die von einer hiesigen Fabrik angefertigten Spiellarten auf der Rückseite solche Zeichen aufweisen, die als Erkennungszeichen dienen.

Wenn man weiß, daß das Kasino der angesehenen, von allen hervorragenden Politikern besuchte Klub Budapest's ist, kann man aus dieser Entdeckung nette Rückschlüsse auf den Charakter dieser Ehrenmänner machen.

Verbrecherische Polizeibeamte. Aus Budapest wird telegraphirt:

Wie verlautet, steht die Verhaftung des vom Amte suspendirten Polizeiraths Ghady bevor, weil die Untersuchung ergeben hat, daß derselbe Urkunden gefälscht und Fälschungen im Amte begangen hat, wodurch der Staat um mindestens 82 000 Gulden geschädigt worden ist. Gegen den Stadthauptmann Eged und den Stadthauptmann Fannal ist die Disziplinaruntersuchung eingeleitet.

Affaire Pulszky. Universitätsprofessor Dr. Atjay überreichte heute dem Untersuchungsrichter sein Gutachten als Sachverständiger über den geistigen Zustand Karl Pulszky's. Dasselbe weicht von dem bereits mitgetheilten Gutachten des anderen Sachverständigen wesentlich ab. Während dieser Pulszky als zur kritischen Zeit unzurechnungsfähig bezeichnete, erklärt Professor Atjay auf das bestimmteste, daß nach seiner Meinung und auf Grund der von ihm angestellten Beobachtungen Pulszky immer geistig vollkommen normal gewesen sei und daß die derzeit mitunter an ihm wahrnehmbare Apathie die natürliche Reaktion nach vielen durch schwärzten Nächten und begangenen Exzessen mehr physischer als seelischer Art sei. Das Gutachten, welches auf sechzig Seiten geschrieben ist, enthält alle Details der nahezu siebenwöchentlichen Beobachtung, die einzelnen Zeugenaussagen und die im Laufe der Untersuchung festgestellten Thatsachen.

Dieses Gutachten wirft ein helles Bild auf die Praktiken der Regierung, die, um einem Prozeß gegen eine verbrecherische Staatsstiftung aus dem Wege zu gehen, dieselbe einfach für unzurechnungsfähig erklären läßt.

Schweiz.

Basel, 9. April. (Sig. Ver.) Für die kommenden Landrats-Wahlen (7. Juni) haben die Grütli- und Arbeitervereine folgendes Arbeitsprogramm aufgestellt: 1. Hypothekarreform; 2. Schaffung eines kantonalen Inspektorats zur Ueberwachung der Fabrik- und Hausindustrie; 3. Hebung des Volksschulwesens; 4. Schaffung einer genauen Lebensmittelkontrolle; 5. Einführung des proportionalen Wahlverfahrens bei kantonalen und Gemeindevahlen.

Frankreich.

Paris, 10. April. Dem orleanistisch-großkapitalistischen „Gaulois“ zufolge werden aus Furcht vor der Einkommensteuer zahlreiche Kapitalien von den französischen Banken zurückgezogen und im Auslande angelegt.

Das sind leere Redensarten, die ebenso in Preußen bei der Einführung der darnachigen Einkommensteuer gebräuchlich wurden. Die französischen Kapitalisten werden ihre Kapitalien ruhig in Frankreich auch nach der Einführung der Einkommensteuer, welches Mehrverth machen lassen. Was sie mit solchen Nachrichten, wie die des „Gaulois“ wollen, ist, Dumme zu dupiren und ihren gestauten Vertretern in Presse und Parlament Gründe zu schaffen. Das französische Volk wird hoffentlich seine Ausbeuter nicht schonen.

Italien.

Rom, 8. April. (Sig. Ver.) Die Friedensverhandlungen zwischen der italienischen Regierung und den Abessinern sind durch den Umstand, daß Menelik mit seinem Heere den durch die Jahreszeit gebotenen Abmarsch nach dem Süden begonnen hat, zwar nicht abgebrochen worden, werden aber eine Verzögerung erleiden. Diejenigen Kreise, welche einen Machtkrieg gegen Abessinien befürworten, vor allem der Anhang Crispi's, glauben durch den Abzug Menelik's die Gelegenheit für ein anderweitiges Vordringen der Italiener gefunden, da die in der Provinz Tigre zurückgelassenen abessinischen Unterbefehlshaber zu einem erfolgreichen Widerstand nicht mehr stark genug seien. Das neue italienische Ministerium dürfte sich aber durch solche Stimmen schwerlich zu einem neuen Offensivzuge verleiten lassen. Inzwischen beschränkt sich der Krieg darauf, daß die von den Italienern besetzt gehaltene Festung Adigrat am Rande des abessinischen Hooplateaus von feindlichen Streitkräften eingeschlossen erhalten wird. Der Generalgouverneur in Massauah ist ermächtigt, die Besatzung aus Adigrat zurückzuziehen, doch ist dies, eben weil die Festung eingeschlossen ist, nur durch ihre Entsetzung mit gewaffneter Hand oder durch eine Kapitulation möglich. Die letztere möchte man vermuthen, zu der ersteren wird man kaum vordringen, solange die Friedensverhandlungen nicht aussichtslos geworden sind. Von dem Abschluß der letzteren erwartet man nicht nur die Befreiung der Besatzung von Adigrat, sondern auch die der Besatzungen (1500 bis 2000), die bei Adua in die Hände der Abessinier gefallen sind. Wenn der Frieden nicht zu Stande kommt, wird man besondere Verhandlungen wegen des Loskaufs der Besatzungen anknüpfen müssen, da diese sonst in das Innere Afrikas abgeführt werden. Mit der an der Grenze des Mahdisenreiches gelegenen Festung Cassala ist jetzt durch einen von den italienischen Truppen am Passe Sabderah errungenen Waffenerfolg die Verbindung wieder hergestellt worden. Der Erfolg hätte benutzt werden können, um die italienische Besatzung aus Cassala zurückzuziehen, wie man dies anfangs beabsichtigt hatte. Da aber die inzwischen ins Werk gesetzte englische Unternehmung gegen das Mahdisenreich Italien einige Rücksichten auferlegt, hat man von der Räumung der Festung Abstand genommen und nur einen Theil der nichtmilitärischen Einwohnererschaft herangezogen. Daß aber das gegenwärtige italienische Ministerium sich zu einer über Cassala hinausgehenden militärischen Kooperation mit England verstehen werde, ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht wahrscheinlich.

Durch die Ernennung eines besonderen Ministers für Sizilien, der in Palermo seinen Wohnsitz nehmen soll, und dem die übrigen Minister einen Theil ihrer Befugnisse abtreten, hat das Ministerium di Rudini gezeigt, daß es den Schwerpunkt seiner Thätigkeit nicht in Afrika, sondern in Italien sucht.

Der sozialistische Abgeordnete Salsi, ein junger Volksschullehrer, der, wie man sich erinnern dürfte, direkt aus dem Zwangsdomizil ins Parlament kam, strengte vor längerer Zeit eine Verleumdungssage gegen die Crispi'sche „Gazetta dell' Emilia“ an wegen eines bald nach dem Parlamentswahlen erschienenen insinuirten Artikels, in welchem von Salsi die ehrenrührigsten Dinge, die nur der giftigste Parteibass erfinden kann, behauptet wurden. Die Art, wie diese Verleumdungssage erlegt wurde, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die Sozialisten in Italien unter keiner Regierung, mag der Ministerpräsident nun Crispi oder Rudini heißen, Recht und Gerechtigkeit zu erwarten haben. In einer Kritik von sechs Monotonen hat der Untersuchungsrichter nichts anderes zu thun gewußt, als drei von dem besetzten Artikelschreiber vorgelegene Zeugen, darunter zwei halbwüchsige Burtschen, zu vernehmen, während auch nicht ein einziger von den vielen

Zeugen, die der in seiner Ehre verletzten Salsi zu seiner Entlastung vorgeschlagen hatte, des „Vergnügens“ einer gerichtlichen Verladung gewürdigt wurde. Dieser Tage hat nun der Untersuchungsrichter dem Abgeordneten den Bescheid zugehen lassen, daß kein Grund zum Einschreiten gegen die „Gazetta dell' Emilia“ vorliege, da sich das Blatt keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Obwohl Salsi diesen Bescheid erwartet hatte, hat er doch seine Advokaten Beresini, Barbanti und Dall'Osso beauftragt, an die Anklagebehörde zu appelliren und hat selbst zu seiner Vertheidigung eine Denkschrift veröffentlicht, die die unverschämten Lügen der „Gazetta dell' Emilia“ ins rechte Licht stellt. Auf die Entscheidung der Anklagebehörde darf man mit Recht gespannt sein.

Spanien.

Die sozialistischen Kandidaturen. Die spanischen Sozialisten haben für die am 12. d. M. stattfindenden Parlamentswahlen folgende Kandidaturen aufgestellt: In Madrid: Pablo Iglesias und Dr. Jaime Vera. In Valladolid: Pablo Iglesias und Pascual Simal. In Barcelona (Außenbezirk): Toribio Reoyo. In Oviedo: Antonio Garcia Cuejido und Eduardo Barcia. In Bilbao: Pablo Iglesias. In Elche: Dr. Jaime Vera und Miquel, De Unamuno. In El Ferrol: Pablo Iglesias. In Jativa: Antonio Garcia Cuedo. In Mataro: Pablo Iglesias. In Villanueva y Geltru: Antonio Garcia Cuejido. In Burgos: Pablo Iglesias. Diese Kandidaturen haben bei den in Spanien herrschenden Zuständen, die es der jeweiligen Regierung ermöglichen, die Wahlen nach ihrem Gutdünken zu machen, natürlich wenig Aussicht auf Erfolg; sie dürften aber zeigen, daß die sozialistische Partei in Spanien in den letzten Jahren ganz bedeutend gewachsen ist und besonders den Republikanern, die nicht Fleisch und nicht Fisch sind, viel Terrain abgeonnen hat. Zum ersten Male seit ihrem Bestehen stellt die Partei, die mit unglaublichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und von den Machthabern ganz bedeutend in ihrer Entwicklung gehemmt wird, eine so große Anzahl von Kandidaten auf. Dr. Jaime Vera, einer der beliebtesten Ärzte von Madrid, hat zwar ersucht, ihn von der Annahme einer Kandidatur zu entbinden, da ihm seine ärztlichen und wissenschaftlichen Pflichten vollaus in Anspruch nehmen und ihm nicht Zeit lassen, sich den politischen Angelegenheiten mit ganzer Kraft zu widmen; die Partei hat aber in einer am 31. März stattgehabten Volksversammlung beschlossen, diesen Verzicht unberücksichtigt zu lassen, so daß die Madrider Sozialisten, laut Parteibeschluss, für Pablo Iglesias und Dr. Jaime Vera stimmen werden.

Madrid, 10. April. Nachdem die spanische Regierung sämtliche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gerichteten Demonstrationen streng verboten hat, versammelten sich die Republikaner in einem geschlossenen Lokal und protestirten heftig gegen die Annahmen des amerikanischen Kongresses und gegen die sinnlose Kolonialpolitik.

Bulgarien.

Fürst Ferdinand als Commis voyageur für die Allein herrschaft des Jaren in der orthodoxen Kirche, das ist das neueste Entwicklungsstadium dieses so entwicklungsfähigen Katholiken. Seinen Aufenthalt in Konstantinopel benutzt er dazu, die bisher selbständige bulgarische Kirche mit der russisch-orthodoxen Kirche, deren Papst der Kaiser von Rußland ist, zu vereinigen. Die Geistlichkeit zeigt aber diesen Bemühungen gegenüber kein Entgegenkommen.

Afrika.

Kimberley, 9. April. Der Direktor der Debeers-Kompagnie, Gardner Williams, wird (von den lapländischen Behörden) unter der Anklage vor Gericht gestellt werden, ungesetzlicher Weise Waffen in die südafrikanische Republik eingeführt zu haben. Der Angeklagte hat eine Vertheidigungsschrift eingereicht, in welcher er erklärt, die Waffen und die Munition seien in Kimberley in Empfang genommen und von der Chartered Company zur Aufbewahrung in der Niederlage bestimmt worden. Ein Beamter der Chartered Company habe später den Befehl erteilt, einen Theil der Waffen und der Munition aus der Niederlage zu entnehmen.

Bloemfontein, 8. April. Der Volksraad des Oranje-Freistaates wurde heute eröffnet. Präsident Steyn erwähnte in seiner Eröffnungsrede, daß die Staatseinnahmen einen Ueberschuß von 46 000 Ltr. aufwiesen. Steyn war dafür, die Eisenbahnen zu verstaatlichen. Sollte die Frage neuer Zollverträge auf die Tagesordnung kommen, so sei die Zeit da, die Farmer gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Auch ein beschränktes Referendum empfahle sich für die Bedürfnisse des Staates. Was einen engeren Anschluß an das Transvaal anbeträfe, so werde bald eine Konferenz zu dem Zwecke stattfinden. Bei der Besprechung der kürzlichen Krisis erwähnte Präsident Steyn, daß Schritte unternommen worden wären, um Ueberschüsse der britischen südafrikanischen Gesellschaft in Zukunft zu verhindern. Hoffentlich werde eine unparteiliche Untersuchung alle Einzelheiten der Verdrängung gegen die Schweizerrepublik nun so mittelbar gegen den Oranje-Freistaat feststellen. Hoffentlich würden die Häufelührer zur verdienten Strafe gezogen und das arg ins Wanken gekommene Vertrauen wiederhergestellt werden.

Vom Matabili-Aufstand liegt folgende amtliche Meldung des Kommandanten Nicholson aus Buluwago, 7. April vor: Kapitän Macfarlane gestern Abend mit 80 Mann und einer Maxim'schen Kanone von hier abgegangen, um Gifford's Hüte zu bringen. Die Eingeborenen sollen sich in großen Massen nördlich und südlich von Buluwago zusammenscharen. Ich würde froh sein, wenn Oberst Plumer's Truppe käme. Ich habe keine Gewehre mehr. Eine Menge Eingeborener stehen jetzt in den Matoppo-Bergen. Ihre Viehraubzüge dringen bis auf 7 engl. Meilen von Buluwago vor.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Das Einigungsamt tagte gestern in voller Besetzung im Reichlichen Rathhause, um die Verhandlungen vom Donnerstag in Sachen der Lohnregulirung in der Herren- und Knabenkonfektion fortzusetzen. Es wurden vorerst einige der Konfektionäre und Zwischenmeister, denen Bruch der Vertragsbedingungen vorgeworfen ist, als Ausnahmepersonen vernommen. Herr Rommelberg, selbständiger Geschäftsinhaber, der Kurichensachen fertigt, erklärt, nicht 12 1/2 pCt. Zuschlag, wohl aber 25 pCt. mehr zu zahlen, wie der Tarif verlangt. — Konfektionär Gannes schlägt die 12 1/2 pCt. nur dem Retzpreise zu, mit dem seine Meister ihre Arbeitskräfte bezahlen. Nach dem Vergleich vom Februar hält er sich nur hierzu verpflichtet. — Kreimann, Zwischenmeister, betont, daß bei ihm nicht gestreikt worden sei. Er habe sich jedoch mit seinen Arbeitern bzw. Arbeiterinnen dahin geeinigt, daß er ihnen für Arbeiten mehr zahle, wo er mehr bekomme, und danach handle er. — Zwischen dem Zwischenmeister Karlkinis und dem Konfektionär Gottschall war es betrefß der Bezahlung eines Potens Besten zu Differenzen gekommen. K. hielt sich berechtigt, 40 M. als den projektualen Zuschlag nachfordern zu können, während sich Gottschall zu nichts verpflichtet hielt. Um Weiterungen zu vermeiden, einigten sich beide auf 12 M., was sie vor dem Einigungsamt konstatirten. Gottschall blieb dabei, daß die 12 1/2 pCt. von ihm gezahlt seien. Karlkinis dagegen behauptete, er habe sie für jene Arbeit nicht erhalten. — Durch die Vernehmung des Zwischenmeisters Mohrlack wird festgestellt, daß derselbe seinen Arbeitern den vollen Zuschlag, den er bekommt, nicht gegeben hat, sondern ihnen nur 12 1/2 pCt. ihres Lohnes mehr zahlte, und daß er das Mehr an Lohn

nicht richtig vertheilt. Er behauptet, die Vergleichsbedingungen nicht anders verstanden zu haben.

Ein Theil der Geladenen ist nicht erschienen; bezüglich der Frau M. W. Rosenthal, die mehrmals geladen ist, wird dies seitens des Vorsitzenden besonders bemerkt. — Zum Schluss wurde über die Thätigkeit der frei zusammengetretenen Tarifkommission verhandelt. Dieselbe wird ihre Arbeiten möglichst bald beginnen. Herr Gottschall ist der Meinung, daß die Schaffung des Tarifs nur dann einen Zweck habe, wenn sämtliche Berliner Geschäftsinhaber verpflichtet würden, an diesem festzuhalten. Wenn dies unmöglich sei, wäre jede vorbereitende Thätigkeit werthlos. Er im führte gegenüber diesen und einigen anderen Bemerkungen Gottschalls aus, daß die organisierten Konfessionäre bei einigem guten Willen auf ihre noch fernstehenden Kollegen einen tüchtigen Einspruch ausüben könnten. Was an den Arbeitern liege, werde schon geschehen, die Herren zum Nachgeben zu bestimmen. Herr Rosenbaum, Mitglied der Tarifkommission, glaubt im Sinne aller Konfessionäre Berlin zu sprechen, wenn er in Aussicht stellt, daß ein spezialisierter Preis-Kourant (Tarif) mit Unterscheidung der Qualitäten nicht zu Stande kommen werde.

Partei-Nachrichten.

Neuer militärischer Boykott. In Meerane, im Reichsstaat Sachsen, ist gleich über drei Wirtschaften, wo Sozialdemokraten verkehrten, das Militärverbot verhängt worden. Betroffen sind der Thüringer Hof, der Kaiserhof und das Böhmenschlößchen. Im übrigen ist der Boykott ein Luftspiel, da Meerane keine Garnison hat.

Der Zentralwahlschuß der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht im „Vorwärts“ das Arbeitsprogramm für ihre künftige Betätigung im Großen Rath. Es umfaßt 26 Nummern und beschränkt sich auf die kantonalen Angelegenheiten. Wir nennen folgende Punkte: 1. Weiterentwicklung des geschlichen Arbeiterschutzes, insbesondere Herabsetzung des Arbeitstages für Arbeiterinnen, Erlass eines kantonalen Gewerbegesetzes auf der Grundlage eines zehnstündigen Normal-Arbeitstages; 2. Einsetzung eines staatlichen Vermittelungsamtes in Lohn- und Arbeitsfreitigkeiten; 3. Vorbildliche Einrichtung der Staatsbetriebe, sowie müßerigillige Behandlung der Staatsangestellten und Staatsarbeiter; staatliche Festsetzung eines Normal-Arbeitstages, sowie von Minimallöhnen für alle vom Staat zu vergebenden Arbeiten, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Vermehrung der staatlichen Arbeitsgelegenheiten und Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, Reform und Hebung des gewerblichen Bildungswesens, Verbesserung des Wohnungswesens durch Einführung einer Wohnungs-Inspektion und Erbauung von Wohnungen durch den Staat; Errichtung eines Versammlungs-Gebäudes und von Versammlungsorten auf Kosten des Staates; Erweiterung der unentgeltlichen Krankenpflege; gesetzliche Regelung des Armenwesens im Sinne einer ausgiebigen Staatsunterstützung unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Absichten; staatliche Altersversicherung; rationelle Anlage der Bahnhöfe und Bahnhöfe; Ausbau des Straßenbahnnetzes; elektrische Kraftleitung durch den Staat; Schaffung einer rein staatlichen Kantonabau; Reform des Hypothekensystems; Revision des Wirtschaftsgesetzes; Errichtung eines kantonalen statistischen Bureaus zur Erforschung volkswirtschaftlicher und sozialer Zustände; Reform des Steuerwesens; Einführung des proportionalen Wahlverfahrens bei Großraths- und Bürgerwahlen; Erleichterung der Stimmabgabe; weitere Demokratisierung der Staatsverwaltung; Revision des Bürgerrechtsgesetzes, demokratische Weiterentwicklung des Schulwesens; Weiterführung der Reform des Gerichtswesens. Mit diesem Programm, schreibt man uns aus Basel, bedient die sozialdemokratische Partei bei den kommenden Wahlen vor die Wählererschaft zu treten. Vielen Forderungen, die hier aufgestellt, begegnen wir auch im bereits veröffentlichten Programm der freisinnigen Partei; die konservative Partei hat ihr Programm noch nicht veröffentlicht, auch die Ultramontanen sind mit ihrem Programm noch im Rückstand; aber hier eilt es ja nicht so; ihren bisherigen Bestand, werden sie erhalten, dagegen werden sie keine weitere Eroberungen dazu machen. Sie haben der sozialdemokratischen Partei ein Bündniß angetragen, sind bei dieser aber gründlich abgebligt. In einer demnächst stattfindenden öffentlichen Parteiverammlung wird die Sozialdemokratie ihre Kandidaten aufstellen. Sie wird in allen Wahlbezirken selbständig vorgehen.

Die süditalienischen Sozialisten hielten am 1. April in Neapel ihren ersten Kongreß ab. Anwesend waren etwa vierzig Delegirte der sozialistischen Parteigruppen von Calabrien, Apulien, Terra di Lavoro (Provinz Caserta) und den Abruzzen. Auch der aus Messina herübergekommene sizilische Sozialist Petrina war zugegen. Durch Altkommunikation wurde der Vorsitz dem Abgeordneten Professor Enrico de Marinis übertragen. Nach einer glänzenden Eröffnungssrede des Vorsitzenden diskutierte der Kongreß die zwei Hauptpunkte der Tagesordnung: Organisation der Partei in Süditalien und Wahlorganisation. Vänger als sechs Stunden dauerten die Debatten über einen Vorschlag von Walthar Kochi, der die gegenwärtige, auf dem Kongreß von Parma, nach der Auflösung der Arbeiterpartei („Partito dei lavoratori“) und angesichts der Ausnahmegerichte angenommenen Organisation für ungenügend und den sozialistischen Zielen nicht entsprechend erklärte. Kochi betonte die Nothwendigkeit, den süditalienischen Delegirten für den nächsten Nationalkongreß das imperative Mandat zu übertragen, nicht nur einen Wechsel des Organisationsystems zu verlangen, sondern auch für eine Organisation zu stimmen, welche der der sizilischen „Fasci“ (Arbeitervereinigungen) möglichst ähnlich sein soll. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligte sich vor allem Petrina mit einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede, in welcher er erklärte, daß auf Sizilien die „Fasci“-Organisation, allen Besorgungen zum Trost, immer wieder aufzuheben werde, sei es unter diesem oder unter irgend einem anderen Namen. Nachdem der Kongreß festgestellt hatte, daß es durchaus nothwendig sei, bis zum nächsten Nationalkongreß die Organisation und die Taktik des Kongresses von Parma anzunehmen, schritt man zur Abstimmung über den Antrag Kochi, welcher, da sich Stimmgleichheit für und wider den Antrag ergab, für diesmal verworfen wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Jahn von der „Volkswacht“ in Breslau hat im dortigen Gerichtsgefängnis die viermonatige Strafe angetreten, die ihm unterm Septembertag wegen Majestätsbeleidigung auferlegt worden ist.

Soziale Uebersicht.

Arbeitszettel. Um der Unkenntniß der den Arbeitsvertrag regelnden gesetzlichen Vorschriften entgegenzuwirken und eine größere Klarheit und Bestimmtheit der Vereinbarungen bei Einigung des Arbeitsverhältnisses zu fördern, hat bekanntlich seinerzeit das Düsseldorf-Gewerbegericht Arbeitszettel herstellen lassen, d. h. Vertragsformulare, auf deren Vorderseite sich eine Zusammenstellung der bei Abschluß eines Arbeitsvertrages wesentlich in betracht kommenden Punkte befindet, während auf der Rückseite die hauptsächlichsten für das Arbeitsverhältnis maßgebenden Vorschriften der Gewerbe-Ordnung u. s. w. abgedruckt sind.

Der „Vorwärts“ und unsers Wissens so ziemlich die gesammte Presse unserer Partei haben seinerzeit die Düsseldorf-Gewerbegericht der Arbeiterschaft wohlwollend zur Prüfung empfohlen, die denn auch allgemein erfolgte und insbesondere mit dazu führte, daß die Gewerbegerichte einer Reihe von Städten sich mit der Sache beschäftigten. Jetzt wird gemeldet, daß der preussische Handelsminister durch Rundschreiben die Einführung von Arbeitszetteln gleichfalls empfohlen hat. Es ist zu wünschen,

daß diese ministerielle Unterstützung der Sache nicht ohne Erfolg bleibt.

Für die eigenartige Sozialpolitik des sächsischen Ministeriums Weisch liegen wieder zwei sprechende Beispiele vor. Es hat die vor etwa Jahresfrist erfolgte Auflösung der äußerst harmlosen „Kassenvertreter-Vereine“, welche von den Knappschaftskassen der drei größeren Bergreviere zur Wahrung der Interessen der Kassenmitglieder gegründet worden waren, bestätigt. Das Zuerbindungstreten der Vereine soll noch dadurch bewiesen worden sein, daß die Neuerschriften des Luga- u. Delbinger und des Zwickauer Vereins fast gleichlautend waren. Da die Auflösungsbeschlüsse fast gleichlautend waren, mußten aber natürlich auch die Beschwerdebefristen ähnlich ausfallen.

Weiter hat dasselbe Ministerium der neugegründeten Berggrübniskasse „Glückaus“, auf welcher der schreckliche Verbauch ruht, die Ziele des aufgelösten Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes zu verfolgen, die Eintragung in das Genossenschaftsregister verweigert, und die Kasse selbst unter das Vereinsgesetz gestellt, mit der Weisung, dieselbe polizeilich streng zu überwachen. Nach dem Gesang- und Turnvereinen kommen also nun auch die Berggrübniskassen an die Reihe, sich der besonderen Obhut der sächsischen Polizei erfreuen zu müssen.

Gewerkschaftliches.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgende Mittheilung: „Eben erhalten wir ein Telegramm aus Boulogne (Nordfrankreich), wo am zweiten Oftertag die Vorkonferenz zum internationalen Kongreß stattfand. Kamerad Müller, der dieser Konferenz beigewohnt hat, berichtet uns, daß der diesjährige internationale Bergarbeiter-Kongreß in Aachen, also in Deutschland, und zwar zu Pfingsten abgehalten wird. Hierdurch erledigt sich zum Theil die Debatte über den Kostenpunkt betr. der Delegation zum Kongreß. Eine recht zahlreiche Besichtigung des hiesigen Kongresses seitens Deutschlands darf nunmehr wohl als bestimmt angenommen werden.“

Eine Konferenz der Holzarbeiter der Provinz Brandenburg wurde am 2. Oftertag in Frankfurt a. O. in den Räumen des „Vorwärts“ abgehalten. Es waren 16 Zahlstellen durch zusammen 14 Delegirte vertreten. Eckert berichtete, daß durch die Agitationskommission in 26 Ortschaften Versammlungen abgehalten wurden, welche aber leider in den meisten Fällen nicht den erhofften Erfolg hatten. Zwei Zahlstellen sind ausgeschieden und andere stellten die Beitragszahlung ein. Es wurden dann folgende Beschlüsse gefaßt: Von jetzt ab auswärtige Referenten nur zu öffentlichen Holzarbeiter-Versammlungen und nicht auch zu Mitgliederversammlungen zu entsenden, sowie eine anderweitige Regelung der Beitragszahlung vorzunehmen. Nach Verlesung des Kostenberichts von Seiten des Kassiers wurde demselben Decharge erteilt. Im weiteren beschloß man, von jetzt ab nicht mehr 10 Pf. pro Kopf und Vierteljahr als Beitrag an die Agitationskommission zu entrichten, sondern von den 35 pCt. der am Ort verbleibenden Einnahmen 6 pCt. an die Kommission abzuliefern; ferner im nächsten Frühjahr in allen Zahlstellen der Provinz, den örtlichen Verhältnissen entsprechend in eine Bewegung zu treten. Von der Agitationskommission soll unter Zuhilfenahme der Zahlstellen Frankfurt und Guben versucht werden, in Fürstentum a. O. eine Zahlstelle zu errichten. Dem Antrage der Generalkommission betreffs Gründung eines Streikfonds erklärte die Konferenz ihre Sympathie. Der Sitz der Agitationskommission wurde in Brandenburg befestigt und die Zahl der Kommissionsmitglieder von 5 auf 7 erhöht. Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden, die gefaßten Beschlüsse hochzuhalten und mit aller Kraft für den Verband zu agitieren, wird die Konferenz mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Aus Kottbus. Eine von 5-6000 streikenden Textilarbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung nahm gestern Stellung zu der am 8. April von Herrn Graste, dem Wertheimmeister der Ringfirma Karnaule u. Söhne, eintreffenden, resultatlos verlaufenen Versammlung. Es wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Die streikenden Textilarbeiter halten es unter ihrer Würde, auf ein Anerbieten einzugehen, wie es in der Versammlung vom 8. April seitens der Unternehmer durch ihren Wertheimmeister zum Ausdruck gebracht wurde. Die Versammlung erachtet ein solches Vorgehen als nur darauf berechnet, die streikenden Textilarbeiter in ihrer Einigkeit bei dem schweren Kampfe zu zerpfücken, eine Handlung, welche die Verachtung aller Streikenden verdient. Die heute von 5-6000 Personen besuchte Versammlung beschließt weiter, nach wie vor zu Unterhandlungen mit den Unternehmern bereit zu sein, sobald seitens der Unternehmer die Hand zu einem ehrlichen Frieden geboten wird.“

Textilbewegung. In Leipzig haben 86 Unternehmer mit einem Personal von insgesamt 900 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Die Bauabfabrik von Bock dagegen hat 60 Tischler und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Die Zahl der Streikenden beträgt im ganzen 100. Die Lohnkommission ersucht um Vermeidung des Zuguges.

Lohnbewegung im Baugewerbe. Der Ausstand der Maurer in Oldenburg dauert fort. Ebenso in Hannover.

In Bielefeld haben sich 395 Maurer in die Streiklisten eintragen lassen. 30 arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Die Maurer in den Burgs fordern 10¹/₂stündige Arbeitszeit, 33 Pf. Mindest-Stundenlohn, 1¹/₂stündige Mittagspause, Aufschaffung der Kalkstätten durch die Arbeitgeber und Errichtung vorchristlicher Bauhütten. Einige Meister haben bereits bewilligt.

In Gera werden die Maurer dieser Tage in den Ausstand treten, da die Zunung sich weigert, den Mindestlohn von 33 Pf. pro Stunde zu bewilligen.

Die Zimmerer in Dresden fordern den Neinstundentag, (Arbeitszeit von 8-6, einschließlich 1 Stunde Mittagspause und zwei halbstündigen Pausen für Frühstück und Vesper) und 40 Pf. Minimal-Stundenlohn.

In Sonneberg i. Th. sind die Zimmerleute in den Ausstand getreten.

Die Kaffeeortirerinnen der Firma Studen u. Andresen in Altona, die bekanntlich in Zahl von 500 streiken, fordern: 1. Festsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich; 2. Festsetzung eines Minimallohnes von 25 Pf. pro Stunde; 3. Ueberstunden sind mit 33 Pf. pro Stunde zu bezahlen, jedoch dürfen an einem Tage nur 2 Ueberstunden gemacht werden; 4. Verbot des Säcketragens und „Aufschens“; zu dieser Arbeit sind von den Firmen Arbeiter anzustellen; 5. Verbot jeglichen Handels; 6. Außer dem wegen Arbeitsverhältnissen wegfallenden Lohn, welcher nach Tagesstundenlohn zu berechnen ist, dürfen Straf-gelder nicht über 10 Pf. pro Tag und Kopf erhoben werden und sind letztere den Arbeiterinnen zur Verwaltung und Verfügung zu überweisen; 7. Festsetzung einer neuen Arbeitsordnung. Dieselbe ist gemeinsam mit der Lohnkommission auszuarbeiten. — Die Streikenden wollen auf keinen Fall früher die Arbeit aufnehmen, bis ihre Forderungen bewilligt sind und hoffen um so eher auf baldigen Erfolg, als sich ihre Hamburger Kolleginnen verpflichtet haben, sie moralisch und finanziell zu unterstützen. Die Adresse des Vorsitzenden der Streikkommission, an den etwaige Zuschriften und Gesandungen zu richten sind, lautet: J. Greiß, Minnastr. 10, 3. Etage, Hamburg-Hammerbrook.

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der A. L. Mohr'schen Margarinefabrik in Altona fordern: 1. Sämtliche Streikbrecher sind zu entlassen; 2. alle ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen sind wieder an-

zustellen; 3. die Vorgesetzten haben die Arbeiter besser zu behandeln wie bisher; 4. der Arbeiterauschuß ist als Vermittlungs-Körperschaft bei Arbeiter-Entlassungen anzuerkennen; 5. die Mißstände sind zu beseitigen, deren Abstellung der Arbeiterauschuß mehrfach bei Mohr beantragt hat; 6. für die Rücker von Altona-Ottensen ist eine Betriebswerkstatt zu errichten; 7. der 1. Mai ist als Feiertag freizugeben. Die für die Mohr'sche Fabrik bei Zwischenmeistern arbeitenden Rücker, an welche das Ansuchen gestellt worden ist, Streikbrecher zu werden, werden auch unerbittlich vorgehen und die ihnen geeignet erscheinenden Schritte thun, um nicht nur den ausgesperrten Arbeitern zum Siege zu verhelfen, sondern auch für sich selbst etwas zu erringen.

Auf dem Textilarbeiterkongreß in Apolda hat sich nicht Reichenbach i. V., sondern Reichenbach in Schlesien gegen die Generalkommission erklärt.

Die Steinhauer Hannover's sind in den Streik getreten. Nur zwei Meister, von denen der eine seine Unterschrift nachträglich wieder zurückgezogen hat, hatten die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Die Glasergesellen Mannheims haben ihre Forderungen fast bei sämtlichen Glasern durchgesetzt. Nur das Bildereinstahlungs-Geschäft von August Mayer in C 4, das zwei Glaser beschäftigt, hat noch nicht bewilligt. Die beiden Gesellen haben gelündigt. Der Glaser-Fachverein ist die zweite Gewerkschaft in Mannheim, die bis jetzt ihre Forderungen durchgesetzt hat, und auch er verbandt es nur dem Umstand, daß er gut organisiert ist.

Die Textilarbeiter Mülhause haben mit Rücksicht auf die Haltung des Textilarbeiterkongresses in Apolda auf ihre Hauptforderungen verzichtet und die Arbeit gestern morgen wieder aufgenommen, nachdem man ihnen einige kleinere Forderungen bewilligt und die Zusicherung gemacht hatte, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden würden. In der Baumwollspinnerei von Raegy sind aber dennoch Arbeiter gemäßigelt worden, es brach dort infolge dessen ein neuer Ausstand aus, ebenso theilweise bei den Firmen Dreyfus und Lang.

Die Maler Münchens beschlossen die Durchführung des im vorigen Jahre ausgearbeiteten Lohntarifs, dessen Grundlage der Neunstundentag und ein Minimal-Stundenlohn von 42 Pf. für Maler und 37 Pf. für Anstreicher ist.

Die Drechsler Nürnberg's haben ihre Forderungen von der Zunung bewilligt erhalten, ebenso von 16 der übrigen Meister. Eine Anzahl Meister hat aber überhaupt noch nicht geantwortet.

Aus der Schweiz. Den Zwickern in der Schuhfabrik von Hoffmann u. Komp. in Winterthur wurden voriges Jahr der Arbeitslohn ganz empfindlich gekürzt. Sie schlossen sich der Gewerkschaft ihrer Branche an und richteten an die Firma das Gesuch um Wiederherstellung des früheren Tarifs. Ihre Eingabe hatte nun, gestützt auf ihre starke Organisation, den Erfolg, daß der alte Tarif wieder hergestellt wurde.

Die bei der letzten Eisenbahner-Lohnbewegung zu kurz gekommenen Eisenbahnarbeiter der Vereinigten Schweizerbahnen haben der Direktion ein neues Schreiben eingereicht, in welchem sie eine nochmalige Lohnerhöhung fordern. Sie stellen dieselben Forderungen wie die Arbeiter an der Schweizer Zentralbahn, nämlich 4 franks Minimal-Taglohn bei 10stündiger Arbeitszeit. Der Anstoß zu dieser neuen Lohnbewegung geht vom Eisenbahnarbeiter-Verein St. Gallen aus.

In Ungarn sind die Sattler in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit, 4 fr. Minimallohn, Bezahlung der Ueberzeitarbeit, Freigabe des 1. Mai.

Ein Streik der Tischler steht nach Berichten bürgerlicher Blätter in ganz Jütland (dem seeländischen Theile Dänemarks) in Aussicht.

Aus Rußland. Ein gerichtliches Nachspiel hatte ein Streik, der sich Ende Juli und anfangs August auf der Eisenhütte Schaitansk im Bezirke Zelatherinburg (im Uralgebirge) abgespielt hat. Auf dieser Eisenhütte wird gewöhnlich während der Zeit des Deumachens nicht gearbeitet, um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, auch landwirthschaftliche Arbeiten auszuführen, oder es wird ihnen der Lohn erhöht, und zwar bekamen sie in den früheren Jahren zu dieser Zeit 7 statt 5 Kopelen pro ausgearbeiteter Pud Eisen. Im vorigen Sommer wollte aber Babel, der Direktor der Eisenhütte Schaitansk, den Arbeitern nur 6 Kopelen pro Pud bezahlen, was die Arbeiter veranlaßte, die Arbeit einzustellen. Babel stellte darauf neue, von auswärts gekommene Arbeiter ein, aber diese arbeiteten nur ein paar Tage und gingen wieder fort, als sie den Grund erfuhren, aus welchem ihre Vorgänger zu arbeiten aufgehört hatten. Als Babel darauf wieder neue Arbeiter einstellen wollte, versammelten sich die streikenden Arbeiter am 6. August auf der Eisenhütte, so daß auch diese sich entfernen mußten. Erst als Polizeibeamte ankamen, gelang es diesen, die Ruhe wieder herzustellen. Acht von den streikenden Arbeitern wurden nun vor kurzer Zeit vor dem Kreisgericht in Kasan der Anklage auf den Ruhestörungen angeklagt, sind aber freigesprochen worden, da ihre Schuld nicht nachgewiesen werden konnte. Der Vertreter der Eisenhütte, der im Kreisgericht als Nebenkläger von den angeklagten Arbeitern die durch den Streik der Eisenhütte verursachten Unkosten, welche angeblich 300 Rubel ausmachten, haben wollte, dort aber mit seiner Forderung abgewiesen wurde, übertrug seine Klage in die Gerichtskammer von Kasan, wurde aber auch dort mit seiner Forderung abgewiesen.

Aus der in der Nähe von Kattowiz liegenden russischen Grenzstadt Sosnowitz wird telegraphirt, daß 400 Arbeiter der Juta Bankowa streiken und daß die „Ordnung“ von Militär aufrecht erhalten wird.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 10. April. (S. V.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Paris telegraphirt: Aus Madagaskar wird die Ermordung zweier Missionare gemeldet.

Paris, 10. April. (S. V.) Die „Agence Havas“ veröffentlicht eine Meldung aus Kairo, nach welcher das Ministerium zur Verproviantirung der Expedition nach Dongola einen Theil der für die öffentlichen Arbeiten, namentlich für die Bewässerung vorgesehenen Summen verwendet.

Rom, 10. April. (S. V.) Wie aus Senigallia gemeldet wird, fanden dort wegen einer fortwährenden Zahlungsschuldung der Spactasse und Handelsgesellschaft, welche einige Pallments zur Folge hatte, gestern vor den Geschäftslokale der genannten Institute und vor den Wohnungen der früheren Administratoren derselben tumultuöse Kundgebungen statt, wobei viele Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Die Polizei greiften die Unruhestifter und nahm 12 Verhaftungen vor. Während des Tumults wurden auf Seiten der Kundgebenden und der Polizei einige Personen verwundet. Unter den Verhafteten befand sich ein Greis, welcher im Gefängnis an einem Schlaganfall starb.

Valermo, 10. April. (S. V.) Auf dem hiesigen Zentralbahnhofe stürzte eine erst kürzlich hergestellte Bedachung ein; zwei Arbeiter wurden getödtet, sieben schwer verwundet.

Madrid, 10. April. (S. V.) Nach einer Meldung des „Liberal“ aus Havana hat in der Provinz Pinar del Rio ein sehr heftiger Zusammenstoß zwischen der Truppenabtheilung Arola's und derjenigen Maceo's stattgefunden, bei welchem letztere geschlagen sein soll. Einzelheiten fehlen noch.

Amsterdam, 10. April. (S. V.) Die ausländischen Diamant-schleifer kamen gestern bei einer Straßen-demonstration in ein Handgemenge mit der Polizei, die mit einem Steinhaue über-schüttelt wurde. Der Anführer der Kundgebung wurde in Haft genommen, die Demonstranten zerstreut.

Tokales.

Zur Lokalliste. Aus Versehen ist das Lokal des Herrn Meißner als im 5. Wahlkreise, Linienstr. 142, liegend bezeichnet worden. Der Saal des Herrn Meißner befindet sich jedoch Chausseest. 72, also im 6. Wahlkreise. Zu streichen ist das Lokal des Herrn Schüler, jetzt Dreßler, Seestr. 71. Der neue Wirth sagt, daß Soldaten bei ihm verkehren und daher wünscht er nicht, daß sozialdemokratische Arbeiter bei ihm zu Gast sind.

In der Liste für den dritten Wahlkreis ist nachzutragen, daß Schöffers Salon, Inselstr. 10, ebenfalls für Arbeiterversammlungen zu haben ist.

Die Verwaltung der städtischen Sparkasse will den Inhabern der Annahmestellen, ohne dem Charakter des Ehrenamtes zu nehmen, eine entsprechende Vergütung für Vorkahlung der Geschäftskontakten gewähren und soll dem Vernehmen nach bereits in dem diesjährigen Etat eine entsprechende Summe für diesen Zweck ausgenommen sein. Auch will die Verwaltung die Annahmestellen wesentlich vermehren und sie sieht daher Meldungen von Geschäftleuten entgegen.

Hygienischer Luxus. Nach der Erklärung der Stadtverordneten Meyer und Leo in der letzten Stadtverordneten-Sitzung wäre das für die neue Volk-Badeanstalt in der Denuwiltstraße geplante Schwimmbassin ein Luxus. Zwar ist diesmal nur ein kleiner Theil der Stadtverordneten dieser Ansicht beigetreten, aber, bei Nichtbeachten, haben die Herren Meyer und Leo doch nur so gesprochen, wie die bürgerlich gesinnte Majorität der Stadtverordneten-Versammlung im allgemeinen über hygienische Einrichtungen fürs Volk denkt. Es ist noch gar nicht so lange her, daß die städtischen Behörden es für überflüssig hielten, überhaupt Warmbadeanstalten mit billigen, auf die weniger Vermittelten berechneten Preisen einzurichten. In anderen, für die Volksgesundheit mindestens ebenso wichtigen Fragen der Hygiene sieht die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung noch heute auf genau demselben Standpunkte. Wir brauchen nur an die Frage der größeren Reinlichkeit in den Gemeindefschulen zu erinnern! Die Schulräume öfter als dreimal in der Woche gründlich zu reinigen, hält man, trotz aller Proteste der Lehrer und Aerzte, nicht für nöthig, und selbst das ist im Vergleich zu den Zuständen, die noch bis vor kurzem in den Gemeindefschulen bestanden, schon ein Fortschritt. Die allgemeine Unentgeltlichkeit der Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten gehört augenscheinlich ebenfalls zum hygienischen „Luxus“. Aber gerade hierbei hat sich gezeigt, wozu es führt, wenn man die Bedürfnislosigkeit der besitzlosen Klasse auch auf hygienischem Gebiete konsequirt. Die städtische Desinfektionsanstalt wird immer noch zu wenig benutzt, am wenigsten von den Unbemittelten, die am meisten von Infektionskrankheiten ergriffen werden und schon wegen ungünstigen Wohnungsverhältnissen die Desinfektion am ehesten nöthig hätten. Der Magistrat klagt darüber jedes Jahr in seinen Berichten, vergißt aber regelmäßig, die eigentliche Ursache der geringen Benutzung der Anstalt anzugeben. Er mißt alle Schuld den Unbemittelten bei, spricht von Mangel an Verständnis für das Wesen der Desinfektion und für die Größe der Ansteckungsgefahr, von Abneigung gegen eine gründliche Reinigung der Wohnung u. s. w. Als ob die Erhebung einer Gebühr für die Desinfektion die Reinigung, den Forderungen der Hygiene gemäß zu leben, steigern könnte! Unsere Genossen im Nothden Hause haben die allgemeine Unentgeltlichkeit der Desinfektion ebenso wie manche andere hygienische Einrichtung vergeblich gefordert. Die bürgerliche Majorität der Stadtverordneten-Versammlung hat diese Forderung nach dem Grundsatz behandelt, den sie fast immer befolgt, wenn etwas für die Unbemittelten gefordert wird: Wozu soll das führen, wenn jede Forderung bewilligt wird; dadurch werden nur immer neue, größere Wünsche rege gemacht. Ja, es wäre durchaus erfreulich, wenn auch in Fragen der Hygiene die „Begehrlichkeit“ weitest Volkstheile geweckt würde. Je mehr Reinlichkeit, desto mehr Reinlichkeitsbedürfnis, — und je mehr Unsauberkeit, desto mehr Gewöhnung an Schmutz. In Reinlichkeitsfragen sollte eine Stadtverwaltung dem Bedürfnis mit am meisten entgegenkommen und es nicht einschränken, sondern eher noch zu steigern suchen. Die Berliner Stadtverwaltung hat oft genug umgekehrt gehandelt. Sie hält es eben, sobald es sich um hygienische Einrichtungen für die Unbemittelten handelt, in der Hauptsache doch mit dem von Sparanknüpfelträgern diktierten Meyer-Leo'schen Standpunkte.

Arbeiterfeindliche Blätter wußten gestern von „argen Ausschreitungen“ zu berichten, deren sich die Arbeiter der Schwabauer-Fabrik von Dypenheim schuldig gemacht hätten. Sie sollen, nachdem ein Zwist mit der Gattin des Prinzipals vorausgegangen wäre, einen „Höllensärm“ angeschlagen, sich „unter Drohungen und wüstem Geschimpfe vor der Fabrik gesammelt“ und „durch Steinwürfe mehrere Fensterscheiben zertrümmert haben“. Selbstverständlich fehlt in den Berichten auch nicht die geschmackvolle Wendung, daß die Polizei die „Höllensführer“ sistirt hätte. Die Geschichte erinnert einigermaßen an die Revolutionärsnachricht, die sich, wie dieser Tage berichtet worden, ein New-Yorker Blatt von seinem hiesigen Reporter hat aufbilden lassen. Dem Vorgang liegt nichts anderes zu Grunde, als daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik sich mit der Frau Oppenheim wegen eines nebensächlichen Umstandes erzwürnt haben und daß einer der Theilhaber aus Versehen mit dem Adambogen gegen eine Scheibe gefloßen ist, darauf ist die Polizei auf den Plan erschienen und hat einen Arbeiter sistirt, der aber auf Veranlassung des Herrn Oppenheim nach ganz kurzer Zeit wieder entlassen wurde, nachdem der Prinzipal sich von der Bedeutungslosigkeit des Vorganges überzeugt hatte. Die Harmlosigkeit der ganzen Geschichte tritt wohl am deutlichsten daraus zu Tage, daß Herr Oppenheim nicht allein sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen am folgenden Tage wieder eingestellt, sondern jedem von ihnen auch für die verlorene Arbeitszeit 3,50 M. als Verfallentschädigung zugesichert hat. — Aber es ist nun einmal die Art unserer gutgesinnten Presse, die Arbeiterschaft zu verleumden wo es zugänglich und wo es nicht zugänglich ist!

Der unentgeltliche Lehrgang für Chemie an der dritten Fortbildungsschule beginnt Montag, den 13. d. M., von neuem. Zur Behandlung kommt die Chemie der Metalle. Auf vielfachen Wunsch der bisherigen Teilnehmer wird der Lehrer Herr Trinius auch einen Lehrgang für organische Chemie einrichten. Besondere Vorkenntnisse sind nicht nöthig. Organische Chemie wird Montag, Chemie der Metalle Donnerstags von 7—9 Uhr gelehrt. Anmeldungen, auch schriftliche, nimmt Rektor Drehmann im Schulhause, hinter der Garnisonkirche, täglich entgegen.

Die Duellprügel zwischen den beiden Igl. Jeronimemeistern von Koye und von Schrader, die etwa acht Tage im Voraus mit allen Finessen einer gewiegten Kellnerin angekündigt wurde, hat gestern Morgen 7^{1/2} Uhr bei Potsdam auf dem Ravensberge hinter dem Observatorium stattgefunden. Sie endete mit der lebensgefährlichen Verletzung des v. Schrader, dem Koye jawohl zuschrieb, daß er an seinem Wathur in der

Affäre der anonymen Schmuhbriefe schuld sei. Wolff's offizielles Telegraphenbureau berichtet über den anmüthigen Vorgang wie folgt: „Auf dem Ravensberge fand heute zwischen dem Herrn v. Koye und dem Herrn v. Schrader ein Duell statt, in welchem Herr v. Schrader dem Vernehmen nach durch einen Schuß in den Unterleib schwer verwundet wurde. Herr v. Schrader ist nach dem städtischen Krankenhaus in Potsdam gebracht worden. — Weiterem Vernehmen nach ist die Verletzung des Herrn v. Schrader lebensgefährlich. Die Operation an demselben wurde im städtischen Krankenhaus von den Herren Geheimrath v. Bergmann und Sanitätsrath Dr. la Pierre vorgenommen und Herr v. Schrader sodann nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus übergeführt.“

Diegt in dieser Angelegenheit an sich schon genug Stoff, um alle ehrenhaften und gesitteten Menschen von neuem mit Abscheu und Ekel vor der Gesellschaftsschicht zu erfüllen, deren Bornirtheit und Unfähigkeit sich hier abermals wieder spiegelt, so lassen einige Mittheilungen, die der „Lokal-Anzeiger“ noch bringt, die Sache ganz besonders abgeleimt erscheinen. Dem Blatte zufolge lauteten die Bedingungen „jein Schritte Distanz, a tempo feuern nach Zählen und Kugelwechsel bis zur völligen Kampfunfähigkeit des einen Gegners“. Weiter meldet das Blatt: „Nachdem Herr v. Koye durch den Spruch des Kaisers in den gegen ihn anhängig gewordenen ehrengerichtlichen Untersuchungen als satisfaktionsfähig erklärt worden war, verlangte er sofort von Herrn v. Schrader, dem er zur Last legte, daß er zuerst den Verdacht auf ihn gelenkt habe, der Urheber der anonymen Briefe zu sein, Genugthuung. Herr von Schrader konnte sich nach den in Offizierskreisen herrschenden Anschauungen dieser Forderung nicht entziehen. Herr von Koye verbrachte den gestrigen Tag in Friedrichsfelde bei seinem Schwager, Herrn von Treßow, mit dem er sich im Vikolenschloß abgab.“ Auch Herr von Schrader war erst gestern von seinem Nittergute Bliedorf nach Berlin zurückgekehrt.

Mit einer Art neuem Jynismus wird hier befunden, daß es sich um einen mit allem Vorbedacht ins Werk gesetzten Mord handelt. In dieser Thatsache wird in den Augen der gesitteten Welt auch durch den Umstand nichts geändert, daß es sich bei den beiden Beamten des königlich preussischen Hofes nur um zwei Nullen handelt, deren Sein oder Nichtsein für die Welt nicht im geringsten in Frage kommt. Erbaulich ist es schließlich noch, im „Lokal-Anzeiger“ zu lesen, daß der Mann, der einen Wittenschen mit Vorbedacht und Absicht umbringen wollte und seinen Zweck allem Anschein nach auch erreicht hat, in seiner Wohnung die Gratulationen seiner Freunde und Verwandten zu dem für ihn glücklichen Ausgang des Duells empfing. Es wird schwerlich eine Periode in der deutschen Geschichte namhaft zu machen sein, aus der von Beispielen gleich großen sittlichen Verfalls in der maßgebenden Gesellschaftsschicht zu berichten wäre.

Die „Sittlichkeit“ im Anzeigenthel bürgerlicher Blätter. „Lokal-Anzeiger“ 167, 2. Beiblatt: Moderne Literatur. Distinguirte Damen, die sich für moderne Decadence-Literatur, wie Zola, Sachet-Masoch u. s. w., interessieren, werden um Gedankenaustausch mit einem feingebildeten Herrn gebeten. Briefe C. 178 Filialepp. d. Bl. Friedrichstraße 28. Einfache Anzucht muß den „Distinguirten“ und „Feingebildeten“ schon zu gewöhnlich geworden sein!

Dichteritis. In der „National-Zeitung“ lesen wir: „Anlässlich der gestrigen Hochzeit der Tochter des Freiherrn von Stumm mit einem Sohne des früheren Ministers von Lucius sandten die in Lübeck weilenden Minister v. Bötticher und von Hammerstein folgendes Telegramm an Freiherrn v. Stumm: „Der Bötticher und Hammerstein — In Cuarcantane feuchtrein — Sie möchten sich gern mit euch freuen! — Doch bei des Dienstes harten Ruch — Senden sie nur den schönsten Gruch — Dem jungen Paare Lucius.“ — Dieser sind zwei Poeten unter den Poeten wie Planet Mars unter den Planeten.“

Die Kontrollversammlungen haben am Donnerstag ihren Anfang genommen. Bekanntlich ist seit vorigem Jahre die strenge Verordnung in Kraft getreten, welche die Reservisten für die Dauer des ganzen Tages den Militärgesetzen unterordnet. Die Umgebung der Kasernen des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments in der Blücherstraße bot ein sehr lebhaftes Bild dar und die Restaurateure jener Gegend machten befriedigende Geschäfte. In einer erregten Auseinandersetzung kam es an der Ecke der Mittenwalder- und Blücherstraße zwischen einer Anzahl Reservisten und Kaufmannsgehilfen, wozu letzteren nachgesagt wurde, daß sie von ihren Geß als Auspuffer abgedacht worden seien, um zu beobachten, ob ihre Kollegen, ob die Pandurieren länger ausbleiben, als es die Kontrollversammlung erfordert. (!) Bekanntlich hat sich vor kurzem das Gerücht mit einer ähnlichen Sache beschäftigt und entschieden, daß es Angeestellten nicht gestattet ist, aus Anlaß der Kontrollversammlungen länger von der Arbeit wegzubleiben, als wie es Pflicht ist. Die Gehilfen sollten sich aber darauf besinnen, daß sie zu Spionendiensten nicht verpflichtet werden können.

Freigabe des Kleinhandels mit denaturirtem Spiritus. Nachdem der preussische Finanzminister durch Rundverfügung vom 1. April d. J. bestimmt hat, daß in Zukunft der Kleinhandel mit denaturirtem Spiritus (Brennspritus) der Betriebssteuer nach § 59 des Gewerbesteuer-Gesetzes nicht mehr unterliegt, ist die Schranke gefallen, die bisher der völligen Freigabe des Handels mit Brennspritus entgegenstand. Jeder Gewerbetreibende kann jetzt den Verkauf von Brennspritus in seinen Geschäftsbetrieb aufnehmen, ohne dazu einer Genehmigung zu bedürfen und ohne dafür eine besondere Steuer zu entrichten. Es ist nur nöthig, der Orts-Polizeibehörde und dem zuständigen Hauptsteueramte Mittheilung von der beabsichtigten Einföhrung des Kleinhandels mit denaturirtem Spiritus zu machen.

Gegen die Anweisungsbefehle, welche vom Polizeipräsidenten an eine Anzahl von in Berlin ansässigen Ausländern ergangen sind, haben mehrere der davon betroffenen Oesterreicher sich beschwerdeföhrnd an das Ministerium des Innern gewandt. Der Bescheid ist, wie verschiedenen Blättern von anscheinend polizeilich informirter Seite mitgetheilt wird, nunmehr erfolgt. Die Maßregel ist, soweit es sich hierbei um unbescholtene, im Besitz genügender Substanzmittel befindliche Leute handelt, zurückgenommen worden.

„Amerika gleich hinter Berlin.“ Dieser Wahn, der übrigens unter manchen Leuten noch weit mehr verbreitet ist, als man annimmt, stürzte eine junge 18jährige Frau, die aus Posen hierher kam, in namenloses Unglück. Das arme Wesen hatte sich vor einem Jahre in Posen verheirathet. Vor einigen Monaten verließ der Gatte die Heimath, um nach Amerika auszuwandern. Da er seit dieser Zeit nichts mehr von sich hören ließ, raffte das arme Weib ihre kleine Habe zusammen und reiste dem Manne nach. In Berlin angelangt, erfuhr die unerfahrene Frau, daß der Weg über das große Wasser noch sehr weit sei und nicht wenig Geld koste. Die wenigen Mittel waren bald aufgezehrt und schließlich mußte die sich in gesegneten Umständen befindende Frau im städtischen Asyl für Obdachlose untergebracht werden, wo sie ein Kind gebar. Bei ihrem ersten Ausgange nahm die Verlassene ihr Kind mit und ist nicht mehr nach dem Asyl, wo sie in der Familienabtheilung untergebracht war, zurückgekehrt.

Ueber die Auslieferung Friedmann's werden die französischen Tribunale demnächst zu entscheiden haben. Das erste deutsche Auslieferungsgesuch ist, wie wir feinerzeit mittheilten, abgewiesen worden, weil es mangelhaft begründet war und den französischen Gesetzen nicht entsprach. Die Abweisung ist von deutschen Zeitungen bestritten worden; wir waren aber gut unterrichtet und halten unsere Mittheilung formell aufrecht. Thatsache ist auch, daß die deutschen Behörden es mit der Begründung sich sehr leicht gemacht hatten. Das zweite Auslieferungsgesuch ist nach Ansicht des Advokaten Lains von Bordeaux nicht besser begründet als das erste. Er hat eine längere Denkschrift ausgearbeitet, die Punkt für Punkt die Gründe zu widerlegen versucht, und die dem Ministerium bereits vorliegt. Dieses wird die Entscheidung dem zuständigen Gerichtshof anheimstellen. Herr Lains, der Bertheidiger Friedmann's, glaubt des Erfolges ganz sicher zu sein. Und zugegeben muß werden, daß Friedmann es durch sein post festum geschriebenes Pamphlet über den Koye-Scandal den Richtern sehr schwer gemacht hat, ihm die Qualität eines politischen Verbrechers abzusprechen.

„Unrecht Gut gedeihet nicht.“ Eine recht merkwürdig anmüthende Illustration dieses Sprichworts bringen verschiedene bürgerliche Blätter in folgendem Bericht: „In einem großen Bankhaus in der Behrenstraße waren im Jahre 1887 in der Koupontafel größere Unterschlagungen entdeckt worden, die kurz vor seinem Verschwinden der damals 26 jährige Buchhalter Bruno G. begangen hatte. Um die Sache nicht rüchbar werden zu lassen, erstattete die Direktion bei der Kriminalpolizei keine Anzeige, obwohl die unterschlagenen Summen sich auf weit über 50000 M. beliefen. G. stand damals kurz vor der ehelichen Verbindung mit einer Tochter wohlhabender Eltern. Der greise Vater des Durchgängers, der zu jener Zeit Kassenbote in jenem Institut war, mußte seines Sohnes wegen den Dienst verlassen. Vor einigen Tagen nun kam aus Rio de Janeiro ein Brief an den noch hier wohnenden alten Mann, worin sein Sohn ihm mittheilt, daß er mit dem damals erbeuteten Geld zu großem Wohlstand gelangt sei, durch glückliche Spekulationen ein reicher Mann geworden sei und seinen Vater bittet, mit dem Bankhaus zu unterhandeln, ob dieses geneigt sei, den unterschlagenen Betrag wieder zurückzunehmen. Ferner sollen alsdann die Eltern nachkommen und seine verlassene Braut mitbringen. Die ersten beiden Wünsche werden erfüllt werden, seine ehemalige Braut aber ist längst die glückliche Gattin eines Eisenbahnsekretärs und Mutter von zwei Kindern.“

Viehperre. Nachdem in einem auf dem hiesigen Viehhof befindlichen Bestand von Schweinen die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, ist der Zentral-Viehhof vom 9. d. M. bis auf weiteres für den Abtrieb von Schweinen gesperrt worden.

In dem Tode des Knaben Ernst Langerhans wird berichtet, daß sich die Staatsanwaltschaft veranlaßt gesehen hat, die Leiche mit Beschlag zu belegen. Die Leiche ist daher gestern Abend aus der elterlichen Wohnung abgeholt worden und wird entweder heute oder morgen gerichtsarztlich geöffnet werden. Selbstverständlich wird die Angelegenheit bis zu ihrer völligen Klarstellung als Strafsache behandelt. Da der Fall ein außerordentliches Interesse beansprucht, so wird angenommen, daß sich eine Reihe ärztlicher Autoritäten zu der Leichendöffnung einfinden werden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag in der Nieder'schen Luawälzerei, Rönigkstr. 50. Bei der Auseinandernahme einer Maschine stürzte eine fünf Zentner schwere Balje herab und zerschmetterte die rechte Hand eines Arbeiters. Der blutüberströmte Mann wurde alsbald in einem in der Nähe wohnenden Arzte geschafft. Der Verunglückte ist verheirathet und Vater von drei Kindern.

Im Sprechzimmer eines Arztes in der Prenzlauerstraße ist gestern der Schneidermeister Moriz Corin aus der Wöhringstraße plötzlich vom Tode ereilt worden.

Einer jener Vurschen, welche es sich zur Aufgabe machen, in Stadtbahnwagen allein fahrende Frauen und Mädchen zu belästigen, wurde gestern in Nixdorf verhaftet.

Der Droschkenföhrer Ebbens aus der Südbenerstr. 8 wollte Freitag Nachmittag ein Dienstmädchen, das ihn auf seiner Haltestelle am Belleallianceplatz requirirte, nach der Neuenburgerstraße fahren, als zwei junge Menschen, die des Weges kamen, in den Wagen stiegen und das Mädchen belästigten. Als der Föhrer im Begriff war, den Fahrgast vor den rohen Angriffen der Vurschen zu schützen, zog einer derselben sein Messer und verletzte ihn nicht unerheblich am Auge. Die beiden Nubdies, von denen sich der eine als Schlächtergehilfe, der andere als Pferdehändler legitimirte, wurden festgenommen.

Mit einer schweren Verletzung wurde am Freitag, morgens um 9 Uhr, auf dem Gartenufer der 24jährige Gärtner Franz Hermann aus der Paulstr. 23 von einem Schunmann des B2. Reviere's aufgefunden und mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht. Er war von seinem eigenen Fußweert überfahren worden und hatte Knochenbrüche erlitten.

Vermißt wird seit dem 31. März der Kaufmannslehrling Paul Woffen, welcher die Vadenkaffe seines Prinzipals (Blume, in der Friedrichstr. 87a) bestohlen hatte.

Wegen Veranlagung minderwerthigen Geldes wurde gestern ein Handlungsgehilfe G. in Haft genommen. G. betrieb als Spezialität die Veranlagung von französischen und holländischen Geldmünzen.

Durch die Unachtsamkeit einer Nachtpatrouille ist es gelungen, einen Menschen, welcher in der Wöhringstraße in einem Schanklokale einen Einbruchdiebstahl verübte, auf frischer That festzunehmen. Der Dieb raumte ein, noch in 16 anderen Häusern im Südwesten und Westen der Stadt gleichartige Diebstähle ausgeführt zu haben.

Witterungsübersicht vom 10. April 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (° C.)
Ewinemünde	764	WSW	3	bedeckt	9
Hamburg	765	WSW	4	heiter	9
Berlin	765	W	2	bedeckt	10
Biesbaden	763	W	1	bedeckt	11
München	769	W	4	Regen	6
Wien	768	SW	—	bedeckt	5
Saparanda	753	S	2	Schnee	0
Petersburg	761	WSW	0	Rebel	-4
Cort	772	W	2	heiter	9
Aberdeen	761	SW	4	halb bedeckt	8
Paris	770	WSW	2	bedeckt	8

Wetter-Prognose für Sonntag, den 11. April 1896. Mildes, zeitweise heiteres, vorherrschend wolfiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Deutsches Theater. In hässliche jüdisch-berlinische Familienkreise führen die Genreszenen „Zu Hause“ von Georg Hirschfeld, die am Donnerstag im Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt wurden. Der jugendliche Verfasser, der mit seinem Drama „Mütter“ zu Ansehen gelangte, hat mit seiner Stizze „Zu Hause“ nicht Neues zu sagen vermocht. Die Studie ist allerdings schon vor vier Jahren erschienen und der erste dramatische Versuch von Hirschfeld überhaupt. Sie ist aus jener Stimmung entstanden, die für unsere dichtende Jugend so bezeichnend ist, aus der Erbitterung über eine erlogene Heiligkeit von Familie und Ehe. Nicht durch die naturalistische Methode allein wirkt Hirschfeld in seinem „Zu Hause“ so grell; das kleine Schauspiel erhält seine besonders scharfe Note dadurch, daß es modernen Zeretzungsproben in einer ganz spezifisch jüdischen Familie zeigt, sich also gegen eine hartnäckig gewohnte Legende lehrt, als sei der Zusammenhalt in der Judenfamilie besonders innig und fest und kaum zerförbar durch Einflüsse der Außenwelt. Die Atmosphäre moderner Berliner Genremaler, wästel, idealberaubtes Treiben der höheren Gesellschaft brauchen an das Heiligthum nur zu rühren, und mit dem Zauber ist es vorbei. Mit mehr Umständlichkeit, als bei irrefreier Komposition nötig gewesen wäre, ist die Familie des Kaufmanns David Döhrgens geschildert. Im Schneesturm und Regen muß der Vater strapaß, strapaß nennen, um dem ewigen Ruf: „Schaff Geld und abermal Geld“ zu genügen. Zu schwach, zu sehr erschöpft von dieser Heijagd nach Gold kann er nicht mehr den Herrn im Hause hervorkehren und seine völlig entartete Mutter behandelt ihn wie ein ekles Kastlied. In dieser Frau verkörpert sich eine bittere Anklage gegen den bestimmten weiblichen Typus, der überall glänzen will, auf den Promenaden im Thiergarten, wie in den Theatersälen während der Premieren. Ueberall will dieser Typus sich vordrängen, überall will er gesehen werden. Er überläßt seinen Leib mit Ruh und seine Seele verderbt in Stumpfsinn und Koeheit. Nicht für Kind und Gatten empfindet Frau Döhrgens, wenn nur ihre dürre Selbstsucht befriedigt wird; sie sympathisirt höchstens mit einem ihrer Söhne, der ihre Frivolität würdigt, einem Borsenjungling, frech, cynisch und schamlos. Das Schönlchen billigt es sogar verständnisvoll, daß seine Mutter ein Verhältnis mit einem krummbeinigen Wiener Eigel unterhält. In diese versumpfte, vermoderte Familie tritt Ludwig Döhrgens, der ältere Sohn des unglücklichen Vaters David. Er hat Jahre lang fern vom Hause auf süddeutschen Universitäten gelebt; er wurde zum Doktor promovirt und Sehnsucht treibt ihn heim nach Berlin. Zu Hause aber ragt ihn rasch das Entsetzen; der Vater niedergeboren, ein Feigling, die Mutter in brutaler Kavaliershaftigkeit; da drängt es ihn, der Familie zu entfliehen, allein zu sein und in reinere Luft zu flüchten.

Mit der weißschweifigen Art, die sich mannigfach ins Kleinliche verliert, steht diese jüde Schlusswendung nicht durchaus im Einklang. Weil ihm ein plötzlicher, tiefer Stel ersaft, soll ein zärtlicher Sohn so sehr bequem die Flucht ergreifen und den geängstigten Vater verlassen? Und soll so wenig von jener jugendlichen Einbildung in ihm gelebt haben, daß er sich so gar keine Kourage zutraute, läuternd einzugreifen? Der oftmals Enttäuschte erst hat das Recht zu verzweifeln.

Hirschfeld's Genreszenen wurden mit großer Sorgfalt dargestellt; insbesondere hat Hermann Müller den alten niedergeborenen David lebenswärm erfüllt. Das Publikum, das nach seiner Zusammenkunft gewiß, namentlich in seiner weiblichen Mehrheit, peinlich berührt werden mußte, war so klug, sich nicht getroffen zu fühlen, und rief zum Schluss den Autor. Am selben Abend sollte ein neues Lustspielentwurf entdeut werden. Moriz Heimann ist der Name des Verfassers einer Komödie „Weiberschreck“. Was an dem Schwanke neu oder hervorragend sei, vermochte ich nicht zu entdecken. Jergendwas sind wegen eines Versehens auf dem Standesamt achtzig Ehen ungültig geworden. Eine dieser Ehen wird in der neuen Komödie vorgeführt. Die junge Gattin, die Schwägerin, selbst die Schwiegermutter bemühen sich, dem Eheherrn die traurige Thatsache zu verheimlichen und ihn durch doppelte und dreifache Fätslichkeit zu fixen. Auf diesem Einfall, der übrigens anderwärts schon verwendet wurde, baut sich die Komik des Stückes auf, die ferner von einem alten Possenmotiv, den Karikaturen pedantischer Gelehrter, mit allem breiten Behagen zieht. Wohl schwelgte dem Verfasser hierbei etwas wie eine komische Charakterstudie vor; aber es blieb bei den üblichen Karikaturen, und selbst die Mähen der Herren Wissen und Zouaz in den Hauptrollen waren umsonst. Der Witz war zu lang gesponnen, der Erfolg blieb aus.

Im Schiller-Theater kommt heute der Lausische Schwanke „Ein toller Einfall“ zur Wiederholung. Die für heute angekindigte Urführung von Jhen's „Die Stühen der Gesellschaft“ wurde auf Montag, den 18. April, verlegt. Die Hauptrollen in diesem Stück spielen die Damen Detsch, Wille, Wolff und die Herren Patry, Pauly und Winterstein. — An dem von der Direktion des Schiller-Theaters Sonntag, den 12. April, im Bürgerhalle des Rathhauses veranstalteten Martin Plüddemann-Abend wirkten die Damen Maria Schwegel (Marie-Virtuosin), Johanna Sähna (Soprano) und die Herren Veit Braben (Bass) und Julius Jarnedow (Tenor) mit. Dem Plüddemann-Abend sollen noch im April zwei Dichterabende folgen: ein Heine-Abend und als 60. Dichterabend Goethe-Abend. Mit Goethe wurden die Dichterabende auch eröffnet.

Gerichts-Beitrag.

Privatklage des Berichterstatters Rogge gegen den „Vorwärts“. Genosse Kunert als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ hatte sich auf eine Privatklage des Berichterstatters Rogge am Freitag vor dem Schöffengericht zu verantworten. Wie unsere Leser wissen, erschien am 27. Oktober v. J. in der „Post“ ein Artikel, in welchem ein Gespräch über interne Redaktionsangelegenheiten, das zwei Tage zuvor in unseren Redaktionsräumen stattgefunden hatte, dem Inhalt nach richtig wiedergegeben war. Nach Lage der Sache kamen wir zu der Ueberzeugung, und die Pressekommision theilte dieselbe auf grund eingehender Verhandlungen, daß die „Post“ nur durch eine Indiskretion Rogge's von dem in Rede stehenden Vorgang Kenntnis erlangt haben konnte. Im Laufe der Verhandlungen kam es heraus, daß Rogge noch andere Indiskretionen zur Last fielen. Daraus brach die Redaktion die geschäftlichen Beziehungen zu Rogge ab. Diese Thatsache theilten wir in Nr. 268 unseres Blattes mit und führten als Grund der Entlassung Rogge's an, daß er nicht den Grad von Diskretion bewiesen habe, den wir von unseren Berichterstattern erwarten müssen. In dieser Sache war von Rogge ein gewisser Gaffron vorgeführt worden, der behauptet hatte, das fragliche Gespräch im Wohnzimmer unserer Redaktion erlauscht und der „Post“ mitgetheilt zu haben. Die Angaben des Gaffron waren durchaus unglaubwürdig. Obendrein wurde er später dabei ertappt, daß er die Redaktionsräume des „Vorwärts“ delauerte und mit Ingehalten des „Vorwärts“ unter falschem Namen Verbindungen anzuknüpfen suchte. Die Redaktion hielt es deshalb für notwendig, die Parteigenossen öffentlich vor Herrn Gaffron zu warnen. Herr Gaffron versuchte die Warnung durch eine „Verichtigung“ zu entkräften. Das nöthigte die Redaktion, nochmals in zwei Verkündungen vom 5. und 7. Dezember v. J. auf die Persönlichkeit des Herrn Gaffron einzugehen. In diesen beiden Notizen war von einem „böb-örtigen Schwindel“ die Rede, bei dem Gaffron die Hauptrolle gespielt hätte. Herr Rogge klagte nunmehr gegen den Redakteur Kunert nicht nur wegen Beleidigung durch die erste Notiz, die mittheilte, daß er wegen ungenügender Diskretion nicht mehr als

Berichterstatter beschäftigt werde, sondern behauptete, auch durch die gegen Gaffron gerichtete Notiz wegen des darin enthaltenen Ausdrucks „böb-örtigen Schwindel“ beleidigt zu sein. Er beantragte außer der Bestrafung des Privatbetroffenen Kunert ihm eine Buße von 500 M. zuzusprechen, da er infolge dieser „Vorwärts“-Notizen eine schwere materielle Schädigung erlitten habe. Die Beweisaufnahme erstreckte sich auf die Feststellung, ob Rogge in der That eine Indiskretion begangen habe, und ob ferner, wie die Notiz in der Nummer vom 7. Dezember durchblicken lasse, daß er, um selber schuldlos zu erscheinen, eine Komödie gespielt habe, indem er den Gaffron nur vorgeföhren hätte, damit dieser gegen Bezahlung die Schuld auf sich nehme. Durch die Vernehmung des Chefredakteurs der „Post“, Dr. Groddeck wird festgestellt, daß die fragliche Notiz der „Post“ nicht durch Gaffron, sondern durch den Herausgeber einer Zeitungs-Korrespondenz mit Namen Bezillat zugegangen ist, über dessen Gewährsmänner er allerdings nichts zu sagen wisse. Zeuge König, gleichfalls früherer Berichterstatter des „Vorwärts“, sagt aus, daß Rogge über das fragliche Gespräch auf der Redaktion in einem Café im Kreise anderer Berichterstatter Mittheilung gemacht habe und zwar vor dem Erscheinen des Artikels in der „Post“. Zeuge Lebebour bekundet, daß Rogge erst nach mehrfachen Fragen in einer Sitzung der Pressekommision die von König angegebene Thatsache eingestanden, nachdem er vorher entschieden bestritten hatte, zu irgend jemand über den Hergang auf der Redaktion gesprochen zu haben. Der Vertheidiger des Klägers, Rechtsanwalt Rosenfeld, giebt zu, daß der „Vorwärts“ im vorliegenden Falle in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, es frage sich aber, ob er nicht doch das durch § 193 gewährte Recht verlehrt habe. Der Vorwurf der Indiskretion in Nr. 268 sei zweifellos beleidigend; auch solle der Kläger durch die betreffende Notiz als ein Mann bezeichnet werden, vor dem man sich hüten müsse. Schwerwiegender sei jedoch der Vorwurf, der dem Kläger in der Notiz vom 7. Dezember gemacht werde. Aus dieser Notiz müsse jeder entnehmen, daß Rogge der Urheber des „Post“-Artikels sei, daß er ferner einen falschen Zeugen vorgeföhren habe, um sich selber von dem auf ihn lastenden Verdacht zu reinigen. Der Vorwurf, der gegnerischen Presse Nachrichten überbracht zu haben, müsse den Kläger in den Augen seiner Partei mit Recht verächtlich machen. Es sei doch wahr-scheinlich, daß Gaffron der Urheber der Notiz in der „Post“ sei, wenn er auch nicht der Redaktion dieselbe direkt übermittelt habe, so könne doch Bezillat durch ihn informiert worden sein. Daß Rogge durch die Mittheilung an seine Kollegen Veranlassung zu dem „Post“-Artikel gegeben habe, sei nicht anzunehmen. Die Fassung der Notizen im „Vorwärts“ sei ja sehr vorsichtig, ihre Tendenz ginge jedoch daraus hinaus, den Kläger in seinen bisherigen Kreisen unmöglich zu machen.

Genosse Kunert, sowie Rechtsanwalt Dr. Hergfeld, sein Vertheidiger, halten beide den dem Kläger gemachten Vorwurf der Indiskretion für durchaus berechtigt. Wenn man so interne Angelegenheiten, wie in diesem Falle, in einem Café in Gegenwart anderer Reporter und sonstiger Personen erzähle, so könne das die Redaktion gar nicht anders bezeichnen, als einen Mangel an Diskretion. Nicht nur die Redaktion des „Vorwärts“, sondern auch die Pressekommision sei zu der Ueberzeugung von der Schuld Rogge's gekommen. Es war dabei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Redaktion, den Vorfall zu veröffentlichen, um die Parteigenossen vor dem Manne zu warnen, der als Berichterstatter bekannt war, und dem in dieser Eigenschaft Mittheilungen aus Parteikreisen zuzugewandt, die nur für den „Vorwärts“ bestimmt waren und im Interesse desselben nicht in die gegnerische Presse gelangen durften. Der Vertheidiger hält es nicht für wahrscheinlich, daß Gaffron das Redaktionsgespräch auf dem Korridor erlauscht habe. Durch das Zeugnis des Dr. Groddeck sei derselbe der Lüge überführt und also auch in diesem Punkte nicht glaubwürdig. Daß die Redaktion zu der Auffassung kam, es werde mit Gaffron Komödie gespielt, sei nach Lage der Sache begründet. In den Notizen werde durchaus nicht behauptet, daß Rogge an dem Schwindel beteiligt sei; es würden nur Thatsachen darin angeführt, und wenn sich der Kläger dadurch getroffen fühle, habe er sich das durch sein Verhalten selber zuzuschreiben. Zweifellos stehe dem Beklagten der Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zur Seite. Nach kurzer Beratung des Gerichts verurtheilt der Vorsitzende, daß es sich in dem Artikel „In eigener Sache“ ohne Zweifel um Wahrnehmung berechtigter Interessen handele. Die Indiskretion des Klägers sei erwiesen, und die Redaktion habe in ihrem guten Recht gehandelt, wenn sie ihren Parteigenossen davon Mittheilung mache, damit sich dieselben vor dem bisherigen Berichterstatter, der als solcher ein gewisses Vertrauen in Parteikreisen genöth, in Zukunft hüten könnten, um ähnliche Indiskretionen zu verhindern. Diefem Artikel wurde der Schutz des § 193 zugesprochen und mußte bezüglich desselben Freisprechung erfolgen. Anders verhalte es sich indes mit den Artikeln vom 5. und 7. Dezember. Daß die Redaktion der Verächtlichmachung Gaffron's ihre eigene Meinung hinzugefügt habe, sei durchaus begründet und ihr gutes Recht. Hätte sich diese Auslassung nur auf die Angaben des Gaffron beschränkt, so lände auch in diesem Falle der § 193 Anwendung. Aber es werde auch dem Kläger der Vorwurf gemacht, daß er, um seine eigene Verfehlung zu decken, den Gaffron vorgeföhren und dadurch eine Komödie gespielt habe. Dieser Vorwurf sei geeignet, Rogge verächtlich zu machen. Der Artikel in Nr. 268 gehe aber noch weiter. Er gebe zu erkennen, daß Rogge an der Notiz in der „Post“ beteiligt sei und mache ihm den Vorwurf, in schustiger Weise Partei-Interessen verathen zu haben. Auch gehe aus dem Artikel hervor, daß der Beklagte die Absicht hatte, den Kläger zu beleidigen. Das Gericht hat geschwankt, ob es auch in diesem Falle dem Beklagten den Schutz des § 193 zugestehen solle, ist aber zu der Ansicht gekommen, daß sich zwar die fraglichen Auslassungen hart an der Grenze bewegen, innerhalb deren eine Wahrnehmung berechtigter Interessen anerkannt werden kann. Da jedoch diese Grenze überschritten sei, so rechtfertige sich eine Bestrafung auf grund des § 200 des Strafgesetzbuches. Andererseits falle strafmildernd ins Gewicht, daß die Redaktion infolge der Handlungsweise des Klägers sich in einer begründeten Gereiztheit befand, wodurch sich die gegen den Kläger gerichteten Vorwürfe, daß er an dem an der Redaktion verübten böb-örtigen Schwindel beteiligt sei, erkläre. Es wurde aus diesen Gründen auf eine Geldstrafe von 30 M. oder fünf Tagen Haft erkannt, auch sprach das Gericht dem Kläger die Publikationsbefugnis zu. Bezüglich der geforderten Buße wurde dem Kläger anheimgestellt, seine etwaigen Ansprüche im Wege des Zivilprozesses geltend zu machen.

Zu dem Termin waren die beiden zur Aufklärung der Sache wichtigsten Zeugen nicht erschienen; nämlich Herr Gaffron nicht, dessen Adresse nicht zu ermitteln war, und der Berichterstatter Gänther nicht, der von Potsdam aus telegraphirte, er könne nicht zum Termin erscheinen. Gänther hatte aber den Mittelmann zwischen Rogge und Gaffron gemacht und mühte also Auskunft darüber ertheilen können, wie Rogge dazu kam, dem Gaffron für seine Auslassung auf der Redaktion des „Vorwärts“ 5 Mark Entschädigung zu zahlen. Gaffron ferner konnte so nicht genöthigt werden, unter seinem Eide auszusagen, wie er in den Besitz der von ihm angeblich der Zeitung „Post“ zugestellten Nachricht gekommen ist. Der Abwesendheit dieser beiden Zeugen ist es zuzuschreiben, daß eine auch dem Gerichtshof genügende Aufklärung der dunkeln Angelegenheit in diesem Termin nicht erzielt werden konnte.

Wegen Beleidigung des Reichsgerichtsraths Dr. Stenglein hatte sich heute der Redakteur des „Allg. Reichs-Schmidt-Cabanis vor der 7. Strafkammer des Reichsgerichts I (Vors. Landger. Direktor Voigt) zu verantworten.

In der Sitzung des Reichstags vom 11. Dezember v. J. hatte bekanntlich der Abg. Bebel einen in der „Zukunft“ enthaltenen Aufsatz „Eine Umsturzvorlage“ einer abfälligen Kritik unterzogen und den Widerspruch des Abg. v. Emmecerus herausgefordert. Der betreffende Aufsatz, welcher von dem Reichsgerichtsrath Dr. Melchior Stenglein herrührte, behandelte die Art, wie die Umsturzvorlage vorgelegt, wie sie im Reichstage behandelt und wie sie abgelehnt wurde und machte Gegenvorschläge für ein Umsturzgesetz, wobei Seitenhiebe auf das „sogenannte Publitum“ und den „sogenannten Fortschrittspolitiker“ fielen. Die Tendenz des Artikels ging dahin, daß in Zukunft bei der Beurtheilung strafrechtlicher Thaten nicht in erster Reihe dem objektiven Thatbestand, sondern den subjektiven Momenten mehr als bisher Rechnung getragen werden müsse. In der Presse spammte sich die Polemik über die vom Reichsgerichtsrath Stenglein ausgesprochenen rechtlichen Anschauungen weiter fort, besonders hatte die „Vossische Zig.“ der Angelegenheit am 13. Dezember einen Beitarikel gewidmet. In der Nummer 51 vom 20. Dezember veröffentlichte nun der „Allg.“ ein vom Angeklagten verfaßtes Gedicht, welches unter dem Titel „Sang an Stenglein“ die Anwendung der Stenglein'schen Ausführungen dahin zusammenfaßte: „Was bei einem strafbar ist, ist es nicht bei andern“ und diesen neuen juristischen Satz in wichtiger Weise perfriskirte. — Reichsgerichtsrath Stenglein soll nach der Ansicht der Anklagebehörde beleidigt sein und es wurde die Anklage auf grund des § 186 des Str.-G.-B. erhoben. Der Angeklagte bestritt die Absicht der Beleidigung und behauptete, daß er in dem politisch-satirischen Gedicht lediglich zeigen wollte, wohin schließlich falsche Rechtsanschauungen führen müßten. — Staatsanwalt Richter hielt eine Beleidigung des Reichsgerichtsraths Stenglein für vorliegend. In dem Stenglein'schen Artikel sehe nichts von dem, was das Gedicht behauptet, vielmehr habe Reichsgerichtsrath Stenglein lediglich behauptet, ja auch jetzt schon bei der Anwendung des Strafgesetzbuches übliche Berücksichtigung subjektiver Momente mehr in den Vordergrund rücken wollen. Das Gedicht des Angeklagten lasse garricht erkennen, auf welche Vorgänge es hinciele, es deute auch garricht an, daß es sich de lege ferenda handele, sondern stelle ganz abstrakt den oben angeführten Satz als den Leitfaden des Reichsgerichtsraths Stenglein hin. Das Gedicht imputire ihm, daß er nicht nach sachlichem, pflichtgemäßem Ermessen, sondern lediglich nach Rücksichten der Persönlichkeit entscheide, daß der Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ für ihn nicht gelte, er vielmehr je nach der sozialen Stellung der Angeklagten Unterchied mache. Das sei eine schwere Beschuldigung für ein Mitglied des höchsten Gerichtshofes, denn es werde damit die Behauptung der Rechtsbeugung ausgesprochen. Er beantrage einen Monat Gefängnis gegen den Angeklagten.

Rechtsanwalt Dr. Sello bekämpfte den Antrag des Staatsanwalts in eingehender Weise und beantragte die Freisprechung. Zunächst sei durch den Inhalt des in der „Zukunft“ veröffentlichten Artikels der Beweis der Wahrheit für den in dem Gedicht als Rechtsansicht des Reichsgerichtsraths Stenglein hingestellten Satz erbracht. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob es sich de lege lata (vom bestehenden Gesetz) oder de lege ferenda (von einem erst zu erlassenden Gesetz) handele, es komme lediglich auf die tatsächliche Ansicht des angeblich Beleidigten an. Auf welche Thatsachen sich das Gedicht bezog, konnte niemandem zweifelhaft sein. Der Angeklagte als Redakteur eines Blattes habe es für seine Aufgabe betrachtet, in grotesker Uebertreibung vor den Folgen solcher Anschauungen zu warnen. Das sei sein gutes Recht, ihm sehe auch der Schutz des § 193 zur Seite. Der Gegner des Angeklagten war nicht der objektive urtheilende Richter Stenglein, sondern der Publizist Dr. Melchior Stenglein, der den Richterstuhl des Reichsgerichts verlassen hatte, in die Arena des politischen Kampfes getrieben war und einen schneidigen Artikel über die Umsturzvorlage veröffentlicht hatte, der sich auch gerade gegen die Partei richtete, welcher der Angeklagte angehöre. Wenn Herr Maximilian Harden jenen Aufsatz nicht bloß als ein Werk des Dr. Melchior Stenglein, den Verfasser vielmehr in der Inhaltsangabe der betreffenden Nummer auch noch als „Reichsgerichtsrath“ bezeichnet habe, so sei dies nicht Schuld des Angeklagten. Die humoristischen Uebertreibungen richten sich nicht gegen die Judikatur des Reichsgerichtsraths Stenglein, sondern gegen ein polemisches Schriftwerk desselben. Wer so vorgehe, müße sich gefallen lassen, mit demselben Maß gemessen und in der hier geschehenen Weise vom Parteistandpunkte bekämpft zu werden. Es handele sich lediglich um eine an einem sogenannten wissenschaftlichen Laborat des Dr. Stenglein geübte Kritik. Das Ridendo dicere verum (unter Lachen die Wahrheit sagen) sei ein altes historisches Recht der satirischen Poesie, welches man auch dem Angeklagten nicht nehmen dürfe. — Rechtsanwalt Mosse verwies seinerseits noch darauf, daß die Vorschläge des Rathes Stenglein gerade auf die Beschränkung der Freiheit hinausliefen und einem Manne der Presse auch aus diesem Grunde der Schutz des § 193 zur Seite stehe. Daß der Angeklagte des besten Glaubens war, daß es sich hier de lege ferenda handele, liege doch auf der Hand. Wenn der Angeklagte gemeint hätte, daß ein Reichsgerichtsrath auftreten und den deutschen Richtern eine Rechtsbeugung zumuthen könnte, dann wäre er gewiß nicht als Spottvogel aufgetreten, sondern hätte ernsthafte Töne angeschlagen. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß das Gedicht geeignet sei, den Reichsgerichtsrath Stenglein auch in seiner amtlichen Eigenschaft herabzuwürdigen und daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zur Seite stehe. Das Urtheil lautete auf 50 M. Geldstrafe event. 5 Tage Gefängnis, Publikationsbefugnis für den Beleidigten und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen. — Der Redakteur unseres Erfurter Parteiblattes, ist wegen Nachdruck des Gedichtes zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Man sieht auch daraus, daß, wenn zwei dasselbe thun, es nicht dasselbe ist, resp. nicht dieselben Folgen hat.

Für den Pferdebahnverkehr von Wichtigkeit ist ein in den „Bl. f. Rhtzpl.“ abgedrucktes Erkenntnis des 9. Zivilsenats des Kammergerichts. Dieser hat entschieden: eigenes Verschulden eines durch Abbruch Verleihen liegt nicht darin, daß dieser sich während der Fahrt vom Verdeck des Pferde-Eisenbahnwagens nach dem Perron zum Absteigen begiebt. Ein Fahrgast der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft hatte, in der Absicht auszustiegen, während der Fahrt seinen Sitz auf dem Verdeck des Pferdebahnwagens verlassen und ist beim Herabsteigen auf der zum Hinterron herabführenden Treppe, als der Wagen die Ausgangskurven der Schienenabgabelung passirte, infolge der Schwanungen, die der Wagen beim Durchfahren der Weiche erlitt, aus dem Gleichgewicht gekommen, von einer der obersten Treppenstufen herabgestürzt und bei dem Veruche, sich mit der linken Hand zu halten, wurden ihm der kleine Finger eingeklemmt und durch ein scharfes Blech abgetrennt. Das Kammergericht hat die Pferdebahn-Gesellschaft für haftpflichtig erklärt. Wenn auch das Auf- und Absteigen während der Fahrt in den meisten Fällen als eigenes Verschulden anzusehen sei, so könne das, was vom Auf- und Absteigen gelte, doch nicht ohne weiteres auf die vorbereitenden Handlungen ausgedehnt werden, die jemand in der Absicht vornimmt, um demnächst den Wagen zu verlassen.

Aus Zwicken wird uns berichtet: Der Böttchergeselle Jahn von Marienthal, der sein jähriges Töchterchen mit einem drahtdurchflochtenen Chafentemmer schwer geschüttelt und dann noch Wasser in die offenen Lenden gestreut hatte, wurde gestern vom Landgericht zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Der Bergarbeiter Richard Ott aus Willau erhielt wegen Gotteslästerung, die er am 1. Januar in einem Wirthshausgespräch begangen haben soll, 8 Monate Gefängnis und wurde wegen Fluhtverdrach sofort in Haft genommen. Er erbot sich deshalb, seine Strafe sofort anzutreten.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Puhler Berlin! Ein Teil der in Arbeit verbleibenden Kollegen ist in dem Glauben, die rote Unterstüßungskarte berechtige zum Arbeiten auf den Bauten, wo unsere Forderungen bewilligt sind. Deshalb wollen wir die hierbei in Betracht kommenden Beschlüsse der letzten Versammlung nochmals in Erinnerung bringen: Auf allen Bauten, wo die Arbeitgeber unsere Forderungen schriftlich anerkannt haben, müssen die Kollegen die Meldung sofort an das Bureau Grenadierstr. 33 gelangen lassen und die graue Karte berechtigt zur Unterstüßung der Ausständigen zu zahlen, wofür Extramarken perabfolgt werden. Wir ersuchen ferner die vom Ausstand betroffenen Kollegen, sich wegen der Kontrolle täglich nach dem Bureau, Grenadierstr. 33, zu bemühen und die Streikkarte absteampeln zu lassen, sich aber weniger in den Verkehrslokalen der einzelnen Stadtteile aufzuhalten. Die Zahl der am Ausstand beteiligten Kollegen beträgt 400. In gleichem Verhältnis sind die Arbeitsberechtigten. Immerhin giebt es noch eine große Anzahl von Kollegen, welche zwar angeben, die Forderungen bewilligt bekommen zu haben, es aber nicht der Mühe wert halten, dem Bureau davon Anzeige zu machen. Durch diese Unterlassungsfälle kommen die Kollegen in den Verdacht, nicht solidarisch zu handeln. Die Streikkommission der Puhler Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Laut Beschluß der Versammlung vom 22. März haben diejenigen Kollegen, welche verhindert sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, 50 Pf. zum Agitations- und Unterstüßungsfonds der Berliner Metallarbeiter beizusteuern. In diesem Zweck werden Maimarken zum Preise von 50 Pf. pro Stück veräußert, welche an nachstehenden Stellen zu entnehmen sind: W. Städt. Pafewalkstr. 11, S. Eing. II.; Otto Günther, Böckstr. 47; Alb. Heyne, Langestraße 75; A. Gabriel, Schöneberg, Grunewaldstraße 121; M. Weder, Stephanstr. 23; G. Eisenblätter, Eisenbahnstraße 33; E. Stopfad, Sorauerstr. 18; A. Heinrich, Wienerstr. 61; Hüpenbecker, Sebastianstr. 35; Zimmermann, Büdlerstraße 55; C. Reibner, Büdlerstraße 11; Schwarz, Charlottenburg, Schloßstr. 39; Kolad, Rixdorf, Herrmannstr. 166.

Der Vertrauensmann des Verbandes der Berliner Metallarbeiter: Otto Näther, N. Kollmerstr. 44.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Former und Gleisearbeiter der Firma Friedrich, Reichenbergerstr. 4, sowie der Mechaniker der Firma Fiedke, Alte Jakobstr. 91, dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend.

In der Fabrik von Orenstein und Koppel (Eldbahn-Bau) in Tempelhof haben sämtliche Arbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Wir bitten alle Metallarbeiter, dies zu beachten und Zugang fernzuhalten. Die Ortsverwaltung Schöneberg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

An die Maler Berlin! In den Werkstätten von Sobotta, Galleches Ufer 23, G. Lange, Etkofferstr. 19, Stäuber, Schöneberg, Gothenstr. 49, Siebig, Dresdenerstraße 133, Partung, Wienerstr. 9, P. Stein, Stephanstraße 59, F. C. Becker, Greifswalderstr. 207 und Fr. Rettig, Joachimstr. 13, sind unsere Forderungen nicht bewilligt worden. Bei der Firma Siebig legten drei Mann die Arbeit nieder, drei arbeiteten weiter. Wir ersuchen die Kollegen, bei den genannten Firmen keine Arbeit zu nehmen und den Zugang fern zu halten. Die Lohnkommission der Maler Berlin.

Präger und Prägerinnen Berlin! Wegen großer Lohnreduktion in der Luzzypapierfabrik von Wundsch u. Lange, Fennstr. 49, haben die Präger und Prägerinnen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. Näheres heute Abend in der Versammlung. Der Vertrauensmann.

Der Streik der Treibriemen-Arbeiter Berlin ist beendet. Die Forderungen der Streikenden sind nicht zur Durchführung gelangt, da Abtrünnige zu verzeichnen waren. Ein Teil der Kollegen hat die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem versprochen worden war, daß am 1. Mai der Lohn erhöht werden würde. Da noch eine Anzahl Streikender zu unterrichten sind, so bitten wir die Sammlungen fortzusetzen. Die Lohn- und Agitationskommission der Sattler Berlin. J. A. v. B. d. S. J., Staligerstr. 141a IV.

Die Zimmerer Köpenicks haben am 9. April beschlossen, überall da die Arbeit niedersulegen, wo der von ihnen aufgestellte

Lohnzettel nicht bewilligt wird. Unterhandlungen, die die Lohnkommission mit den Unternehmern gepflogen hatte, waren erfolglos. Da in Eile nichts zu erreichen war, hoffen die Zimmerer nun durch den Ausstand zum Ziele zu gelangen und ersuchen nun die auswärtigen Kameraden um solidarisches Verhalten.

Versammlungen.

Die Schrifthauer verhandelten am 7. April über den Stand ihrer Lohnbewegung. Bewilligt haben bis jetzt folgende Firmen: Jabel, Schönhauser Allee 169; Sipperting, Blücherstr. 1; Gade, Hakenhaide 1; Pfaffenberg, Diefenstr. 15; Schulz, Bme., Pringelallee 21 b; Kramer, Landsberger Allee 17; Schöber, Neue Königstr. 4; G. Schneider, Linienstr. 228; Bierichöder, Landsberger Allee 91; Schleicher u. Co., Köpenickerstr. 62; Mallwitz, Blücherstr.; Albrecht, Bergmannstr. 52; Perschke, Barwalderstr. 40-41; Druß, Saarbrückerstr. 82; Gebr. Braun, Bergmannstr. 53; Stahl u. Herzog, Herrmannstr. 58-60; Schneider, Bergmannstraße; Mücke, Rheinsbergerstr. 78; Krause, Uckerstr. 38.

Es wurde sodann beschlossen, in denjenigen Geschäften, welche die Forderungen abgelehnt haben, den Streik fortzusetzen. Unterstützung an die Ausständigen wird erst in der zweiten Woche verabsolgt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hatte am zweiten Osterfeiertag bei Buske, Grenadierstr. 33, eine Versammlung veranstaltet, in der Herr Manasse einen interessanten Vortrag hielt. Nach Schluß der Versammlung fand ein gemütliches Beisammensein statt.

Die Maurer hatten am Donnerstag Abend vier große Versammlungen eintreten, um für die Forderungen, die seinerzeit in der Versammlung im Feenpalast aufgestellt wurden, in den Kreisen der Berufsgenossen Propaganda zu machen. Die Resolution, die die Grundlage für die Lohnbewegung bilden soll, lautete folgendermaßen:

1. Eine Normalarbeitszeit von 9 Stunden. Beginn der Arbeitszeit morgens 7 Uhr. Die Pausen sollen fallen in die Zeit von 8 1/2-9, 12-1, 4-4 1/2 Uhr. Am 6 Uhr Feierabend; Sonnabends eine Stunde und an den Tagen vor den sogenannten hohen Festtagen zwei Stunden früher. (An diesen Tagen fällt die Vesperpause weg.) Der Lohn wird voll ausgezahlt.
2. Abschaffung sämtlicher Akkordarbeit und ein Minimallohn von 55 Pf. pro Stunde.
3. Pünktliche Innehaltung der festgesetzten Arbeitszeit außer da, wo Leben und Gesundheit anderer in Gefahr sind. (Durch den ersten Satz soll die Unsitte des 10 bis 20 Minuten zu späten Pfeifens des Poliers beseitigt werden.)
4. Humane Behandlung seitens der Poliere.
5. Auf jedem Bau muß jemand bestimmt sein, der die Nahrungsmittel herbeischafft.
6. Ferner muß eine wetterdichte, zugfreie verschließbare Hütte vorhanden sein zur Benutzung (zum Schutz gegen Witterungseinflüsse während der Pausen und gegen Diebstahl).
7. Der Lohn ist sofort nach Feierabend auf der Baustelle jeden Sonnabend für die gesamte in der Woche geleistete Arbeit zu zahlen, ohne den Betrag für einige Tage einzubehalten.
8. Abschaffung des Zwanges, eigenes Werkzeug zu halten (wie Meißel, Schlägel u. s. w.), sowie Beseitigung des gegenwärtig üblichen Zahlmarken-Systems betreffs der von den Polieren bestimmten Stunden.

Die Versammlung für den Osten, die bei Joss, Andreasstraße, tagte, war sehr gut besucht. Nachdem Richter die im Feenpalast aufgestellten Forderungen nochmals eingehend besprochen hatte, entspann sich eine sehr lebhaft diskussion, in der verschiedene Mißstände im Baugewerbe zur Sprache kamen. Von allen Rednern wurden die Forderungen als sehr berechtigt anerkannt und zur Einigkeit aufgefordert, um ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden mit den Beschlüssen in der Feenpalast-Versammlung einverstanden erklärten und verpflichteten, für die Stärkung der Organisationen, für rege Sammlungen zum Streikfonds und für die Wahlen von Baudeputierten auf allen Bauten zu wirken. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefordert hatte, die am Montag, den 13. April, stattfindende Baudeputierten-Versammlung recht zahlreich zu besenden, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung.

Die Versammlung für den Süden und Westen war von ca. 1000 Personen besucht. Das Referat hatte Fritzsche übernommen, der in eingehender Weise die aufgestellten Forderungen begründete. Demeistert ist der Meinung, daß man nach den gemachten Erfahrungen sehr vorsichtig sein und erst, entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen, eine gründliche Prüfung und die Gründung eines genügenden Streikfonds vornehmen müsse, da die Unternehmer nicht so leicht auf die Forderungen eingehen werden. Wenn dann

wieder nach der Gewerbe-Ausstellung die Krise kommt, wird es sich darum handeln, das Errungene festzuhalten. Barzang spricht in ähnlichem Sinne, während Berger verlangt, daß man nicht allzu lange warten, sondern daß die Lohnkommission schon in acht Tagen in den Lohnkampf eintreten soll. Dieser Meinung tritt Fritzsche entgegen, da nach der letzten Versammlung der Baudeputierten, die sehr schwach besucht war, noch keine Aussicht für ein schnelles und übereiltes Vorgehen vorhanden sei. In der am nächsten Donnerstag bei Keller stattfindenden Versammlung wird erst die Lohnkommission geeignete Vorschläge machen, lieber einige Wochen warten, als die ganze Bewegung umöglich machen. Zur einstimmigen Annahme gelangte hierauf eine Resolution des Inhalts: es einem jeden zur Pflicht zu machen, für die gestellten Forderungen einzutreten, eifrig für den Streikfonds zu sammeln und das System der Baudeputierten überall durchzuführen. Ebenso einstimmig gab die Versammlung in einem Protest ihrem Unwillen Ausdruck gegen das unanständige Benehmen des Maurerpoliers 2. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, soll der betreffende Polier gelegentlich eines Unfalls, bei dem ein Arbeiter sein Auge einbüßte, geküßert haben: „Meinetwegen hätte er beide Augen verlieren können.“ Derselben Wunsch sprach der menschenfreundliche Herr noch gegen einen anderen ihm unangenehmen Arbeiter aus. Der Redner, der diese Angelegenheit zur Sprache brachte, wies darauf hin, wie notwendig es sei, in andrerart solcher Vorgänge eine anständige Behandlung zu verlangen.

In Grändel's Salon war der Saal überfüllt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriff Meßke das Wort. In eingehender Weise erörterte er die von der Feenpalast-Versammlung aufgestellten Forderungen und empfahl der Versammlung die Durchführung derselben auf das wärmste. In der sich anschließenden Debatte äußerten sich in ähnlichem Sinne die Maurer Krieg und Beyerndorf. Letzterer beantragt, daß die Kommission ungehindert die Forderungen schriftlich an die Meister sende und die Antwort entgegennehme. Nachdem noch der Vertrauensmann der Zimmerer, Fischer, seine Genugthuung ausgesprochen über die gemeinsame Aktion der Maurer, gelangte eine Resolution zur Annahme, die den gleichen Standpunkt vertritt, wie die bereits vorher erwähnten.

Im Lokale Weddingpark in der Müllerstraße erläuterte Fritzsche den zahlreich erschienenen die einzelnen Punkte der Resolution. Vorgesprochen wurde vom Vortragenden, von jedem Bau einen Deputierten nach der Montagssitzung der Baudeputation bei Volk, Alte Jakobstr. 75, zu entsenden, um gemeinschaftlich mit der Lohnkommission die Verhältnisse auf den Bauten und eventuelle Stellungnahme dazu zu besprechen. Weiter teilte er mit, daß am nächsten Donnerstag eine einseitige Maurerverammlung bei Keller in Aussicht genommen ist. In der Diskussion wurden vereinzelt geringe Bedenken gegen einen und den andern Punkt der Feenpalast-Resolution geäußert, die durch andere Redner zerstreut wurden. Auch hier fand die schon in den anderen Versammlungen erwähnte Resolution einstimmige Annahme.

Eine öffentliche Versammlung der Baudeputierten der Puhler tagte gestern Nachmittag bei Buske, Grenadierstraße, mit der Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung. Nach dem Bericht, den Schulz der Versammlung unterbreitete, hatten sich bis zu der Versammlung 696 Puhler, die sich den Beschlüssen gemäß im Bureau gemeldet haben, an der Bewegung beteiligt. Bewilligt sind die Forderungen von 80 Firmen mit insgesamt 485 Puhlern, denen Arbeitsberechtigungskarten ausgestellt werden konnten. Im Streik befinden sich folgedessen 211 Mann. Der gegedene Bericht kann, wie angeführt wurde, auf Vollständigkeit deshalb keinen Anspruch machen, weil mehrere Geschäfte bereits vor Ostern bewilligten, deren Arbeiter jetzt nicht in betracht kommen. Dagegen befinden sich eine große Anzahl von Arbeitern im Ausstand, die selber dem Bureau keine Mitteilungen zugehen ließen, so daß die Beteiligung an der Bewegung ungefähr das Dreifache beträgt, wie bisher festgestellt ist. (Eine größere Anzahl von Karten wurden während der Versammlung ausgegeben.) Von den Kommissionsmitgliedern konnte konstatiert werden, daß gerade die besten, solidesten Firmen bewilligt haben und sich überhaupt sehr sympathisch der gefassten Resolution gegenüber stellen, teilweise schon aus dem Grunde, um die Schmutzkonkurrenz verschiedener Unternehmer zu beseitigen. In der Diskussion wurde an dem Verhalten einiger Baumeister eine herbe Kritik geübt und gefordert, daß dieses System entschieden beseitigt werden müsse. Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, daß bei denjenigen Arbeitgebern, die wohl die Forderungen bewilligt, jedoch die Unterschrift versagt haben, die Arbeit so lange ruhen muß, bis die Kommission andere Bestimmungen getroffen hat. Nach den Ausführungen der verschiedenen Redner kann im allgemeinen die Situation als eine sehr günstige bezeichnet werden.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervtöden bei Bestellung umsonst. Gudel, Kaufherplatz 2, Etkofferstr. 12

M. J. Hahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8. Patentinachsichtung und Verwertung. [45068] Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Bekanntmachung. Die Schweine-Engros-Schlächterei 19 Holzmarktstr. 19. Gede Michaelbrücke. Der Detailverkauf zu Engrospreisen wird ohne Erhöhung fortgesetzt. Preisfournant.

Schweinefleisch v. allen Theilen	50 Pf.
Kaffee, Carbonade	65
Rind-, Kalb-, Hammel-, Fleisch	50
Keule	60
Schweinebauch, Diefen und	
Näckenfett	45
Schweineköpfe	20
Heines selbst ausgebr. Schmalz	45
Buchschmalz	25
Alle Sorten Wurst zu Engrospreisen.	
Salami-Schlackwurst	80 Pf.
Braunschwärzer, ff. Leber- und	
Jungenwurst	75
Thüringer-, Polnische- und	
Mettwurst	55
ff. Zwiebel-Leberwurst	50
Premwurst	50
Jeden Dienstag und Freitag frische	
Rind-, Kalb-, Hammel-, Leber und	
Lungen etc.	

Unserem Klub-Budifer Reih. Streik zum 30. Diegenfeste die besten Glückwünsche. 8456

Mehrere Mitglieder des Diskurklub August Geib.



Goldin-Remontoir-Jäger-Uhr
garantirt auf sechs Jahr ML. 4.50, Goldin-Damou-Water-Uhren nur ML. 5.50, Goldin-Winge u. Seiten u. ML. 1.50, ausgezeichnete Federuhren nur ML. 3.-; zahlreiche Reparaturen. Versand durch Reich's Neuheiten-Betrieb in Berlin G. Geydstr. 5.

Feuersbrünste
haben oft genug beim Gebrauch des gefährlichen Benzins Haus und Hof verunstet und Menschenleben gefährdet. **Opal-Flammenwasser** ist nicht feuergefährlich oder einseitig nur gegen Fettflecke wirksam wie Benzin, oder giftig wie Kesselfalz, oder ätzend wie Chlor, oder riechend wie Salmiak und Benzin, und enthält unter Garantie wie Seife die Vorzüge jener Mittel in sich vereinigt, ohne deren Nachtheile zu theilen. Preis 30, 50 und 80 Pf. Erhältl. in Droguenhandlungen.

Broekhaus Verikou, Meyer, Schim's Thierleben, Bücher jeder Wissenschaft lauff Antiquariat Kochstr. 56.

Sicherste Anlage für kleinere Kapitalien
Vorort Kolonie Bruchmühle, Station Friedersdorf, billiges Bauverrain, Ruhe 8 Mark. Näheres unter M. M. 1000 Postamt 52. 824b

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Mitschke, gegründet 1872, Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbusser Thor. 42708



Usedom-Strasse 21. Bestes Fabrikat. Billigste Preise. Ungenirtes Saalunterricht. Reparatur-Werkstatt. 847b
Usedomstraße 21 I, also kein Laden.

Es ist kein Wunder
wenn die Leute selbst aus den Vororten ihren Bedarf in

Hosen
aus Stoff, Leder und Zwirn nur direkt aus der Fabrik
Gormannstr. 2, 1 Tr. Ecke Rosenthaler- u. Weinmeisterstraße bezogen.
Die Leistungsfähigkeit dieser Firma ergibt sich durch folgende Faktoren:
Spezialgeschäft. 47278
Eigene Fabrikation.
Keine Ladenmiete.
Bedeutender Engrosabsatz.
Verkauf nur per Kasse.
Geringe Geschäftskosten.

Chrenzerklärung.
Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn A. Neumann, Georgenkirchstr. 47, ausgesprochen habe, nehme ich zurück und erkläre denselben für einen ehrlichen Mann. A. Magill. | 848b

Herren- und Knabenhüte, neu, wegen Erspatnis der Ladenmiete zu billigsten Preisen.
Hutlager 889b
Reichenbergerstr. 60.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.
A. Günther, Frankfurter Allee 16. 4817*

Charlottenburg!
Stimmbegabte Genossen, welche Lust haben, einem Arbeiter-Gesangverein beizutreten, können sich melden bei
G. Beyer, Wallstr. 96, pt.

Mache die Parteigenossen u. Freunde auf meinen **Milch-, Sahnaaren- u. Genossenschaftsbrot-Verkauf** aufmerksam.
Hermann Scholz, 832b
Gustavenstr. 81.

Schlafstelle zu verm. b. Heddermeier, Andreasstr. 20 Hof 2 Tr. 841b

Saubere Schlafstelle, 6 M., Königsbergerstraße 1, 4 Tr. b. Wwe. Wöschke.
Arbeitsmarkt.
Krankenkasse
sucht einen Haupt-Agenten und einige Agenten.
Offert. sub U. R. 495 an Haasonstein & Vogler A. G. Berlin SW. 19.
Einen Kartonzuschneider verlangt
S. Winkel, Strausenerstr. 42. 848b

Schuhmacher auf Saffian-Reifschuh verlangt sofort 48182*
Emil Pinner Nacht,
An der Stadtbahn 41.

Arbeiterinnen
auf Wasch-Knabenanzüge finden sofort dauernde Beschäftigung bei 48208*
Jullus Fromberg, Alexanderstr. 27 B

Lehrling für Klempnerei verlangt
L. Prass, Blücherstr. 31.

Lüchtige Schlosser werden gef.
Richard Kochly, S. Pringelstr. 34.

Plätterinnen [827b
auf Steh-, Umlegebagen, Manschetten, Servietten finden in und außer dem Hause dauernde Beschäftigung.
Felix Sarpe, Blumenstr. 70.

Ein tüchtig. Landhofs-Gärtner sucht noch tags- auch stundenweise Beschäft. Off. N. F. Weiß, Berlin W. Goltzstr. 35, Quergebäude links I. 842b

Rodarbeiter verl. Hollmannstr. 43 III.

Baroque-Vergolderinnen
verlangt Kottbusser-Damm 100. [833b

Karton-Arbeiterinnen u. Lehrmädchen
verl. A. Eisenstadt, Deutstr. 6.

Ein tüchtiger Metallgießer,
erster selbständiger Arbeiter, für den Guß von Beleuchtungs-Laternen (Kronleuchtern, Wandarmen etc.) für eine norwegische Fabrik gesucht.
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen unter Nr. 33 an die Verbandsstelle dieser Zeitung zu richten. 47642*

Karton-Arbeiterinnen finden lohnende Beschäftigung Kirstein u. Co., Inhaber Weidmann, Neue Königstr. 39.

Sozialdemokratische Parteitage.

Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Prag, 9. April. Vom Schluß der gestrigen Sitzung ist noch ein Beschluß nachzutragen. Prähauer-Salzburg und Genossen brachten einen Antrag ein, in dem die Entlastung des Parteitag darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß die vor vielen Jahren zu schweren Kerkerstrafen verurteilten Sozialdemokraten noch immer in der Strafanstalt Woz bei Pilsen schmachten und der letzten Amnestie für politische Gefangene nicht teilhaftig geworden seien. Noch immer werden sie wie gemeine Verbrecher behandelt. Es handelt sich um die Genossen Cerny und Paces, von denen der erste zu 15, der zweite zu 16 Jahren schweren Kerkers wegen ganz geringfügiger Vergehen verurteilt worden sind. Der Abg. Bernerstorfer möge sich dieser Armen annehmen. — Abg. Bernerstorfer versprach, das seinige zu thun, und der Parteitag nahm den Antrag einstimmig an.

Die Debatten über die Organisation und Taktik wurden in der Vormittags-Sitzung noch nicht zu Ende geführt. Die Zahl der zum Wort gemeldeten Redner — mehr denn hundert — und der Anträge — mehr denn dreißig — beweist, welche Wichtigkeit der Parteitag diesen Fragen beimißt, die für die innere Entwicklung der Partei ja auch von großer Bedeutung sind. Hier kann der Gang der Debatte nur in allgemeinen Umrissen skizziert werden.

Regier.-Ordnung: Wir sollen die bestehende Organisation ausbauen, nicht ändern. Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften darf man nicht in einen Topf werfen; ich glaube aber nicht, daß wir auf diesem Parteitag in der Frage der Genossenschaften feste Beschlüsse fassen sollen. Ich möchte, daß eine Kommission gewählt wird, um dem künftigen Parteitag Bericht über das Genossenschaftswesen zu erstatten.

Schuhmeier: Wien: Zur Parteigehörigkeit soll nicht geistige oder materielle Unterstützung notwendig sein, sondern geistige und materielle Unterstützung. Jeder Genosse muß verpflichtet werden, einer Partei-Organisation anzugehören. In unserer Partei macht sich — besonders in Wien — ein gewisses Parteigeistertum bemerkbar; wir werden in Zukunft, wo wir über Mandate zu verfügen haben werden, viel vorsichtiger sein müssen. Wir wünschen eine andere Organisation der Parteiververtretung. Die Kontrolle durch die Provinzgenossen konnte bisher nur nominell sein. Die Parteiververtretung muß verpflichtet sein, in wichtigen Fällen eine Reichskonferenz einzuberufen, zu der jede Kreisorganisation auf ihre Kosten einen Vertreter entsendet. Die niederösterreichische Landesvertretung beantragt, daß der Parteivertrag acht Genossen und fünf Kontrolleure, darunter zwei an dem Sitz der Parteiververtretung, angehören sollen. Dem Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ soll nur eine beratende Stimme in der Landesvertretung zustehen; so wird am besten die unrichtige Anschauung widerlegt, daß Dr. Adler die Partei beherrsche. Vor allem muß die Landwirtschaft in der Partei besser geregelt werden. Der Ausschluß der Frauen von der Delegation zum Parteitag ist daraus zu erklären, daß wir Sondergelüste nicht unterstützen wollten. Wir haben neben den organisierten Arbeiterinnen leider auch Frauen, die in Spezialpolitik machen und die weibliche Seite des Parteigeistertums ausmachen.

Rieger-Brinn tritt für eine Verminderung der Zahl der Kreisorganisationen ein.

Schiller-Reichenberg beantragt: Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften nichts gemein. Dieselben bilden in der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise nur eine Insel, welche von den Fluthen des Konkurrenzkampfes leicht hinweggeschwemmt werden kann. Es ist daher die größte Vorsicht anzurufen, ehe Genossen an die Gründung solcher Körperschaften schreiten. Es sprechen eine Reihe weiterer Redner.

Vorlesender Popp: Jetzt sind nur noch 60 weitere Redner vorgemerkt. (Große Heiterkeit.)

Der gestern mitgetheilte Antrag der tschechischen Delegation über die Vertretung der verschiedenen Nationalitäten in der Parteiververtretung ist zurückgezogen und durch folgenden neuen ersetzt worden, der auch die Unterschriften der Mitglieder der bisherigen Parteiververtretung trägt:

„In die Parteiververtretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um ständige Fühlung zu vermitteln. Die politische Leitung der Gesamtpartei liegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich ob, die sich aus den Vertretungen oberer Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen und polnischen Organisation zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen bedarfs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen.“

Refel-Orag: Die Grundursache der Anzuchtlosigkeit liegt in Oesterreich an dem Mangel an genügenden Kräften. Die vorhandenen werden von beiden Bewegungen einander freitig gemacht. Redner spricht sich scharf gegen die Konsum- und Produktionsgenossenschaften aus. Sie korrumpieren die Partei und verfahren zur Postenjägeri. Vom Parteiprinzip dürfen wir nicht verpflichtet werden, verbranntes Brot aus einer Produktiv-Genossenschaftsbäckerei, schlechte Stiefel aus einer genossenschaftlichen Schuhfabrik und lüderliche (weich werdende) Hüte vom Genossen Hutmacher zu verbrauchen. (Heiterkeit.) Auch das Parteigeistertum muß bekämpft werden. Doch wird es damit nicht eher besser werden, bis die Arbeiter aufhören zu meinen, wenn einer mit einer Brille kommt, es sei ein Gott vom Himmel heruntergefallen. (Große Heiterkeit.)

Auf Antrag Refel's wird für die 48 Anträge, die noch und nach eingelaufen sind, eine Redaktionskommission von 9 Mitgliedern gewählt.

Hüber-Wien nimmt namens der Gewerkschaftskommission Stellung zu den vorliegenden Fragen. Er beantragt folgende Resolution:

In Erwägung, daß die Gewerkschaftsorganisation, die auf Grundlage der Industrie-Gruppenbildung aufgebaut ist, sich als ein vorzügliches Mittel erwiesen hat, die Massen heranzuziehen und widerstandsfähig zu machen; in weiterer Erwägung, daß diese Organisationsform am besten geeignet ist, eine der wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Programmes praktisch durchzuführen, indem sie die Arbeiter physisch und geistig kampffähig macht, wodurch der Sozialdemokratie immer mehr fähige und verlässliche Streiter zugeführt werden; in endlicher Erwägung, daß sich noch viele Parteigenossen ihrer Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht bewußt sind und deren Bedeutung für die Partei unterschätzen, weshalb es noch nicht gelungen ist, die Arbeiter der wichtigsten Industriezentren Oesterreichs in größerer Zahl für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, beschließt der Parteitag folgendes: Es wird den Parteigenossen nicht nur zur Pflicht gemacht, sobald die Möglichkeit vorliegt, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sondern es ist auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft bei allen Anlässen zu fördern, die von den Delegierten, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften gestiftet werden.

schlüsse, insofern dieselben den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen, anzuerkennen und für deren Durchführung zu wirken.“

Redner verlangt die Zentralisation der Parteimittel in der Hand der Parteiververtretung. Von den starken Organisationen muß genommen und den schwachen gegeben werden. Für die Zukunft hofft Redner die Beseitigung des föderalistischen Charakters der Partei. Jetzt ist unsere Organisation zerrissen: Was wir brauchen, ist keine deutsche, tschechische, polnische Organisation, sondern eine sozialistische, straff zentralistische Organisation.

Genossin Popp-Wien begründet ihren Antrag, daß den Arbeiterinnen das Recht gegeben werde, sich frei zu organisieren. Unter dem Beifall der Delegierten weist sie die Angriffe Schubmeier's auf das weibliche Parteigeistertum zurück. Wir wollen keinen andern Separatismus, als die Unabhängigkeit von der Günst- oder Ungünst der einzelnen Parteigenossen!

Dr. Adler: Die vielen Anträge zur Organisation beweisen, daß unsere Organisation noch nicht abgeschlossen ist, noch keine Geschichte hat. Den Frauen muß jede Organisation gegeben werden, die sie wünschen. Die Organisation der Frauen muß mit aller Rücksicht gefördert werden. Für die Konsumgenossenschaften darf die Partei keine Verpflichtung übernehmen. Der wichtigste Antrag ist der von den Vertretern aller Nationalitäten gestellte, der den weiteren Ausbau unserer Organisation betrifft. Es war ein schweres Stück Arbeit; aber nicht von uns ist der Karren verfahren worden, sondern durch Jahrhunderte langen Blödsinn, Bosheit und Nachlässigkeit. Wir sind die Partei, die über die nationalen Schwierigkeiten hinwegkommen wird. Wir wollen nicht die Nationalität, wie ein tschechisches Blatt hier geschrieben hat, beseitigen. So dumm sind wir nicht, die Natur berichtigten zu wollen und alles gleich zu scheeren. Wir wollen die Nationalität nicht zum Streitapfel machen, wir wollen ein gemeinsames Ganze bilden, wo keine Nation die andere unterdrückt, wo jede der andern hilft. (Lebhafte Beifall.) Die vorgeschlagene Resolution ist ein weiterer Schritt zu diesem Ziele. Die straffe Zentralisation, die Genosse Puder wünscht, würde diese Wirkung nicht haben. Das mocht sich auf dem Papier ganz gut, ist schon in der Theorie, aber unmöglich in der österröichischen Praxis. Wir haben ein gemeinsames Ziel, wir vereinbaren uns aber die Taktik, aber wir lassen den Nationalitäten volle Autonomie in der politischen Organisation. Auf diesem Wege werden wir aller Schwierigkeiten Herr und uns wird die geschichtliche Ehre zufallen, aus unserem verfluchten, elenden Lande etwas Vernünftiges, Modernes, etwas Europäisches zu machen. Wir haben mit einander gefochten und gelitten, wir werden mit einander zu siegen verstehen. (Lebhafte, wiederholte Beifall.)

Die Sitzung dehnt sich bis in die Nachtstunden aus.

Zweiter Jahreskongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Niederlanden.

Der während der Osterfeiertage in Utrecht abgehaltene Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Niederlanden war ein Beweis dafür, daß die niederländischen Sozialisten, soweit sie sich nicht in die Arme des Anarchismus geworfen haben, endgiltig mit der Phrase gebrochen haben. Nicht nur, daß Genosse Dr. P. J. Troelstra in seiner Eröffnungsrede mit besonderem Nachdruck dasjenige, was uns von den Sozialistenbündlern, deren Moral tagtäglich eine lezere wird, trennt, hervorhob und nachweist, daß die Bourgeoispreß Unrecht hat, diesen „revolutionären“ Maulhelden den Ehrennamen Sozialdemokrat beizulegen, die ganze Tagesordnung liefert den Nachweis, daß auch die niederländische Sozialdemokratie mit Ernst die Frage der praktischen Politik zur Hand nimmt. Wir brauchen nur auf die Agrarfrage hinzuweisen, deren Diskussion von P. J. Troelstra eingeleitet wurde. In seinem Referat wies P. J. Troelstra auf die Notwendigkeit hin, die Bewohner des platten Landes zu revolutionieren. Die Entwicklung der Landwirtschaft helfe bei dieser Arbeit. Obgleich eine Zunahme der Hypothekenschulden unter Umständen auch theilweise auf einen zufälligen Fortschritt zurückzuführen sei, weise der Umstand, daß im Jahre 1889 die Zahl der Hypothekenschulden 479 Millionen Gulden betrug und 1894 schon auf 1190 Millionen Gulden gestiegen war, doch auf einen kolossalen Rückgang des Bauernstandes hin. Die Enteignung der Grundbesitzer, die nicht zugleich große Kapitalisten sind, nehme fortwährend zu. Wir leben in einer agrarischen Krise, deren Ursache die nämlich sei als die der industriellen Krise: die Herrschaft des internationalen Großkapitals, das auch den internationalen Verkehr beherrscht. Wo der Frachtpreis von 50 Kilogramm Getreide von Amerika nach Holland thatsächlich billiger sei als der Frachtpreis derselben Quantität von dem Dorfe nach der Stadt, da werde das Konkurriren unserer Bauern einfach unmöglich. Vom internationalen Großkapital werde der Bauer in die Arme des nationalen Großkapitals getrieben, und in dieser Umarmung werde er zerdrückt. Der selbständige Bauer sinke zum Pächter herab und werde als solcher das Opfer eines rücksichtslosen Pächterdiebstahls. Daß der Pächter die Pacht mindestens so schlimm sei, als der Lohn-diebstahl, ergebe sich daraus, daß es nichts Angerechteres ist, wenn der Landherr aus einem Stück Land jährlich zweitausend Gulden Pacht zieht, während der Pächter für sein sich abradern nur 750 Gulden bekommt. Unter solchen Verhältnissen leide die Landwirtschaft. Im Gegensatz zu der Industrie habe die Revolution in der Landwirtschaft zur Folge, daß der Kleinbetrieb zunimmt, was Redner für einen Nothbehelf hält. Bis jetzt überleben die Bourgeoisparteien die Bauern ihrem Schicksal. Das neue Wahlrecht wird aber eine ganze Anzahl von Kleinbauern den Weg zur Wahlurne eröffnen und jetzt auf einmal werfen sich die Bourgeoispolitiker wie die Geier auf das platte Land. Der katholische Klerus habe schon eine große Mausefalle aufgestellt. Was die Bourgeoisparteien den Bauern bieten: Einbüßzölle, Verteuerung des Pachtvertrags u. s. w., könne dem Uebel nicht abhelfen. Sowohl Pächter als Arbeiter müssen Stellung nehmen gegenüber dem Großkapital. Diese beiden gehören beieinander. Sie sind beide die Opfer des Großkapitals. Deswegen befürwortet Redner die Gründung von Organisationen, welche aus Pächtern und Arbeitern zusammen bestehen. Das sei durchaus nicht unmöglich. Die ökonomische Entwicklung führe diese beiden Gruppen zusammen und, daß schon viele Bauern dies einsehen, ergebe sich u. a. daraus, daß Redner neulich von einem Bauernverein eingeladen wurde eine Rede zu halten, bei welcher Gelegenheit der Direktor einer Butterfabrik den Vorschlag machte. Wir müssen dem Bauer sagen, daß er auf die Dauer nicht zu retten ist. Die Enteignung wird fortwähren. Er hat aber dafür zu sorgen, daß nicht der Kapitalist, sondern die Gemeinde ihn enteignet. Deshalb müssen die zu gründenden Organisationen für die Gemeinden das Recht des Vorlaufs fordern. Des weiteren befürwortet Redner die Gründung von kooperativen Vereinen mit finanzieller Hilfe der Staatskasse. Er beantragt eine Resolution, welche den Zweck hat, Bauern und Landarbeiter zu gemeinschaftlicher Organisation aufzufordern. Diese Organisation kämpfe in erster Linie für das allgemeine Wahlrecht, und stelle dann ein Programm auf, das ihre gemeinsamen Forderungen umfasse, und es deutlich ausspricht, daß ihre endgiltige Befreiung im Sozialismus liegt.

In der Debatte spukt die Idee vom antioffiziellen Bauernschädel. Man ist allgemein der Meinung, daß die Bauern es nie einsehen werden, daß ihre Interessen in der Hauptsache dieselben sind, wie die der Arbeiter. Die Bauern werden sich nie mit ihren Arbeitern organisieren.

Genosse van Kol ist der Ansicht, daß die kooperativen Vereine ebensowenig konkurrieren können wie der einzelne Bauer. Wir können dem Bauer nur helfen, wenn wir ihn zum Sozialisten machen. Genosse Vliegen empfiehlt vor der Hand die antischutzökonometrische Propaganda und beantragt übrigens eine Resolution, welche den Parteivorstand beauftragt, eine Agrarkommission zu gründen. Diese Kommission soll sich eingehend mit der Agrarfrage befassen und Material zusammenstellen, um eine klare Uebersicht über die Lage von Bauern und Arbeitern und alle Detailpunkte der Frage zu ermöglichen. P. J. Troelstra stimmt dieser Resolution bei, welche darauf einstimmig zum Beschluß erhoben wird. Genosse van Kol sagt für die Untersuchungen der Kommission seine persönliche und finanzielle Unterstützung zu.

Bestimmte Maßnahmen der Regierung in Sachen der Arbeitseingesetzgebung veranlassen den Kongress, Stellung zu nehmen gegenüber der Thätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Eine Resolution des Genossen Vliegen wird angenommen, in der gefagt wird, daß man in dieser Sache keinen festen Standpunkt einnehmen kann, weil die Arbeit der verschiedenen Regierungen nicht auf einem festen Prinzip beruhe. Die Partei wird also jeden neuen Gesetzesentwurf an sich beurtheilen und nur solche Gesetze befürworten, welche die Macht der Arbeiterklasse vergrößern.

Bezüglich der von der Regierung beantragten Arbeitskammern wird nachstehende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß der anhängige Gesetzesentwurf zur Gründung von Arbeitskammern ansieht von dem Prinzip, daß Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit möglich ist, — daß im Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Arbeitskammern mit bindender Kraft für ihre Beschlüsse gefordert werden, und dieses wichtige Element im vorgeschlagenen Entwurf fehlt; — daß der Entwurf den Arbeitern keine genügende Sicherheit giebt, daß sie in voller Freiheit die ihnen zuerkannten Rechte ausüben können; — daß Arbeitskammern, in soweit sie die Funktionen eines ratgebenden Körpers haben, nur aus Arbeitern zusammengesetzt sein müssen, weil die Arbeitgeber in den Handelskammern schon eine derartige Einrichtung besitzen; — erklärt der Kongress, nicht mit dem Prinzip des Entwurfes einverstanden zu sein und diesen Entwurf daher nicht unterstützen zu können. Der Kongress ruft die Arbeiter auf, die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu führen in ihren Bestrebungen, ein Wahlrecht zu erkämpfen, das uns eine Regierung besorgt, die in dieser Sache bessere Arbeit liefern kann.“

In einer anderen Resolution fordert der Kongress die Abtheilungen der Partei auf, in ihren Gemeinden bei den Gemeinderäthen um Nahrung der Schulkinder auf Kosten der Gemeinde zu petitioniren.

Bezüglich der Raifeier wird beschlossen, daß diese ausschließlich der Propaganda für den gesetzlich geregelten Nachmittagsdienstbar gemacht wird, wodurch sie sich zugleich zu einer Rundgebung für das Allgemeine Wahlrecht gestalten wird.

Weil die Tagesordnung des internationalen Kongresses in London noch nicht erschienen ist, kann dieselbe nicht zur Verhandlung kommen. Der Kongress beschließt, mindestens drei Delegierte zu entsenden und beauftragt die Genossen van der Goez und Polat im Namen der Partei in der englischen Parteipresse den Verleumdungen, welche von holländischen Anarchisten in dieser Presse über unsere Partei verbreitet werden, entgegenzutreten. Im Auftrag des Kongresses wird van der Goez in englischer Sprache eine Schrift abfassen, worin die Rolle des Herrn Domela Nieuwenhuis in der Arbeiterbewegung klargestellt wird. Am Kongress nahmen, abgesehen von zahlreichen Besuchern, 44 Delegirte teil. Mit den zu Prag und Charleroi tagenden Kongressen der österröichischen und belgischen Arbeiterparteien wurden Begrüßungstelegramme gewechselt. Auch kam von William Thorne ein Telegramm ein, worin die Partei dringend ersucht wurde, den Londoner Kongress zu besuchen. Nachdem Genosse van Helldingen den Kongress geschlossen hatte, ging man unter begeisterter Abfindung der Arbeitermarzschalle auseinander.

Schweizerischer Arbeitertag.

Im Gemeindefaale des Stadthauses von Winterthur versammelten sich am 6. April die Delegirten des Schweizerischen Arbeitertages zum IV. Arbeitertage. Namens der Stadt entbot der Stadtpräsident Geilinger freundlichen Willkommensgrüß. Er wies darauf hin, daß im gleichen Saale 1874 der erste Schweizerische Arbeitertag abgehalten worden ist, der sich bereits mit der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung und der Kranken- und Unfallversicherung beschäftigt. Der erste Idee habe sich vor einigen Jahren der Herrscher eines unserer mächtigsten Nachbarreiche angenommen, aber leider nicht zu Ende geführt. Bezüglich der Kranken- und Unfallversicherung hofft der Redner deren baldige Durchführung und zum Schluß wünschte er den Verhandlungen besten Erfolg zum Wohle des Volkes und zur Ehre des Landes. Präsident Werner theilte in seinem Eröffnungsworte mit, daß sich der Schweizerische Eisenböhnerverband mit 15 000 Mitgliedern dem Arbeitertage angeschlossen hat.

Als erster Punkt wird die Agrarfrage behandelt. Der Referent Dr. Decurtius verbreitete sich in sehr interessanter Rede über die Handhabung des schweizerischen Wahlrechts seit Jahrhunderten und erinnerte an Ulrich von Hutten, Thomas Murner, Josef Görres, an die polnischen, italienischen und deutschen Flüchtlinge, an Mazzini, Napoleon u. c., die in der Alpenrepublik eine ruhige Stätte gefunden haben. Bei den italienischen und deutschen Flüchtlingen der vierziger Jahre war die Situation so, daß ihre Gesinnungen und Bestrebungen übereinstimmten mit denen der Mehrheit des Schweizervolkes, das ihnen denn auch die wärmsten Sympathien entgegenbrachte und sie unterstützte. Anders ist es heute gegenüber den Sozialdemokraten und Anarchisten, auf deren Seite die Mehrheit des Volkes nicht steht. Eingehend wurde sodann die bismarckische Politik mit dem Sozialistengesetz und der Polizeipraxis, die Unterdrückung des Zürcher „Sozialdemokrat“ und die Ausweisung seiner Redakteure behandelt. Man hat dem „Sozialdemokrat“ seine Sprache zum Vorwurf gemacht und damit auch die gegen ihn gerichteten Maßnahmen begründet; die Sprache der Emigranten ist immer hart, allein im Vergleich mit der Sprache anderer Emigranten, z. B. der adligen, französischen Emigranten zur Zeit der großen Revolution, war die Sprache des „Sozialdemokrat“ anständig, mild und ruhig. Nach der Affäre mit dem „Rothem Teufel“ bot die Sprache des „Sozialdemokrat“ keinen Grund mehr, um gegen ihn vorzugehen. Die dennoch Ausgewiesenen konnten sagen: So lange die Bewegung gegen das Königthum von bürgerlicher Seite ausging, war sie recht, da sie aber von den klassenkämpfenden Sozialdemokraten geführt wird, erfolgen die Maßregelungen. Die Sozialdemokraten haben immer betont, daß sie keine Revolution mit Hengabeln u. c. wollen, sondern eine solche durch die Verhältnisse, welche ja auch andere Leute wollen. Zum Träger unseres Anstrengens sollte sich die Arbeiterklasse machen, die Arbeiter sollten sich dafür einsehen, daß es auf breiter Grundlage ge-

handhabt wird. Das Beste ist, den Angeklagten vor Gericht zu stellen, das aber nicht über Gefinnungen entscheiden soll, sondern darüber, ob der Fremde sich gegen die Gese vergangen hat. — An die beifällig angenommene Rede knüpfte sich eine kurze Diskussion, wonach eine von Decurtius beantragte, auf Vorschlag der Genossen Lang und Mettler abgeänderte Resolution angenommen wurde, die zufolge die Ausweisung nur noch Fremde treffen soll, die die innere und äußere Sicherheit der Schweiz gefährden; weiter soll die Ausweisung nur auf Urtheil des Gerichts und nur zeitlich beschränkt erfolgen.

Hierauf hielt Scherrer aus St. Gallen über die Kranken- und Unfallversicherung einen Vortrag, der die hiesigen Gesetzentwürfe über diese Materie in ihren wichtigsten Punkten behandelte. Schließlich beantragte er, daß im Sinne derselben vom Bundesvorstande eine Eingabe an die Bundesbehörden zu machen sei, für die vorher noch weitere Wünsche aus der Arbeiterschaft entgegenzunehmen seien und schließlich die endgiltige Stellungnahme des Arbeiterbundes zu erfolgen habe, wenn die Gesetzentwürfe die Beratung der Bundesversammlung passirt haben. In der Diskussion beantragte Lang, daß die Berufskrankheiten ausschließlich als Unfälle behandelt werden und die Kranken- und Unfallversicherung eidgenössische — nicht kantonale — Institutionen sein sollen. Alle diese Anträge wurden angenommen.

Ohne Debatte wurde Genosse Greulich wiederum als Arbeiterssekretär auf eine neue Amtsdauer bestätigt und ihm zugleich der Dank für seine Leistungen votirt.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit einem Referat des Genossen Reimann über die Berufsgenossenschaften. Die Frage ist bereits 1890 auf dem Arbeitertage in Olten behandelt und seitdem in den Kreisen der Arbeiter wie der Unternehmer wiederholt besprochen worden; denn die Berufsgenossenschaften werden nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Unternehmern, so vom schweizerischen Gewerbeverein, verlangt. Als wesentlichsten Vortheil der Berufsgenossenschaften bezeichnet der Referent besser geordnete Arbeitsverhältnisse, Schlichtung von Streitigkeiten und Verhütung von Kämpfen, wie wir sie schon manchmal erlebt haben und wobei meist beide Parteien schwer geschädigt werden. Reimann beantragt, daß der Bundesvorstand beauftragt werde, sich mit anderen Interessengruppen, insbesondere mit dem schweizerischen Gewerbeverein, in Verbindung zu setzen, um durch Eingaben oder wenn nöthig durch eine Initiative sowohl die verfassungsmäßigen Voraussetzungen als auch direkt ein Bundesgesetz über die Berufsgenossenschaften zu bewirken. Dr. Decurtius trat für obligatorische Berufsgenossenschaften ein. Lang dagegen beantragte, eventuell auch in Bezirk und Gemeinde, nicht bloß, wie Reimann in seinen Thesen sagt, für das ganze Land — fakultative Berufsgenossenschaften mit verbindlicher Wirksamkeit zuzulassen. Greulich unterstützte Reimann und wendet sich gegen die Lang'schen Anträge, die auch Seidel bekräftigt hatte. In der Abstimmung wurden die Reimann'schen Thesen angenommen mit der Offenhaltung der Frage, ob die Bundesversammlung oder eine andere Behörde die zweite Refurmsinfang sein soll.

Die welschen Delegirten geben hier eine längere Erklärung zu Protokoll, worin sie die Erwartung aussprechen, daß der Arbeitertag die romanische Schweiz mit einer angemessenen Vertretung im Bundesvorstande berücksichtigen und dieser einen romanischen Adjunkten des schweizerischen Arbeiterssekretariats mit sich in der romanischen Schweiz wählen werde.

Ueber die Erweiterung der Gastpflicht referirte Dr. Feigenwinter von Basel. Lang beantragte, darauf hinzuwirken, die jetzt bestehenden drei Gastpflichtgesetze zu einem

einheitlichen zusammenzuziehen. Dieser Antrag sowie die Thesen des Referenten wurden angenommen.

Ohne Debatte und Widerspruch wird einer Resolution auf Revision des Fabrikgesetzes zur Einführung des Zehntundertages zugestimmt, desgleichen der Resolution des Dr. Sourdebe auf Revision des Rubetagesgesetzes für die Eisenbahnen im Sinne der Einführung des Zehntundertages.

Nach den Vorschlägen einer Vorversammlung wurden von den Verbänden, welche dem Arbeiterbund angehören, 54 Mitglieder in den Bundesvorstand gewählt, darunter die Genossen Lang, Mettler, Werner, Zuberbühler, Dr. Benz, Paul Brandt, Scherrer, Laublin, Keel, Siebenmann, Schrag, ferner Dr. Sourdebe, Dr. Decurtius, Professor Dr. Beck und andere.

Am 6 Uhr abends wurde der Kongreß vom Präsidenten Werner mit wenigen Worten geschlossen. — Anwesend waren 426 Delegirte, welche 200 000 Arbeiter vertraten.

Versammlungen.

Der Verein der Plätterinnen und Berufsgenossen hielt am 27. März eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Herr Möring einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Nach einer regen Diskussion beschäftigte sich die Versammlung mit der Stellungnahme zum 1. Mai. Es wurde beschlossen, daß sich der Verein der Feier in einem noch näher zu bestimmenden Wahlkreise anschließt. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß den Textilarbeitern in Kottbus 25 M. und den Konfektionsarbeitern 50 M. vom Vorstand überwiesen wurden.

In einer Versammlung der Rohrleger, die am 29. März tagte, hielt Genosse Willard einen Vortrag über die Sicherstellung des Arbeitslohnes und der Pauschwindel. Hiernach erstattete der Vertrauensmann Bericht über seine von ihm im letzten Jahre entfaltete Thätigkeit. An stelle desselben wurde Karl Meißner, Pöcklerstr. 11 wohnhaft, gewählt. Alle die Branche interessirenden Angelegenheiten, wie auch der Markenbezug, sind fortan mit dem neugewählten Vertrauensmann zu regeln. Es wurde dringend gewünscht, daß die Kollegen eifriger das Material über die mangelhaften Verhältnisse einreichen mögen, damit die Uebelstände, die so zahlreich in der Branche vorhanden sind, der Oeffentlichkeit übergeben werden können. — Am 12. April findet wieder eine Rohrleger-Versammlung statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Oeffentl. Bauern in beiden Schulen vom 2. — 12. April. Wiederbeginn des Unterrichts am Dienstag, den 14. April. Freizeitschule. Montag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr. Alexanderstr. 27c. Englischer Garten: Beschließende Versammlung. Wohl des Vorstandes und der übrigen Gemeindegliedern. Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Billale Berlin 1. Montag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Witz, Androssstr. 24: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Kassenbericht. Vorhandswahl.

Arbeiter - Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, vormittags präz. 10 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Achtung! Schäfte-Arbeiter und Arbeiterinnen! Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, in Scherers Salon, Inselftr. 10: Große öffentliche Versammlung. Wichtige Tagesordnung, Stellungnahme zum 1. Mai. Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Christliche Gesellschaft. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Hoffmann, Alexanderstr. 27c. Versammlung. Vortrag des Pred. Ida Wilmann über: „Die Religion unserer schmerzlichen Brüder.“ Nachdem: Geistesreiches Besinnungs- und Tanz. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Deutsche Gesellschaft für eibische Kultur. Sonnabend, den 11. April: Dr. Woulet (Verfallenes Ecole normale): „Zum französischen Moralunterricht.“ Diskussion. Gütlich willkommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann's Park), Alexanderstr. 27c. Musikalische-Sitzung. Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Hüte Parteigenossen!
nur mit **Hüte Kontrollmarke,**
Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2.
Edele Schalterstr. 2.

Friedrich Garth,
Schuhmachermeister, 46811.
27. Brunnenstr. 27.
Schuh- u. Stiefel-Lager.
Mass- und Reparaturarbeiten - Werkstatt.
Gute Waare. Mäßige Preise.
Vorzügliche Passform. Reelle Bedienung.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn,** Am Stadtbahnhof „Börse“
Ecke Neue Promenade

Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Kaufen Sie nicht
bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass kein
die „Mittelschle Bezaugnisse für Hüte“ ist
Herrenhüte, steif u. weich à 2,- 2,50 3,- 3,50
do. w. Haarfilz à 5,- 6,- 7,-
Kinderhüte u. Kostümhüte à 0,75 1,- 1,25 1,50 1,75 2 2,50
Cylinderhüte, Reisshüte, Tarnhüte, weiche Damenhüte und
Mädchenhüte etc.
bei **Oscar Arnold, Hut-Engros-Lager**
Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz (keine Laden).
Controlmarken-Hüte sehr billig! Diese beziehen nachweislich
zur aus der Genossenschafts-Fabrik.

Möbeltischlerei
u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider
Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
4594L.
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Musikmöbel Spottb. Rosenthaler-
straße 4 III, Bildbauer.
„Zum Bruder Heinrich“
14 Blumenstraße 14.
Weiss-, Bairisch-, Kulmbacher Bier.
Kuchendahl in kalten u. warmen Speisen.
Sonntags: Humorist. Unterhaltung.

Englischer Garten.
Alexanderstr. 27c.
Saal zu 500 Pers. mit Garten und
Kaffeehaus unentgeltl. u. verg. [4502L*]

Reichsgarten
Friedenstr. 20
(Ede Schalterstr. 20)
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeehaus von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Meinen alten Kunden und
Freunden zur Nachricht, daß ich mein
Gartenlokal in dieser Saison wieder
selbst bewirtschafte. H. Koslowski.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neu eingerichtetes
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal mit
Vereinszimmer. Hermann Bobert,
Ursedomstraße 28. 725b

Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch
einige Sonnabende zu vergeben. [4263L]

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Am 1. 1082. 4501L*
Empfehle meine Säle zur Abhaltung
von Festlichkeiten und Versammlungen
zu kulantesten Bedingungen.

Oranienburg.
Waldhaus Sandhausen,
nahe dem Lehnitz- u. Grabowsee,
Fünfzehn Minuten vom Bahnhof rechts.
Empfehle den Genossen mein Lokal
zu Ausflügen. Dasselbe ist am Walde
gelegen, mit großem schattigen Vor-
und Hintergarten, gr. Pariser Tanzsaal,
Konzertbühne, für Gesangvereine vorz.
geeignet. Al. Saal für Gesellschaften u.
zur gef. Benutzung. 4696L*
J. Woyde, Gastwirth.
Einziges Verkehrslokal der Genossen
von Oranienburg und Umgegend.

Restaurant
zum Eichbusch
Neue Krug- Treptow Neue Krug-
Allee 4. Allee 4.
3 Minuten hinter dem Paradiesgarten.
Großer Tanzsaal.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Zimmer für Vereine und Gesell-
schaften unentgeltlich. 45709*
Georg Schulmeister.

Achtung! Träger und Trägerinnen, Achtung!
Lithographen, Steindrucker und Berufsg.

Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Gründel, Brunnenstr. 188, am Rosenthaler Thor:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohnreduktion an den Akkordpreisen der Träger und Trägerinnen
bei der Firma Wunsch u. Lange sowie die niedrigen Löhne der Steindrucker.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Wunsch u. Lange sind hierzu
besonders eingeladen. 102/7 Der Vertrauensmann.

Rohrleger u. Gehilfen!
Sonntag, den 12. April, vorm. 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Louisestädtschen Klubhaus, Annenstraße 16.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Retzoran über: „Was lehren uns die letzten
Lohnbewegungen?“ 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Rohrleger und
Gehilfen zum 1. Mai? 4. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen,
vollständig und pünktlich zu erscheinen. 280/20
Der Vertrauensmann.

Berliner Gewerbe-Ausstellung.
Couponbuch „Ideal“.
Der Werth dieses Buches beträgt 11,80 M.,
an Tagen mit Ausnahmepreisen sogar 15,25 M.
Verkaufspreis nur 4 Mark.
General-Vertrieb durch
Carl Stangen's Reise-Bureau,
Berlin W., Mohrenstraße 10.
Ferner zu haben
in sämtlichen Niederlagen der Firma
Loeser & Wolff.
Andere Biletbücher zu ermäßigten Preisen dürfen nicht verkauft werden.

Männer! Frauen!

Volkversammlung

am Sonntag, den 12. April, vorm. 10^{1/2} Uhr,
im Fern-Palast, Burgstraße 22, Ecke Volksgangstraße.

- Tages-Ordnung:**
1. Religionsfreiheit und der Austritt aus der Kirche.
 2. Freie Diskussion.

J. A. Ad. Hoffmann.

Die Herrn Geistlichen der betreffenden Kirchen und Synagogen sind brieflich eingeladen. Auch Herr Stöcker ist zu dieser Versammlung eingeladen. — Austrittserklärungen sind bei den Kommissions-Mitgliedern zu haben und werden auf Wunsch ausgefüllt.

H. Engles, Wallstraße 33. | H. Jaensch, Weidenweg 77.
Ad. Hoffmann, Blumenstr. 14. | E. Lindemann, Moritzstr. 9.
E. Menzel, Straßburgerstr. 25.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Montag, den 13. April, abends 8^{1/2} Uhr:

Volk-Versammlung

im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11-13.

- Tages-Ordnung:**
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht: Die Geschichte als Lehrerin.
 2. Diskussion.
- Mit Rücksicht auf das wichtige und lehrreiche Thema bittet um zahlreichem Besuch

Der Einberufer.

Metallarbeiter!

Sonntag, den 12. April, vorm. 10 Uhr,
im Luisenstädtischen Concerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Große öffentliche Versammlung
aller in Armaturenfabriken beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

Der Ring der Armaturen-Fabrikanten, der Neunstundentag und der 1. Mai. Referent Otto Naether.

Kollegen! Angesichts der hochwichtigen Tagesordnung ist es eure Pflicht, Mann für Mann in der Versammlung zu erscheinen, um Stellung zu nehmen zu den Abmachungen der Fabrikanten. Ganz besonders sind die Kollegen der Firmen Schäffer & Oehlmann, Bernh. Joseph, Butzke & Cie., Aktiengesellschaft, hierzu eingeladen.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Anklamerstraße 44.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltung Berlin.)

Bezirks-Versammlung

für den Wedding und Oranienburger Vorstadt
am Sonntag, den 12. April, vorm. 10 Uhr,
in Reichert's Festsälen, Müllerstraße 7.

- Tages-Ordnung:**
1. Vortrag.
 2. Diskussion.
 3. Abrechnung vom ersten Quartal 1896.
 4. Wahl der Bezirksleitung und der Hilfskassierer.

Bezirks-Versammlung für Moabit

am Sonntag, den 12. April, vorm. 10 Uhr,
im Saale des Herrn Fischer (Moabiter Klubhaus), Beusselstraße 9:

- Tages-Ordnung:**
1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn über: Feudalismus und Kunstwesen.
 2. Diskussion.
 3. Abrechnung vom ersten Quartal 1896.
 4. Wahl der Bezirksleitung und des Hilfskassierers.

Zu Unbetracht der reichhaltigen Tages-Ordnungen werden die Versammlungen pünktlich eröffnet. Zwecks Umänderung der Ordnungsnummern werden die Kollegen ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Wohnungsänderungen wolle man in die in den Versammlungen ausliegenden Wohnungslisten eintragen oder andernfalls sofort dem Zentralbureau, Fischerstraße 22, mitteilen.

Zimmerer.

Sonntag, den 12. April, vorm. 10^{1/2} Uhr,
in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstr. 21-22:
Grosse Versammlung

des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

- Tages-Ordnung:**
1. Bericht der Delegierten vom 1. Provinzial-Verbandstag der Provinz Brandenburg.
 2. Wahl von 3 Delegierten zur Agitations-Kommission der Provinz Brandenburg.
 3. Die stellen wir uns zu dem Beschluß der letzten öffentlichen Zimmererverversammlung.
 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Der Vorstand.

Rixdorf.

Sozialdemokrat. Verein Vorwärts.
Dienstag, den 14. April, abends 8^{1/2} Uhr,
im Lokal des Herrn Kummer, Berlinerstraße 55:
General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:**
1. Rassenbericht.
 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars.
 3. Neuwahl des Vorstandes.
 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

292/17

Der Vorstand.

NB. Die Urania-Billets (große Urania, Landenstraße) werden in der Versammlung ausgegeben.

Grünau. Gastwirthschaft Grünau.

von
Gustav Lindenhayn, Friedrichstraße 2.
Garten — Kegelbahn — Kleiner Saal mit Piano. Verkehrslokal des
Arbeiter-Bildungs- und Arbeiter-Gesang-Vereins.

Grünau. Grünau.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verwandten Gewerbe.

Generalversammlung
am 20. d. M. Oranienstraße 180, präz. 8^{1/2} Uhr abends.

- Tages-Ordnung:**
1. Verlesung der Protokolle.
 2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1895 und Decharge des Rendanten.
 3. Antrag Mehnert auf Gehalts-erhöhung der geringstbesoldeten Beamten.
 4. Antrag des Vorstandes auf Statuten-Änderung.
 5. Wahl von zwei event. drei Beamten.
 6. Antrag des Vorstandes auf Bewilligung von Manfogeld für den Rendanten.
 7. Antrag Herzhoff auf Bewilligung von Zahnplomben.
 8. Verschiedene Rassenangelegenheiten.
- Bei Nichterledigung der Tages-Ordnung findet ebendasselbst am 27. d. M. abends präz. 8^{1/2} Uhr die Fortsetzung der Verhandlungen statt.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

E. Hoffmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Rassenlokal jetzt:
Neu Kölln a. W. 23.

Am Sonntag, den 19. April cr., vormittags 10 Uhr, findet bei Brodnow, Sebastianstr. 39, eine Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unserer Kasse mit der Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle; 2. Bericht des Rechnungsausschusses und Dechargeertheilung; 3. Besprechung über eine event. Abänderung der §§. 18 oder 30 des Statuts; 4. Verschiedenes, statt.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

E. Schulz, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher.

Die ordentliche

General-Versammlung

findet Freitag, den 17. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Saale des Herrn Brodnow, Sebastianstr. 39, statt

- Tages-Ordnung:**
1. Rassenbericht.
 2. Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
 3. Besprechung über Stellungnahme der Kasse zur Kräftefrage.
 4. Verschiedenes.
- Die Mitglieder sowie Beitrag zahlende Arbeitgeber werden hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

E. Schulz, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

f. d. Gewerbe d. Verfertigung von Musikinstrumenten.

Generalversammlung

am Sonnabend, den 18. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Rosenthalerstr. 57.

- Tages-Ordnung:**
1. Jahresbericht für 1895.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Wahl eines Rendanten.
 4. Wahl eines Kassierers.
 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Delegierten ersucht

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Montag, den 20. April d. J., abends 8^{1/2} Uhr, in Poind's Salon, Weinstr. 11.

Ordentliche Generalversammlung.

- Tages-Ordnung:**
1. Rechnungslegung für 1895.
 2. Bericht des Rechnungs-Prüfungsausschusses und Entlastung des Rendanten.
 3. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen der Delegierten ersucht

Der Vorstand.

Sonnabend: Resterverkauf.

Anzug- u. Paletotstoffe

Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Neders Maas zu Espropreisen.

Empfehle meinen

Fest-Saal

nebst Vereinszimmer und großen Garten zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Julius Wernau,
Schwedterstr. 23/24.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

für
Bezirks-Versammlung Wedding a. Gesundbrunnen
am Montag, 13. April, abends 8 Uhr, in Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Was lehren uns die letzten Streiks. Referent Kollege Sellwig. 2. Diskussion. 3. Berichtangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

- Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:
- Für den Norden:**
Nappinerstr. 44 bei Raabe.
Treschowstr. 24 bei Schmidt.
Lothringersstr. 67 bei Dieke.
Schwedterstr. 83 bei Lietzko.
Müllerstr. 7a bei Kleinert.
Bergstr. 60 bei Hilgert.
Thumstr. 84 bei Holzbäcker.
Birkenstr. 28 bei Kluge.
Stettinerstraße, Ecke Wellermannstraße bei Peterson.

- Für den Osten:**
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.
Blumenstr. 33 bei Wiedemann.
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.
Koppenstr. 47 bei Lorenz.
Langestr. 65 bei Tempel.
Landsberger Allee 27a bei Lange.
Elisabethstr. 65 bei Lange.
- Für Süd-Ost:**
Cuvyrstr. 25 bei Erbs.
Ritterstr. 123 bei Stramm.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Der Arbeitsnachweis

befindet sich Annenstr. 39. Derselbe ist geöffnet an Wochentagen von 8-12 und 3-7 Uhr.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter! Achtung!

Sonntag, den 12. April, vorm. 10 Uhr, bei Henke, Nannysstr. 27:

Große öffentliche Versammlung für die Klaviatur-Branche.

Tagesordnung: Unsere Bewegung.

Mittwoch, den 15. April, abends 8 Uhr, bei Keller (gr. Saal), Koppenstr. 29:

Öffentliche Versammlung für die Mechaniker-Branche.

Montag, den 20. April, bei Keller, Koppenstraße 29:

Für Musikinstrumenten-Arbeiter.

Die öffentliche Agitationskommission.

Verband der Möbelpolierer.

Heute Abend 8 Uhr bei Keller, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers usw.

2. Wahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche erst Mitgliedskarten haben, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da ihnen die Bücher ausgestellt werden. Wer nicht erscheint und sich nicht entschuldigt, geht seiner Anrechte verlustig.

Montag Abend 8 Uhr: Versammlungen

bei Kranz, Badstraße 12.

Tages-Ordnung: 1. Die Befestigung des Privateigentums.

Referent: Gen. V. Vörsch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Rixdorf bei Rohr, Riesebeckstraße 49.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeiter-Organisationen und die kapitalistische Produktionsweise. Referent: Gemeindevorsteher Genosse Neheran.

2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

NB. Die Kassierer sind heute nicht in den Zahlstellen und werden deshalb die Kollegen ersucht, ihre Beiträge in obigen Versammlungen zu begleichen.

148/11 Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 13. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstraße 75:

Mitgliedschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Beratung über die Anträge zum Gewerkschafts-Kongress.

2. Mitgliedschafts-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Die Zahlstellen unseres Verbandes sind folgende:

1. Bergner, Annenstr. 16.

2. Rost zur „Neuen Post“, Beuthstr. 21.

3. Wählich, Adalbertstr. 4.

4. Reichert, Friedrichstr. 84.

5. Werner, Bülowstr. 59.

6. Kleinert, Müllerstr. 7 (Wedding).

7. Schünemann, Stein u. Gormannstr. 12.

8. Wiedemann, Blumenstr. 38.

9. Friedrich, Eisenbahnstraße Nr. 20 (Gerberge).

10. Kummer, Rixdorf, Berlinerstr. 55.

Sämtliche Zahlstellen mit Ausnahme der Nr. 1 (7-9 Uhr) und Nr. 10 (9-10 Uhr) sind Sonnabends von 8-10 Uhr geöffnet.

Es bittet um fleißige Benützung der Zahlstellen

Der Vorstand.

Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

Sonntag, den 12. April, vormittags 10 Uhr, im Victoria-Garten, Badstraße Nr. 12:

Öffentliche Versammlung

aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (als Weißgerber, Lohgerber, Färber und Berufsgenossen).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Ida Altman über: „Verschollene Umwälzer.“

2. Unsere Massener. 3. Wahl von drei Revisoren zur Abrechnung.

4. Gewerkschaftliches.

Berufskollegen, bringt, wo es angeht, eure Frauen mit!

108/3

Der Vertrauensmann.

Graveure, Ciseleure und verw. Berufsgenossen.

Dienstag, den 14. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Vereinslokal Oranienstraße 51:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Vortrag des Genossen Dr. Joel über: Magnetismus und Elektrizität. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

74/18



M. Panknin,
Berlin 80.,
Adalbertstr. 91,
Grote Dranienstraße.
Putz-
und
Modewaren.
Trauerhüte

in großer Auswahl.

Bitte genau auf No. 35 z. acht
Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.**
außer Bruch, kleine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Wecker, alle Arten Ketten,
sowie Brillen und Binocul.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
Kleiner Markus-Strasse Nr. 28.

Bitte unterschreiben, ausschneiden und einsenden
sonst Versand nur per Nachnahme.

An die Firma **Walter Kirberg in Gräfrath-Central bei Solingen,**
Centrales grösstes Fabrikgeschäft in Stahlwaaren, Waffen und Optik, welches direct an Private liefert.

Unterzeichneter Abonnent des „Vorwärts“ ersucht um Franco-
Zusendung eines **Probe-Rasirmessers** wie Zeichnung mit
schwarzem Hornheft,
Nur 1 Mk. 70 Pfg.



fein hohl geschliffen, von prima englischem Silberstahl, abgezogen, zum Gebrauch bereit, und verpflichtet sich, das Messer innerhalb 8 Tagen zu retourniren
oder den Betrag dafür einzusenden.

Ort und Datum (recht deutlich): _____

Name und Stand (leserlich): _____

Umsonst sende meinen reich illustr. **Pracht-Katalog**, derselbe enthält die grösste Auswahl in allen Arten **Messer, Scheeren, Revolver, Gartenbüchsen, Jagdflinten, Säbel und Degen** etc., ferner alle Arten **Fernrohre, Feldstecher, Operngläser** u. s. w.
Als Beilage gebe zu meinem Kataloge eine naturgetreue **Abbildung** mit **Beschreibung** der grössten und höchsten **Eisenbahnbrücke Europas** auf der Eisenbahnlinie **Solingen-Remscheid.**

Bitte genau auf meine Firma **Walter Kirberg** zu achten.
Für Rasirmesser übernehme
5 Jahre Garantie.

Rohschleifen alter Rasirmesser per Stück 60 Pfg.

? Was ist denn los ?



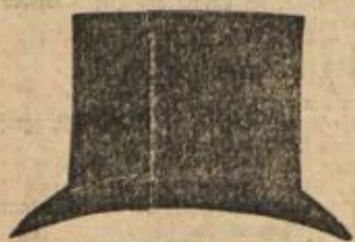
Halb und Halb Mampe mit Pomeranzen. Feinste Likörmischung.

In 3800 Berliner Geschäften zu haben.

Champagner-Flasche M. 1,25.

Neu eröffnet! **Th. Runge** Neu eröffnet!
Schneidermeister.
Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe
3 Dranienstraße 3, an der Mantuffelstraße.

Solide feste Preise. 4779L.* Solide feste Preise.



Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse Nr. 38.
Grösste Auswahl der Hutbranche.
Neueste feine Form „Elegant“, prima Qualität 2,40, 2,80 Mark.
Großes Sortiment weicher und steifer „schneidiger“ Herrenhüte
von 1,75, 2,00, 2,40, 2,75 Mark. 4475L.*
Konfirmanden-Hüte, weich oder steif, von 1,00 M. an, bis 2,50 M.
Hochleganter Cylinderhut „Chico“ 7,50 Mark.
Am 1. Feiertag ist mein Geschäft vollständig geschlossen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Specht!

Güte! Gelegenheitskauf! Güte!
in bekannter Qualität, keine fehlerhaften
Sachen, nur moderne, eleg. Formen
& 1,75 M. wie bisher. 4787L.*
Leopold Frankenstein,
Dragonerstr. 10.
Filiale: Alexanderstr. 14a.

Künstl. Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Möbel u. Polsterwaaren,
reelle Waare emp.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [45128]
Berlin SW., Glücker-Strasse 14.*



R.F. Mittelstädt's
Original-Löwenbitter ist aus passenden
Kräutern abdestillirt be-
fördert vorzüglich die Ver-
daung und regt besonders
den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.
Achtung! Kaufen Sie nur echte Branntwein,
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26
Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 4245L.*

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der angesehensten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99
und
Rosenthalerstr. 63/64
verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gefestigten
Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und
Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist:
Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer
Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,
in nur reeller Ausführung. 4321L.*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer
98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**